

Krüger, Sabine

Working Paper

Arbeit und Umwelt verbinden: Probleme der Interaktion zwischen Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen

WZB Discussion Paper, No. P 00-512

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Krüger, Sabine (2000) : Arbeit und Umwelt verbinden: Probleme der Interaktion zwischen Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen, WZB Discussion Paper, No. P 00-512, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/50308>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

P00-512

**Arbeit und Umwelt verbinden
Probleme der Interaktion zwischen
Gewerkschaften und Nicht-
Regierungsorganisationen**

Sabine Krüger

Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

Im WZB sind auf Initiative des Präsidenten „Querschnittsgruppen“ zu Themen eingerichtet worden, die in mehreren Abteilungen bearbeitet werden und abteilungsübergreifend besondere Aufmerksamkeit verdienen. Bestehende Forschungsansätze und Forschungsarbeiten werden neu ausgerichtet auf wissenschaftliche Zusammenhänge hin, deren Erforschung von der Verknüpfung unterschiedlicher abteilungsspezifischer Kompetenzen profitieren kann. In Querschnittsgruppen werden auf Zeit problembezogene Forschungs Kooperationen organisiert.

Die Querschnittsgruppe Arbeit & Ökologie konzentriert ihre Aktivitäten in den Jahren 1998 und 1999 auf ein Forschungsprojekt, das soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zum Untersuchungsgegenstand hat. Es wird in einem Forschungsverbund mit den Kooperationspartnern Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) durchgeführt und von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) gefördert. An dem Projekt „Arbeit + Ökologie“ beteiligen sich seitens des WZB Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus sechs Forschungseinheiten. Eckart Hildebrandt (Abteilung „Regulierung von Arbeit“) und Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt“) koordinieren die Querschnittsgruppe und leiten das Forschungsprojekt, an dem auch externe Experten beteiligt sind.

Über die Arbeitsergebnisse wird fortlaufend in WZB-discussion-papers informiert. Eine Übersicht der bisher erschienenen Papiere findet sich am Ende des vorliegenden papers.

Weitere Projektinformationen sind im Internet unter <http://www.wz-berlin.de/aoe/> und <http://www.a-und-oe.de> erhältlich.

Verbundprojekt „Arbeit + Ökologie“

Die Gewerkschaften haben im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zu einer wichtigen Aufgabe erklärt. Ihre Suche nach einer sozial-ökologischen Reformstrategie steht unter der Prämisse, daß ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele gleichwertig verfolgt werden müssen, wobei erhebliche Defizite bei der Berücksichtigung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeitskonzepten konstatiert werden.

Vor diesem Hintergrund haben sich die drei Forschungsinstitute DIW, WI und WZB mit ihren jeweils spezifischen fachlichen Kompetenzbereichen zum Forschungsprojektverbund „Arbeit + Ökologie“ zusammengetan. Dessen Hauptziel ist es, soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zu untersuchen. Damit soll die Diskussion in Deutschland mit neuen Aspekten belebt und den Gewerkschaften eine fundierte Grundlage für ihren Strategiebildungsprozeß geboten werden.

Dabei wird sich das Forschungsprojekt auf drei Leitfragestellungen konzentrieren: (1) das Verhältnis zwischen den sozialen Implikationen von Nachhaltigkeitsstrategien und gewerkschaftlichen Zielen, (2) die Bausteine einer sozial-ökologischen Reformstrategie und (3) die Rolle der deutschen Gewerkschaften in einem gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs.

Das Projekt ist in die folgenden drei, zeitlich gestaffelten Phasen gegliedert:

Querschnittsanalysen: Sie dienen der Erfassung und Klärung der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Nachhaltigkeit und Arbeit, die sich aus ökonomischer, sozialer und ökologischer Sicht ergeben. Hierbei wird es auf der Makroebene etwa um Fragen von Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung, sozialer Sicherheit und Ressourcenverbrauch gehen; auf der Mikroebene werden neue Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten, das Verhältnis von formeller und informeller Arbeit sowie sozial-ökologische Innovationspotentiale untersucht. Die Analyseergebnisse sollen Grundlagen für die Beurteilung von Szenarien schaffen und der Formulierung von Strategien dienen.

Szenarioanalysen: Um dem Spektrum verschiedener Positionen in der Nachhaltigkeitsdiskussion gerecht zu werden, sollen zwei unterschiedliche Nachhaltigkeitsszenarien entwickelt und analysiert werden. Das sogenannte ökonomisch-soziale Szenario (DIW) geht von der ökonomischen Kritik an der vorherrschenden Wirtschaftspolitik aus, während das sogenannte ökologisch-soziale Szenario (WI) auf der ökologischen Kritik vorherrschender umweltrelevanter Politikmuster basiert. Als Hintergrundfolie für die Beurteilung dieser beiden Nachhaltigkeits-szenarien dient ein sogenanntes angebotsorientiertes Kontrastszenario (DIW), das auf einer Fortschreibung bisher dominierender wirtschaftspolitischer Konzepte beruht.

Erarbeitung von Strategieelementen: Die Bewertung der Szenarien nach (aus den Querschnittsanalysen gewonnenen) ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien der Nachhaltigkeit soll Zielkonflikte und -synergien aufdecken und damit der Strategieformulierung dienen. Diese können – gemeinsam mit weiteren Strategien, die aus der Analyse von Konfliktpotentialen und aus den Querschnittsanalysen gewonnen wurden – einen Beitrag für die Entwicklung einer gewerkschaftlichen sozial-ökologischen Reformstrategie liefern.

Arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalysen

Der Versuch, soziale Interessenlagen und gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken mit ökologischen Anforderungen in Verbindung zu bringen, stößt unmittelbar auf die tiefe Trennung der gesellschaftlichen Systemlogiken (Ökologie, Ökonomie, Soziales), die in den gültigen Regelungssystemen, den Strategien und Maßnahmen der gesellschaftlichen Akteursgruppen in den jeweiligen Politikfeldern und auch in den Köpfen der Wissenschaftler eingeschrieben ist. Obwohl immer wieder Initiativen zur Verknüpfung von Arbeit und Ökologie gestartet werden, sind diese bisher punktuell und widersprüchlich geblieben. Das Beispiel der Beschäftigungswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen ist hier das prägnanteste. Eine systematische Analyse der Vielfalt und der Vielschichtigkeit der Zusammenhänge steht bisher aus.

Zur Überwindung dieser Segmentierung, und um die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Ökologie zu erfassen, führt das WZB für den arbeitspolitisch-sozialen Teil des Forschungsvorhabens eine breite Überblicksanalyse zu den Berührungspunkten zwischen Arbeit und Ökologie durch, die durch drei Politikfelder geprägt werden: den Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit (Wettbewerbsmodelle), der Stellung der Arbeit in Nachhaltigkeitskonzepten bzw. ihre arbeitspolitischen Folgen und den Zukunftserwartungen an Arbeit, wie sie von der Arbeitsbevölkerung und ihren Interessenvertretungen gesehen werden (Wohlstandsmodelle).

Mit dieser Vorgehensweise soll (a) die ganze Breite arbeitspolitischer Gestaltungsfelder durchgeprüft werden, um sicherstellen, daß auch die eher indirekten ökologischen Voraussetzungen und Folgen arbeitspolitischer Strategien erfaßt werden, (b) die verschiedensten Wechselwirkungen analysiert werden, ohne sie aus den arbeitspolitischen Bewertungszusammenhängen zu lösen, sowie (c) durch die breite Überblicksanalyse alle für eine gewerkschaftliche Nachhaltigkeitsstrategie relevanten Felder und Strategien ausfindig gemacht werden, d. h. sowohl Bereiche hoher Synergie wie auch Bereiche absehbarer Konflikte.

Aufgrund der Wahl eines breiten, überblicksanalytischen Ansatzes ergab sich notwendigerweise das Problem der Strukturierung und Bündelung der zahlreichen Themenbereichsanalysen. Hierzu wurden fünf Themenfelder konstruiert, in denen Detailanalysen anzufertigen waren, die um Überblicksanalysen ergänzt werden. Die Themenfelder lauten:

- I. Arbeit im und durch Umweltschutz
- II. Risiken und Chancen in der Erwerbsarbeit, neue Arbeitsformen und Arbeitsverhältnisse
- III. Gesundheitsschutz – Arbeitsschutz – Umweltschutz
- IV. Neue Formen der Arbeit und der Versorgung
- V. Neue Regulierungsformen

Die arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalyse des WZB stellt mit ihrer Vielzahl von Bereichsanalysen durch die analytische Erschließung des Zusammenhangs von Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit mit den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung unter Einbeziehung der subjektiven Wertvorstellungen zu Arbeit einen eigenständigen Forschungsschritt dar. Mit der Veröffentlichung der einzelnen Studien werden die Resultate der arbeitspolitisch-sozialen Querschnittsanalysen einer breiten Diskussion zugänglich gemacht.

P00-512

**Arbeit und Umwelt verbinden
Probleme der Interaktion zwischen
Gewerkschaften und Nicht-
Regierungsorganisationen**

Sabine Krüger*

* Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften

Zusammenfassung

Die Schwierigkeit, ökologische und soziale Interessenlagen zu verbinden, wird anhand der Interaktion zwischen NGOs und Gewerkschaften deutlich. Ende der 80er Jahre erfolgte eine Öffnung der Gewerkschaften gegenüber NGOs, die sich in ersten gemeinsamen Debatten und Aktivitäten niederschlug. Im Zusammenhang mit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED 1992) wurden die Kooperationsaktivitäten deutlich verstärkt, jedoch nahmen in der Folgezeit gemeinsame Initiativen angesichts veränderter politischer Rahmenbedingungen und anderer Schwerpunktsetzungen ab. Erst mit der Diskussion um die sogenannte Wuppertal-Studie (1996) wurde die Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit den Erfordernissen der Nachhaltigkeit und die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und NGOs erneut intensiviert. Zumindest von Teilen der Gewerkschaften und NGOs wird das Bemühen fortgesetzt, ökologische und soziale Lösungsansätze im Sinne von Nachhaltigkeit miteinander zu verknüpfen. Gegensätzliche Wertorientierungen (in bezug auf das Natur- und Entwicklungsverständnis und die Vorstellungen von Fortschritt und Wohlstand), divergierende Interessenlagen und Funktionszwänge, verschiedene Politikstile, Organisations- und Aktionsformen, aber auch spezifische Funktionszwänge markieren die Unterschiede zwischen Gewerkschaften und NGOs und erschweren die Kooperation. Der Nachhaltigkeitsdiskurs bietet die Grundlage für einen übergreifenden Dialog zwischen Gewerkschaften und NGOs zu den sozialen und ökologischen Bedingungen einer sozial-ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft und möglicherweise die Basis für kontinuierliche Zusammenarbeit.

Abstract

The difficulty to combine ecological and social interests becomes evident in the interaction of NGOs and trade unions. An opening in form of joint discussions and other activities from the side of the unions towards NGOs developed by the end of the eighties. With regard to the UN conference on Environment and Development (UNCED 1992) cooperations increased significantly, but became less in the time after the conference, due to different political conditions and modified focal points. Only with the discussions on the so called Wuppertal paper (1996) unions intensified their dealing with the requirements of sustainability and the cooperations between unions and NGOs. At least in parts of the unions and the NGOs there is continuous effort to combine ecological and social solutions with regard to the demands of sustainability. Nevertheless, differences between unions and NGOs that render cooperations more difficult are opposite "core values" (in relation to the comprehension of nature and development as well as to progress and wealth), divergent interests and rational deeds, not to forget different political styles and forms of organisation and action. The discussion on sustainability offers the basis for a wide dialogue on social and ecological conditions for a reshaping of the society in social and ecological terms between these two partners and may as well be the basis for a steady cooperation.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Determinanten des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und NGOs	6
2.1 Interessen – sozialstrukturelle Basis – Handlungsträger	7
2.2 Wertorientierungen, Tradition und kultureller Kontext	9
2.3 Politikstil – Organisationsstrukturen – Aktionsformen	11
3. Nachhaltigkeit – differente Rezeptions- und Strategiemuster	15
3.1 Nachhaltigkeitsrezeption in Gewerkschaften	17
3.2 Nachhaltigkeitsrezeption in NGOs	20
3.3 Konsens und Dissens zwischen Gewerkschaften und NGOs	23
4. Konstellationen, Formen und Beispiele von Kooperation	28
4.1 Konstellationen zwischen Kooperation und Konkurrenz	28
4.2 Etappen der Annäherung zwischen Gewerkschaften und NGOs	31
4.3 Realität von Kooperation – Beispiele	36
5. Chancen, Risiken und Potentiale von Kooperation	41
5.1 Einschätzung der Kooperationspraxis	41
5.2 Probleme von Kooperation und Chancen ihrer Überwindung	42
5.3 Motive, Potentiale und Perspektiven von Kooperation	49
Literatur	54

1. Einleitung

Im Zentrum des folgenden Beitrags stehen die Interaktionsbeziehungen zwischen Gewerkschaften und NGOs im Rahmen der Auseinandersetzung um eine sozial-ökologische Zukunftsgestaltung. In der „Agenda 21“ wird explizit die Bedeutung ausgewählter gesellschaftlicher Gruppen – der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften sowie der Nichtregierungsorganisationen (sog. NGOs)¹ – in diesem Prozeß hervorgehoben (vgl. BMU-Dokumente 1994). NGOs werden aufgrund ihrer Erfahrungen und Kenntnisse insbesondere in den für eine umwelt- und sozialverträgliche Entwicklung notwendigen Bereichen (ebd.: Kapitel 27) und die Gewerkschaften wegen ihrer besonderen Erfahrungen mit dem industriellen Wandel und ihres Engagements für eine sozialverträgliche wirtschaftliche Entwicklung (ebd.: Kapitel 29) als wichtige Handlungsträger angesehen. Die Gestaltung des Rio-Prozesses erfordert einen übergreifenden Dialog, in dem sich die Vertreter unterschiedlicher Interessen mit den ökologischen, sozialen und ökonomischen Erfordernissen einer zukunftsfähigen (nachhaltigen) Entwicklung auseinandersetzen; und in dem sie ihre eigene Rolle in diesem Prozeß bestimmen. Wenn auch die notwendigen Veränderungen bisher erst ansatzweise skizziert werden können, so wird deutlich, daß die institutionelle Konfiguration von Wirtschaft und Gesellschaft, von Demokratie und Partizipation strukturell verändert werden muß. Die Modernisierung der Gesellschaft im Sinne von Nachhaltigkeit erfordert auch soziale Innovationen, die das Selbstverständnis und die Interaktion (Kommunikation) von Akteuren verändern.

Die Umsetzung eines Gesellschaftsmodells der Nachhaltigkeit setzt die aktive Beteiligung aller gesellschaftlichen Akteure voraus. Eine zentrale Herausforderung für die

1 Die UN führte den Begriff NGOs (non-governmental organizations) zur Bezeichnung aller Nicht-Regierungsorganisationen ein, zählt darunter demnach auch Lobbygruppen, Organisationen der Industrie, Gewerkschaften und andere Verbände. Angesichts diversifizierter NGO-Definitionen und einer sozialwissenschaftlichen Kontroverse zu dem Phänomen unterscheide ich zur Abgrenzung die „grünen“ (soziale Bewegungen) von den „grauen“ (Industrie) NGOs. Zur Spezifizierung favorisiere ich die folgende Merkmalskombination: NGOs sind freiwillige, parteipolitisch unabhängige, gemeinwohlorientierte, also nicht an Partikularinteressen bestimmter Zielgruppen orientierte „non-profit“-Organisationen, die zudem nicht exklusiv (ethnisch, national, religiös, geschlechtsspezifisch) verfaßt sind (vgl. Wahl 1997: 313). Ich folge in diesem Beitrag einer weiten Definition, die NGOs als wie auch immer formal konstituierte Organisationen und Gruppen der umwelt-, entwicklungs-, friedens- und menschenrechtspolitischen Bewegung betrachtet. Mit einer trennscharfen Definition ließen sich möglicherweise erhebliche Verwirrungen, die jene unterschiedlichen Titulierungen derzeit auslösen, vermeiden und den „Nebel des Normativen, von dem die ‚NGO-Community‘ umhüllt wird“ (Altvater et al. 1997: 15) lichten. Solange der Begriff NGOs noch derart „offen“ interpretiert wird, kommt es vor, daß sogar Gewerkschaften als NGOs bezeichnet werden. Dies führt jedoch zu einer unzulässigen Vermischung, bei der die Konturen der Akteure, d. h. ihre unterschiedlichen Interessen, Handlungsbedingungen und Zielsetzungen verschwimmen. Dies ist einer strukturierten Analyse der spezifischen Handlungspotentiale gesellschaftlicher Akteure im Rio-Prozeß vor allem unter der Fragestellung von Hemmnissen und Chancen kooperativer Bündnisse abträglich.

Operationalisierung von Nachhaltigkeit besteht darin, die Rolle gesellschaftlicher Akteure, ihrer Handlungskapazitäten und spezifischen Interessen zu präzisieren. Dabei müssen die Widersprüche, welche sich aus den jeweiligen Interessenlagen gegenüber den Anforderungen der Nachhaltigkeit ergeben, erst im Diskurs bestimmt werden. Bisher sind bei allen gesellschaftlichen Akteuren kaum spezifische und adäquate Handlungsstrategien ausgeprägt. Die Debatte um die Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung zwingt gesellschaftliche Akteure zur Auseinandersetzung mit ihrer Handlungslogik, ihren Wertvorstellungen und Weltbildern. Konsens und Dissens zwischen Akteuren können nur im Austausch offengelegt werden. Dies setzt voraus, daß der Dialog zwischen Gewerkschaften und NGOs organisiert und langfristig institutionalisiert wird.

Nachhaltige Entwicklung wird hier als Vision für ein Gesellschaftsmodell verstanden, in dem die Dominanz eines Entwicklungsziels (zum Beispiel ökonomische Entwicklung) zugunsten einer *gleichwertigen* Berücksichtigung sozialer, ökologischer und ökonomischer Erfordernisse aufgegeben wird. Nachhaltigkeit beschreibt mit dem Brundlandt-Bericht eine „Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Brundtland-Bericht 1987: 46).² In diesem Sinne ist politisches Handeln in einem jeden Bereich dahingehend zu hinterfragen, welche (mitunter auch nicht-intendierten) Wirkungen es in den jeweils anderen beiden Bereichen zeitigt.

- Für die ökonomische Entwicklung heißt dies, jenes als nicht-nachhaltig charakterisierte Industrialisierungsmodell so umzugestalten, daß die Befriedigung materieller Bedürfnisse gesichert werden kann und gleichzeitig die negativen Folgen des Wirtschaftens bei Produktion, Distribution und Konsum für Mensch und Natur minimiert werden;
- für soziale Entwicklung heißt dies, das Erwirtschaftete im Gemeinwesen gerecht zu verteilen, also soziale Gerechtigkeit und Stabilität herzustellen, Partizipation und Mitbestimmung zu sichern und dabei die ökologischen Voraussetzungen zu erhalten und zu respektieren;
- für die ökologische Entwicklung heißt dies, Produktion (Ressourcennutzung und Ressourcenbelastung) und Konsum so zu gestalten, daß die natürlichen Lebensgrundlagen auch langfristig erhalten bleiben.

Bei letzterem stütze ich mich auf die weitgehend konsensualen Regeln ökologischer Nachhaltigkeit: Berücksichtigung der Belastungsgrenzen (carrying capacity – Tragfähigkeit) bei Stoffeinträgen in die globalen Ökosysteme; Reduktion des Verbrauchs nicht-erneuerbarer Ressourcen (Stoffe und Energien) durch Effizienzsteigerung und Substitution; Respektierung der Regenerationszyklen für erneuerbare Ressourcen (Abbaurate darf die Regenerationsrate nicht überschreiten); Entschleunigung (Drosselung) der anthropogenen Eingriffe bzw. Einträge in die Umwelt (vgl. Enquete-

2 Ein nachhaltiges Gesellschaftsmodell soll den jetzt lebenden Generationen gleichberechtigt Entwicklungschancen einräumen und den kommenden Generationen Entwicklungsoptionen offenhalten (inter- und intragenerative Verantwortung).

Kommission 1998: 46).³ Während die ökologischen Ziele einen Eindruck davon vermittelt, wie tiefgreifend die Veränderungen im Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind, bleiben die Kriterien ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit bisher noch weitgehend verschwommen.

Die normativ gesetzte Gleichwertigkeit ökonomischer, ökologischer und sozialer Zielsetzungen wird durch das „Dreieck der Nachhaltigkeit“ symbolisiert. Um die Zusammenhänge zwischen den Zielen zu verdeutlichen und Indikatoren für Nachhaltigkeit zu identifizieren, wurde das Dreieck um die Dimension „Institutionen“ zum Tetraeder erweitert (Deller/Spangenberg 1997). Damit sind sämtliche Entscheidungsstrukturen sowie Regel- und Steuerungssysteme zur Gestaltung der Teilbereiche (einschließlich der institutionellen Grundlagen von Politik), die im Sinne von Nachhaltigkeit verändert bzw. angepaßt werden müssen, in die Definition einbezogen worden. Diese multidimensionale Perspektive stellt komplexe Anforderungen an politisches Handeln.

Die Berücksichtigung aller drei Zielsetzungen von Nachhaltigkeit und der institutionellen Rahmensetzungen stellt jedoch an Gewerkschaften und NGOs deutlich unterschiedliche Anforderungen. Für Gewerkschaften bedeutet dies, die Widersprüche zwischen branchen- und/oder betriebswirtschaftlicher Rationalität (Wachstum) und gesamtgesellschaftlicher Rationalität (Überlebenssicherung) zu reflektieren. Jedoch zwingt die ökonomische Rationalität (Produktivitätssteigerung im Wettbewerb) unter gegebenen Bedingungen zur Vernachlässigung ökologischer Erfordernisse und damit zur Belastung und zum Verbrauch der natürlichen Lebensgrundlagen. Sozialer Ausgleich, Bedürfnisbefriedigung, soziale Sicherung und Chancengleichheit (Partizipation am Wohlstand) sind in hohem Maße von der Verteilung des nicht-nachhaltig erwirtschafteten Reichtums abhängig. Würden nach ökologischen Erfordernissen nicht Zuwächse, sondern Reduktionen verteilt werden müssen, wie die Szenarien der Wuppertal-Studie (Reduktion des Stoff- und Energieverbrauchs und der Emissionen in der Bundesrepublik um 80-90% bis 2050, WI 1996) vor Augen führen, dann kann der herkömmliche Verteilungsmodus zwischen Lohnarbeit und Kapital kaum mehr aufrechterhalten werden. Welcher Mechanismus aber soll diesen ersetzen?

Ökonomische und soziale Zielsetzungen geraten in Widerspruch mit ökologischen Anforderungen, solange ein Mehr an Zuwachs den Verteilungsspielraum bestimmt, werden Gewerkschaften den ökologisch motivierten Reduktionserfordernissen nicht gerecht. Ein Dilemma, das die Gewerkschaften alleine nicht aufzulösen vermögen, sondern dessen Überwindung veränderte politische Rahmensetzungen verlangt. Gewerkschaften vertreten Mitgliederinteressen, also in erster Linie Verteilungsinteressen, je geringer die Verteilungsspielräume werden, und die Gründe hierfür sind derzeit gerade nicht ökologisch motivierte Reduktionen, sondern die ökonomische Kri-

3 Die Kriterien wurden ursprünglich von Herman Daly und Robert Goodland (Daly 1990; Goodland/Daly 1990) formuliert und von Donella und Dennis Meadows 1992 als Regeln für den Stoffdurchsatz zwischen globalem Ökosystem und dem Wirtschaftssystem aufgegriffen (Meadows et al. 1992: 251).

se, um so geringer ist die Bereitschaft der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen, ökologischen Notwendigkeiten zu folgen.

NGOs sehen sich diesem Dilemma nicht ausgesetzt. Die Interessen ihrer Mitglieder geraten nicht in Widerspruch zu den Gemeinwohlinteressen. Gleichwohl ergeben sich auch für sie komplexere Anforderungen, denn die ökologische Dimension stellt einen Aspekt von Nachhaltigkeit dar. Wollen NGOs in Politik und Öffentlichkeit Akzeptanz für einen nachhaltigen Entwicklungspfad herstellen und sichern, dann müssen sie ihre Perspektive erweitern. Gerade angesichts der Dominanz ökonomischer Ziele und sozialer Fragestellungen (Rückbau sozialstaatlicher Sicherung, Massenarbeitslosigkeit) können ökologische (und/oder entwicklungspolitische) Forderungen nicht länger isoliert erhoben, sondern müssen mit Blick auf ihre sozialen Voraussetzungen und Auswirkungen formuliert werden. Den NGOs wird vor allem von Gewerkschaften vorgeworfen, sie seien auf dem sozialen Auge blind. Mit dem Ziel, das ökologisch Notwendige auch umsetzen zu können, sind sie aufgerufen, auch entsprechende ökonomische und soziale Alternativen aufzuzeigen. Damit ergeben sich neue Anforderungen an ihre Kompetenz und an ihr politisches Handeln auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. Die Auseinandersetzung mit den sozialen Bedingungen eines ökologischen Umbaus müssen NGOs zum Teil auch gegen den Widerstand ihrer eigenen Trägerschaft durchsetzen, die den Erfolg ihrer Organisationen mitunter daran messen, wie radikal und kompromißlos ökologische Forderungen formuliert werden. Selbstverständlich gilt dies umgekehrt auch innerhalb der Gewerkschaften, denn viele der Mitglieder und auch der Gewerkschaftsfunktionäre halten die Auseinandersetzung mit ökologischen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen nicht für eine originäre Gewerkschaftsaufgabe und in Zeiten verschärfter Verteilungskämpfe mitunter sogar für kontraproduktiv.

Gewerkschaften als traditionelle Vertreter der „sozialen“ und NGOs als Protagonisten gesellschaftspolitischer Fragen (Ökologie, Entwicklung, Frieden, Partizipation, Geschlechter) repräsentieren Interessen, die in einer sozial-ökologischen Reformstrategie im Sinne von Nachhaltigkeit miteinander verbunden werden müssen. Deshalb ist die Interaktion dieser beiden Akteursgruppen in dem gesellschaftlichen Such- und Lernprozeß von großem Interesse und insbesondere Kooperation zwischen diesen Partnern von erheblicher Bedeutung. Derzeit ist keineswegs bereits abzusehen, ob bzw. in welchen Bereichen sozial-ökologischer Innovationen sie sich als Bündnispartner oder Opponenten gegenüberstehen.

Im folgenden werden verschiedene Einflußfaktoren, die für das Verhältnis zwischen deutschen Gewerkschaften und NGOs bedeutsam sind, diskutiert und Formen der Interaktion sowie Beispiele für Kooperation (vor allem der letzten Jahre) analysiert. Für die Interaktion ist neben den quasi strukturellen Unterschieden zwischen beiden Akteursgruppen die durchaus unterschiedliche Ausdeutung des Nachhaltigkeitsbegriffs von besonderer Relevanz. Die Ziele und Strategien von Gewerkschaften und NGOs bestimmen maßgeblich den Kooperations- und Kompromißspielraum für sozial-ökologische Bündnisse zwischen Gewerkschaften und NGOs. In der Argumentation werden die Schwierigkeiten und Widersprüche, aber auch Potentiale aufgezeigt,

die sich im Nachhaltigkeitsdiskurs für das politische Handeln der Gewerkschaften und NGOs ergeben.

Die Dynamik im Annäherungsprozeß zwischen Gewerkschaften und NGOs in den letzten Jahren, die bislang eher schmale empirische Basis und der Zukunftsbezug (Debatte eines neuen Gesellschaftsmodells) lassen gegenüber abschließenden Urteilen eher Tendenzaussagen resp. Trendbeschreibungen zur Interaktion gerechtfertigt erscheinen. Eine deutliche Zunahme der zielorientierten Kooperation zwischen Gewerkschaften und NGOs ist das eigentlich neue Moment der aktuellen Interaktion, gleichwohl wurden Elemente wie Ignoranz oder Konkurrenz keineswegs völlig ausgeräumt. Mit Blick auf die Zielsetzung des Verbundprojekts „Arbeit und Ökologie“, Strategieelemente für die Entwicklung einer sozial-ökologischen Gesellschaftsreform zu erarbeiten, wird besonderes Gewicht auf die Hemmnisse, aber auch Potentiale von Kooperation gelegt. Bei der Formulierung von Thesen zum Stand und der Entwicklung der Zusammenarbeit sollen Bezüge zu den skizzierten Szenarien des Verbundprojekts (vgl. Zwischenbericht 1998) hergestellt werden, wobei der momentanen Einschätzung nach kurz- und mittelfristig große Spielräume für gemeinsames Handeln zwischen den Akteursgruppen im Rahmen des *ökonomisch-sozialen* Nachhaltigkeits-szenarios zu verorten sind. Gleichwohl sollen Strategieelemente identifiziert werden, die in das *ökologisch-soziale* Zukunftsszenario einfließen können.

2. Determinanten des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und NGOs

Für die Analyse der Interaktionsbeziehungen zwischen Gewerkschaften und NGOs in der Bundesrepublik Deutschland sollen zunächst die Einflußfaktoren für das Handeln der unterschiedlichen Akteursgruppen herausgearbeitet werden. Politisches Handeln wird von verschiedenen Einflüssen moderiert, die in den unterschiedlichen Ausprägungen der Interessenlagen, der Trägerschaft, der Wertorientierung und kulturellen Tradition, der Politikstile (Verhaltensmuster) und Aktionsformen ihren Ausdruck finden und nach diesen Kriterien spezifiziert werden können.⁴ Für die Fragestellung ergeben sich daraus zwei zentrale Stoßrichtungen: (1) Prägen die Faktoren im Zusammenspiel die Interaktion zwischen Gewerkschaften und NGOs oder determinieren einzelne Faktoren die Interaktion? (2) Wie haben sich im Verlauf der Annäherung von Gewerkschaften und NGOs die Einflußfaktoren verändert bzw. haben diese Veränderungen die Annäherung erst ermöglicht?

Es ist davon auszugehen, daß hinsichtlich der Faktoren gravierende Unterschiede zwischen den Akteursgruppen bestehen, die eine Interaktion zwischen den Gewerkschaften und NGOs maßgeblich beeinflussen. Zur Bestimmung der spezifischen Handlungsbedingungen werden im folgenden charakteristische Merkmale identifiziert, die NGOs als Vertreter der „neuen sozialen Bewegungen“ (NSB)⁵ und Gewerkschaften als Vertreter der „alten sozialen Bewegungen“ (ASB) unterscheiden. Bei der vergleichenden Gegenüberstellung von NGOs und Gewerkschaften wird deduktiv vorgegangen, also von den spezifischen Merkmalen und Unterschieden abstrahiert; lediglich partiell wird auf Besonderheiten hingewiesen. Für die Unterscheidung nehme ich auf politikanalytische Instrumentarien (Prittwitz 1994) und handlungstheoretische Ansätze aus der Bewegungsforschung Bezug (z. B. Offe 1985, 1990; Touraine et al. 1987; Dalton/Kuechler 1990; Rucht 1994), die in den letzten Jahren lediglich durch einige wenige spezifische Untersuchungen mit dem Fokus Interaktion von Gewerkschaften und NGOs erweitert worden sind (z. B. Siegmann 1985; vor allem Jahn 1992, 1993, 1996).

4 An dieser Stelle sei Volker Lorek gedankt, der mit wichtigen Hinweisen zu diesem Abschnitt beigetragen hat.

5 Die Frage, ob bzw. inwieweit die unter dem Oberbegriff NSB subsumierten Einzelbewegungen (Ökologie-, Anti-AKW-, Frauen-, Friedens-, 3. Welt- und Autonomienbewegung) überhaupt einen gemeinsamen Nenner haben, wird ebenso kontrovers diskutiert wie die Frage nach der Identität von NSB-Organisationen und NGOs. Für die Gegenüberstellung von Gewerkschaften und NGOs ist die Unterscheidung jedoch durchaus sinnvoll.

2.1 Interessen – sozialstrukturelle Basis – Handlungsträger

Deutliche Unterschiede zwischen den Akteursgruppen bestehen hinsichtlich der Interessenlagen und der sozialstrukturellen Basis, denn Gewerkschaften und NGOs vertreten unterschiedliche Interessen und mobilisieren demnach auch verschiedene Interessengruppen als Unterstützer. Die ökonomischen und sozialen Interessenlagen der Handlungsträger von NSB und ASB ergeben sich aus den verschiedenen schichtspezifischen Einkommenslagen sowie den hiermit verbundenen Lebensstilen.

Gewerkschaften vertreten bisher einen klar umrissenen Kreis von Personengruppen, der sich aus den im Erwerbsleben Beschäftigten rekrutiert. Als sozialer Kern der Arbeiterbewegung gelten vor allem die (männlichen) Facharbeiter der Kernbelegschaften (Rucht 1994: 152f.). Gewerkschaften vertreten demnach vordergründig sozio-ökonomische Gruppeninteressen, indem sie ihr Klientel in den Betrieben (bzw. Branchen) durch Sicherung von Einkommen und Arbeit zufriedenstellen.⁶ Die selektive Interessendefinition im Sinne gewerkschaftlicher Schutzfunktionen gegenüber Mitgliedern und deren Lohninteressen setzt der gewerkschaftlichen Gestaltungsfunktion spezifische Schranken. Als Verteidiger von Lohninteressen sind Gewerkschaften „notgedrungen auch Verteidiger jener ökonomischen Produktions- und Konsumstrukturen“ und deshalb „strukturell befangen gegenüber gesamtgesellschaftlichen Lösungen, die die gegebenen Produktionsstrukturen verändern oder sogar aufheben“ (Hoffmann 1996: 117).

Angesichts der rapide nachlassenden Bindungskraft der Gewerkschaften (rückläufige Mitgliederzahlen in nahezu allen Branchen) wurde bereits im Rahmen der Reform- und Zukunftsdebatte Ende der 80er Jahre die Notwendigkeit einer „Erweiterung der Interessenvertretung“ diskutiert. Die Diskussion war von zwei Stoßrichtungen gekennzeichnet: Erstens kam mit der gewerkschaftlichen Ökologiedebatte eine qualitative Erweiterung zum Tragen, indem die Interessen der Beschäftigten am Erhalt der Umwelt (demnach die innere und äußere Natur des Menschen) einbezogen wurden; zweitens wurde angesichts der stark veränderten Beschäftigungsstruktur, der Massenarbeitslosigkeit und der nachlassenden Mobilisierungsfähigkeit auch die Notwendigkeit einer quantitativen Erweiterung postuliert, mit der die gewerkschaftlich nicht organisierten Gruppen, die von Arbeitslosigkeit Betroffenen, die prekär Beschäftigten, die ausländischen Arbeitskräfte und die Teilzeitarbeitenden in die Interessenvertretung eingebunden werden sollen.

Die Anliegen der NGOs richten sich auf weiter gefasste Interessenlagen, als sozialer Kern gelten die Angehörigen der neuen Mittelklasse, ohne eine so deutliche geschlechtsspezifische Zuordnung wie bei den Gewerkschaften (Rucht 1994: 152f.). Sie vertreten aber auch „dekommodifizierte Gruppen“, Offe nennt sie „Opfer der Modernisierung“, etwa ländliche Mittelklasse-Schichten und marginalisierte Gruppen wie Arbeitslose oder jugendliche Aussteiger (also vor allem gewerkschaftlich Nicht-Organisierte). Diese verbünden sich in den Bewegungen mit Vertretern der neuen

6 Freilich eröffnen sich angesichts der heterogenen Interessenlagen in den verschiedenen Branchen zahlreiche Konflikte.

Mittelklasse, vor allem den im wachsenden Dienstleistungssektor Beschäftigten und Akademikern. Sie gelten als besonders sensibilisiert für die Risiken der Industrialisierung und fungierten mit ihren kognitiven Ressourcen und Werten in der Hochphase der neuen sozialen Bewegungen als Avantgarde einer „modernen Kritik der voranschreitenden Modernisierung“ (Offe 1985: 856).

NSB haben die Sicherung bzw. Bereitstellung von kollektiven („öffentlichen“) Gütern zum Ziel, die enge Partikular- oder Gruppeninteressen transzendieren. Sie grenzen die Interessen ihre Unterstützer damit in der Regel nicht von denen der Bevölkerung insgesamt ab, sie beanspruchen hingegen, „Überlebens- und Menschheitsinteressen“ zu vertreten. Sie artikulieren Interessen, die lange Zeit von der dominanten politischen Kultur ausgegrenzt wurden, und gelten damit als Protagonisten einer umfassenden Zivilisations- und Modernisierungskritik (vgl. Hirsch/Roth 1986: 195f.; Raschke 1988). Es gilt zu Recht als ein grundlegendes demokratietheoretisches Problem, daß die Natur und die nachfolgenden Generationen nicht als gesellschaftliche Akteure konstituiert sind und demnach im Verteilungskampf nicht vertreten sein können. Diese Nichtvertretung ökologischer bzw. zukünftiger Interessen ist zugleich Ausdruck einer strukturellen Machtasymmetrie zwischen den jetzt lebenden und den zukünftigen Generationen (Leipert 1995). Die NSB beanspruchen, gerade jene Natur-, Umwelt- und Nachweltinteressen zu vertreten, und erhalten ihre politische und moralische Legitimation in der Öffentlichkeit, gerade weil sie als Repräsentanten von Umweltinteressen und der Interessen zukünftiger Generationen oder als „Lobby für den Süden“ fungieren. Im Nachhaltigkeitsdiskurs werden Ansprüche an zukunftsfähiges zeitgenössisches Handeln in Wirtschaft und Gesellschaft formuliert, somit berücksichtigt das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung gerade die Optionen zukünftiger und jetzt lebender Generationen (inter- und intragenerative Verantwortung). Gerade deshalb haben NGOs das Thema Nachhaltigkeit zuerst aufgegriffen und treiben gerade sie die Debatte bis heute maßgeblich voran.

Die Mobilisierung von Unterstützerguppen durch die NSB hängt von der Zustimmung zu bestimmten Werten und Leitvorstellungen ab. Die Anreize für die Mobilisierung sind demnach weniger gebunden an sozioökonomische Gruppeninteressen als vielmehr werte-, themen- und kampagnenspezifisch (Dalton/Kuechler 1990).⁷ Ein Zufriedenstellen der Klientel erfolgt in den NSB nicht in „barer Münze“ (Lohn), sondern in erster Linie über die Bilanz der eigenen Lobby- und Mobilisierungsarbeit, d. h. den (Erfolgs-)Grad der Lobbyarbeit, der öffentlichen Aufmerksamkeit und Akzeptanz. Gleichwohl ist die Vertretung sozioökonomischer Interessen insofern eingeschlossen, als die in den NSB-Organisationen und NGOs (Verbände und kleinere Organisationen) Beschäftigten freilich auch Interessen am Erhalt ihrer Arbeitsplätze resp. Einkommen haben. Insbesondere mit Zunahme der Institutionalisierungs- und Professionalisierungstendenzen etwa in der Umweltbewegung seit Ende der 80er Jahre führte der Ausbau von Strukturen verbandlicher und vereinsförmiger Arbeit zur

7 “A distinguishing feature of NSM is that they lack the narrow special interest appeal to any one social grouping. NSM thus signify a shift from group-based political cleavages to value- and issue-based cleavages that identify only communities of like-minded people.” (Dalton/Kuechler 1990: 12)

Herstellung eines Arbeitsmarkts vor allem für Akademiker – mit einem nicht unerheblichem Beschäftigungspotential (Lahusen 1996: 36).⁸ Demnach sind die Grenzen zwischen stellvertretender und eigener Interessenvertretung fließend, denn auch innerhalb der NGO-Szene konkurrieren Organisationen mit Partikularinteressen um die Definition von Problemlagen, um Spenden, um staatliche Zuschüsse, um Mitglieder und öffentliche Aufmerksamkeit (Brand 1999). Auch NSB-Organisationen müssen die Präferenzen ihrer Ziel- bzw. Unterstützergruppen berücksichtigen. Die angesichts knapper werdender Ressourcen zunehmende Konkurrenz und der Kampf um die Medienaufmerksamkeit sowie Empfindlichkeiten staatlicher Geldgeber und Kooperationspartner zwingen mitunter zur Nicht-Skandalisierung bestimmter Themen. Das heißt: Auch die diskursive Artikulation von „Menschheitsinteressen“ kann zu inneren Konflikten führen, wenn Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für die Unterstützer, also die eigene Basis⁹ oder die „Verbündeten“ in Administration und Wirtschaft, nicht mehr akzeptabel erscheinen.

2.2 Wertorientierungen, Tradition und kultureller Kontext

Der kulturelle Kontext bzw. die politische Kultur, in der die Akteursgruppen verankert sind, strukturiert die Wahrnehmung und bildet kognitive Muster aus, die maßgeblich für die Ausprägung bestimmter Werthaltungen und Positionen sind. Politischem Handeln liegen ideologische Wertsetzungen zugrunde, denn Akteure konstruieren Realität aufgrund von Weltentwürfen. Insbesondere im Hinblick auf die gruppenspezifischen Wertesysteme resp. Werthaltungen unterscheiden sich Gewerkschaften als Vertreter der ASB und NGOs als Vertreter der NSB fundamental.

In der sozialwissenschaftlichen Debatte wird die These vertreten, daß sich die Arbeiterbewegung spätestens mit dem Aufkommen des Fordismus als soziale Bewegung aufgelöst hat und sich Gewerkschaften als ihre institutionalisierten Erben etabliert haben (Hirsch/Roth 1986: 170ff.). Der „Abschied von der Arbeiterbewegung“ der Nachkriegsentwicklung äußert sich nicht nur in der Auflösung der proletarischen Milieus, sondern auch in der Erosion der traditionellen Ressource der Arbeiterbewegung – der Solidarität – als prägendem Wertmuster (vgl. Hoffmann 1996: 119). Gleichwohl bleibt das Wertesystem der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen von der Tradition der Arbeiterbewegung geprägt und seit der Nachkriegszeit vor allem auf materialistische Werte wie ökonomische Stabilität durch Wachstum (Wohlstandsverteilung), Ordnung und Sicherheit ausgerichtet. Gewerkschaften gehören als insti-

8 Mir sind bisher keine empirischen Untersuchungen zum Beschäftigungspotential in Bewegungsorganisationen bekannt. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß die seit der UNCED in Rio verstärkte Partizipation und Einbindung von Bewegungsakteuren in nationale und internationale Politikprozesse (vor allem in den Bereichen Umwelt und Entwicklung) mit dem Ausbau staatlich finanzierter Stellen verbunden ist, obgleich diese Stellen in der Regel mit befristeten Verträgen versehen (ABM-Konstruktionen und projektgebundene Mittel) und mit vergleichsweise geringen Honorarmitteln ausgestattet sind.

9 Beispielsweise führte die öffentliche Unterstützung der 5 DM-Benzinpreisforderung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im April 1998 durch den BUND zu zahlreichen Mitgliedsaustritten.

tionalisierter Part der Arbeiterbewegung einer anderen Kultur an als die Organisationen der NSB. Touraine folgerte, daß die Gewerkschaften als originäres Produkt des modernen Industriesystems und Erben der Arbeiterbewegungen kaum zugleich Akteure des post-industriellen Wandels sein können (vgl. Touraine et al. 1987). Als augenfälligstes Element der korporatistischen Verständigung zwischen Lohnarbeit und Kapital wird der gemeinsame Wertekonsens über eine expansive Wachstumspolitik bezeichnet, der bis heute als Grundmuster fortbesteht und die Wertorientierung der Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit immer noch entscheidend prägt.¹⁰

Die „core values“ der Arbeiterbewegung zielen zuvorderst auf die Maximierung der Interessen ihrer Mitglieder, gerade hinsichtlich der „core values“ grenzen sich die NSB von Interessengruppen wie Gewerkschaften ab (Dalton 1994: 12). Gerade die postmaterialistische Wertorientierung der NSB als klare Abkehr vom dominanten Fortschritts- und Wachstumsglauben der Nachkriegszeit stellt das wirklich „Neue“ der Bewegungen dar. Mit den alternativen Werten und Weltanschauungen („ideological beliefs“, Dalton 1990: 10), welche die NSB hervorbringen und vermitteln, wird die traditionelle Zielstruktur von westlichen Industriegesellschaften herausgefordert und lange Zeit konsensuale gesellschaftliche Werte – wie etwa ökonomischer Fortschritt durch Wachstum oder die Orientierung an der Verteilung materiellen Wohlstands – generell in Frage gestellt.

NSB formierten sich in ihrer Entstehungsphase als Protestbewegungen gegen die Krisenerscheinungen der Industriegesellschaft, ihr Auftreten wurde von einigen Autoren sogar als Kennzeichen eines neuen, auf postmaterielle Werte orientierten „Vergesellschaftungstypus“ angesehen (vgl. Melucci 1996). Die Diskussion um eine nachhaltige Entwicklung als gesellschaftlichem Alternativmodell schließt unmittelbar an diese Kritik an.

Nicht nur mit der Praxis der Problematisierung der Industrialisierungsfolgen, sondern auch mit ihren partizipatorischen Ansprüchen grenzen sich die NSB von den alten Akteuren (ASB) ab (vgl. Jahn 1993, 1996). Sie geraten damit jedoch tendenziell in eine Konkurrenz- bzw. Konfliktsituation mit den Vertretern der ASB, den Gewerkschaften. Vor allem die Kritik am produktionsistischen und wachstumsorientierten Weltbild der Industriearbeiterschaft führte in der Vergangenheit häufig zur Konfrontation zwischen den Vertretern der NSB und ASB (vgl. Kapitel 3).

Im Gegensatz zu den Gewerkschaften stehen bei den NGOs übergreifende Werte wie Frieden, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit im Nord-Süd-Kontext, Umwelt, Geschlechtergerechtigkeit und Menschenwürde im Vordergrund. Selbstverständlich sind dies politische Grundwerte, die gleichfalls von Gewerkschaften vertreten werden und sich in programmatischen Äußerungen niederschlagen, dennoch sind es nicht Werte, die das politische Handeln von Gewerkschaften dominieren.

10 “The workers’ movement and industrialists’ movement both share a belief in work, in man’s power over nature, in austerity and moral rigour, in progress, and in the links between industrialization and social and moral liberalization” (Touraine et al. 1987: 20).

Wertesysteme sind in modernen dynamischen Gesellschaften vielgestaltig und auf längere Sicht durchaus veränderbar. Dies zeigt bspw. die Diffusion postmaterialistischer Werte, die zunächst ausschließlich dem Wertesystem der NSB zugeordnet waren, in die gesamte Gesellschaft (Inglehart 1977, 1990) und somit auch in die Industriearbeiterschaft. Daß die Beschäftigten heute eindeutig für die ökologischen Problemlagen sensibilisiert sind, ist in verschiedenen Studien deutlich geworden (z. B. Heine/Mautz 1989). Jedoch zeigt sich, daß angesichts geringer werdender Verteilungsspielräume, des Rückbaus sozialer Sicherungssysteme und der Instabilität arbeitsweltlicher Lebensentwürfe die Wertorientierung auf materielle und soziale Sicherung zwangsläufig in den Vordergrund rückt. Damit sind Gewerkschaften auf die Vertretung der Kerninteressen zurückgeworfen, und die Handlungsspielräume für übergreifende Interessen werden geringer.

Besonders in der Debatte um Nachhaltigkeit werden unter den Schlagworten alternative Wohlstands- und Lebensstile („gut leben statt viel haben“) Veränderungen von Werthaltungen und Wertvorstellungen postuliert, die einer „Kultur-Revolution der Werte“ gleichkommen. Denn mit der Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung ist notwendig ein gesamtgesellschaftlicher Wertewandel verbunden, weil die ökologischen und sozialen Ziele (im Sinne der Nachhaltigkeit) eine grundlegende Veränderung des Wohlstands- und Lebensstilmodells einschließlich der unterliegenden Wertorientierungen erfordern („Suffizienzrevolution“). Im Nachhaltigkeitsdiskurs werden – wie auch durch den Ökologiediskurs der 80er Jahre – Werthaltungen gesellschaftlicher Akteure transformiert.¹¹ Diesen Wandlungsprozeß werden NGOs mit ihrer postmaterialistischen Wertorientierung leichter vollziehen bzw. unterstützen können als Gewerkschaften mit ihrer vordergründigen Orientierung an materialistischen Werten.

2.3 Politikstil – Organisationsstrukturen – Aktionsformen

Das „alte politische Paradigma“ war im wesentlichen durch Parteipolitik und spezialisierte Interessenvermittlungspolitik, d. h. hochgradig institutionalisierte Politik gekennzeichnet. Es beruhte auf einer „liberalen“ Trennung von Privatem und Öffentlichem, Staat und Zivilgesellschaft sowie der Institutionalisierung des Klassenkonflikts und dem Aufbau des liberalen Wohlstandsstaats; auf dieser Grundlage konnte sich ökonomische Wachstums- und staatliche Sicherheits- bzw. Umverteilungspolitik lange Zeit gegenseitig stabilisieren (Offe 1985: 821ff.). Ausdruck des alten Paradigmas in Gewerkschaften ist die Verbindung hierarchisierter, repräsentativer Formen der in-

11 Am Beispiel der IG Bauen-Agrar-Umwelt läßt sich zeigen, daß mit der Fusion zwischen der IG Bau-Steine-Erden und der Gewerkschaft Gartenbau-Land-und-Forstwirtschaft verschiedene Werthaltungen im Hinblick auf Naturverständnis und Umweltschutz in einer Gewerkschaft aufeinandertreffen. Freilich kann derzeit erst von einer vorsichtigen Annäherung in Teilbereichen zwischen den traditionell eher materialistisch orientierten Beschäftigten der Baubranche und etwa den stärker postmaterialistisch orientierten Beschäftigten aus dem Landschafts- und Naturschutzbereich gesprochen werden. Ob sich daraus zwingend eine gemeinsame und qualitativ neue Werthaltung in der IG BAU entwickelt, ist derzeit offen.

ternen Organisation, welche die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse modellieren, mit einem pluralistischen, korporatistischen Stil der Interessenvermittlung nach außen (d. h. im System der industriellen Beziehungen).¹²

NSB hingegen bringen keine „exclusive, cohesive, clientilistic associations“ (Dalton/Kuechler 1990: 13) hervor, wie dies für das zentralisierte und von hierarchischen Strukturen geprägte Organisationsmodell der Gewerkschaften typisch ist. Die Vertretung von Interessen funktioniert bei den Organisationen der NSB (mit Ausnahme der etablierten Verbände) nicht nach einem (korporatistischen) Eliten-Modell, sondern wird über vielschichtige Meinungsbildungs- und Abstimmungsverfahren in offenen Zusammenhängen und Netzwerken vermittelt. Die Abgrenzung der neuen von den alten sozialen Bewegungen und deren Nachfolgeorganisationen (den Gewerkschaften) erfolgt also nicht nur durch die Abkehr von politischen Inhalten, sondern auch durch andere Formen der Organisation, der Kommunikation und Partizipation an Entscheidungsfindung und Strategieformulierung. „Die Institutionalisierung der Arbeiterbewegung, ihr instrumentelles Verhältnis zu Strukturfragen, schließlich ihre Hinwendung zur ‚Stellvertreterpolitik‘ ist die Negativfolie, vor der sich die neuen sozialen Bewegungen abzuheben suchen“ (Rucht 1991: 240). Die NSB experimentieren mit neuen Formen kollektiver Praxis wie Projekten, Arbeitsgruppen, Initiativen, dezentralen Strukturen und Basisnähe, dementsprechend sind die Organisationen anders strukturiert, gerade die Politisierung aller Organisationsfragen ist ein wesentlicher Teil des Bewegungsdiskurses.

Entscheidend für die Gegenüberstellung ist also, daß die Vertreter der NSB mit ihren informellen und wenig hierarchischen Organisationsstrukturen gezielt mit dem alten Paradigma der Politik brechen (Offe 1985: 832). Die Strukturen der NSB sind jedoch fluid und extrem uneinheitlich (Dalton/Kuechler 1990: 13); in Gestalt von latent und offen mobilisierenden Netzwerken werden die herrschenden politisch-kulturellen Praxisformen herausgefordert und damit zugleich die Gesellschaft als Ganze transformiert (Melucci 1996). Während sich die Organisationsstrukturen einiger Gruppen als dezentral und basisdemokratisch verfaßt beschreiben lassen, tendieren andere stärker dahin, zentralisierte und hierarchische Strukturen auszubilden. Insbesondere seit Ende der 80er Jahre haben sich die Organisations- sowie Aktionsformen der Bewegungsakteure stark ausdifferenziert und zum Teil konventionalisiert, so daß es wenig angemessen erscheint, generell die NGOs als Netzwerke und die Gewerkschaften als „hierarchische Gebilde“ zu bezeichnen.¹³ Große Umweltverbände wie der BUND oder „Bewegungsunternehmen“ wie Greenpeace besitzen heute eine ebenso hierarchische, auf möglichst effektive Ressourcenmobilisierung zugeschnittene Organisations-

12 Allerdings zeigen sich seit Jahren Tendenzen der Auflösung dieses korporatistischen Modells der Interessenvermittlung, die für die Handlungsspielräume von Gewerkschaften erhebliche Einschränkungen mit sich bringen. Die Problematik kann an dieser Stelle nicht vertieft werden, aber es spricht einiges dafür, daß die Erosion alter Allianzen die Gewerkschaften motiviert, neue Kooperationen – z. B. mit NGOs – einzugehen.

13 Insofern scheint das Merkmal der Organisationsform als Idealtyp nur eingeschränkt geeignet, NSB und ASB (resp. Gewerkschaften und NGOs) zu unterscheiden.

und Mobilisierungsstruktur, die mit der Idealvorstellung von einer relativ offenen Netzwerkstruktur nicht mehr so viel zu tun hat.¹⁴

Angesichts der Ausdifferenzierung z. B. innerhalb der Umweltbewegung werden mehrere Strömungen unterschieden, die auch unterschiedliche Politikstile und entsprechende Organisationsformen ausbilden. Während im „traditionellen Naturschutz“ und „pragmatischen Umweltschutz“ eher hierarchische, vereins- und verbandsförmige Organisationsformen vorherrschen, entwickeln und bewahren die Vertreter der „politischen Ökologie“ (Rucht 1991: 247) und vor allem die jüngeren und kleineren Organisationen eher informelle, dezentralisierte Formen. Die diversifizierte Organisationsstruktur reflektiert nicht nur die partizipatorischen Ansprüche der Bewegungen, sondern auch deren heterogene soziale Basis und ihre reale Zersplitterung.

Mit den Organisationsformen korrespondiert auch ein spezifischer Politikstil in den NSB. Gegenüber dem klassischen verbandsförmigen oder neo-korporatistischen Modell von politischer Interessenvertretung, das auf die Einbeziehung von Repräsentanten unterschiedlicher Interessen in Verhandlungssysteme und Entscheidungsprozesse setzt, ist das politische Handeln der NSB stärker auf die Mobilisierung der öffentlichen Meinung ausgerichtet, wobei die Organisationen der NSB auf den Erhalt ihrer Autonomie bedacht sind. Die Formen politischen Handelns, die ursprünglich ausschließlich auf Protestmobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit (Kampagnen) abzielen, gelten auch heute noch als zentrale Aktionsformen, sie wurden jedoch im Zuge der Ausdifferenzierung der Bewegung (insbesondere der Institutionalisierungs- und Professionalisierungstendenzen in der letzten Dekade) durch Monitoring- und Lobbyingaktivitäten ergänzt. Die Mobilisierung von Öffentlichkeit wird unter stärkerem Einbezug ausgewählter Zielgruppen (Lobbyarbeit) mit dem Ziel verfolgt, politischen Druck auszuüben.

Mit diesen Aktionsformen symbolisieren die NSB einen im Vergleich zur Praxis von Verhandlung und Streik in Gewerkschaften eher unkonventionellen Politikstil. Zwar haben sich in den letzten Jahren NSB-Organisationen verstärkt und zum Teil erfolgreich um Partizipation in Verhandlungssystemen bemüht (etwa im Rahmen themenfeldbezogener umweltpolitischer Abstimmungs- und Regelungsverfahren sowie in der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik, z. B. Klimarahmenkonvention), jedoch sind gerade diese Handlungsarenen von einem neuen partizipativ-kooperativen Politikstil geprägt, den man möglicherweise als neues politisches Paradigma im Geiste von Rio bezeichnen kann.¹⁵

14 Zur Frage, ob die Institutionalisierungstendenzen in Bewegungen zwangsläufig deren Ende bedeuten, gibt es seit Jahren eine Kontroverse. Etwa konstatiert Rucht unter der Fragestellung „Von der Bewegung zur Institution?“, daß Organisationen in jedem Stadium der Bewegung einen systematischen Stellenwert haben (Rucht 1991: 239). Unbestritten ist hingegen, daß Organisationsstrukturen politisches Handeln beeinflussen. Kleine Organisationen mit geringer Formalisierung von Entscheidungsprozessen (z. B. Lobbygruppen wie Germanwatch oder WEED) können schneller und flexibler auf Themenkonjunkturen reagieren als große Organisationen mit verbandsförmigen Strukturen und riesigen bürokratischen Apparaten.

15 Gleichwohl bleibt die Partizipation von NGOs auch auf die „weichen Politikfelder“ (Umwelt, Entwicklung, Frauen) beschränkt, die Schaltzentralen globaler Wirtschafts- und Finanzmacht

Die „Politisierung ökologischer Risiken“ und das Aufsteigen der Ökologiedebatte zum Mainstream-Diskurs Ende der 80er Jahre war verbunden mit einer „Tendenz zur ‚Entgrenzung von Politik‘, einem Politikmodell, das mit den relativ festgefühten Organisations- und Interessenvertretungsstrukturen der Gewerkschaften nicht ohne weiteres kompatibel ist“ (Häckl 1993: 313). Gerade mit Blick auf das Politikfeld Umweltpolitik wird hervorgehoben, daß jenes tripartistische Modell (aus Staat, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften) der Einflußnahme auf umweltpolitische Entscheidungen an Einfluß eingebüßt hat und zunehmend von kooperativ-netzwerkförmigen Politikprozessen abgelöst wird (Weidner 1996: 224). Insbesondere die multidimensionale Perspektive der Nachhaltigkeit erfordert eine strategische Bearbeitung als Querschnittsthema, also neue Formen der Problemwahrnehmung und Problembearbeitung. Die NSB-Organisationen sind nach den hier aufgeführten Merkmalen eher als Gewerkschaften befähigt, sich dieser Perspektive zu öffnen und neue politische Handlungsformen zu entfalten. Dennoch sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß es einigen Vertretern von Gewerkschaften in den letzten Jahren gelungen ist, innerhalb ihrer hierarchischen Organisationen eigene Handlungsspielräume auszubauen und zu nutzen. Sie erlauben ihnen – häufig von den Mitgliedern unbemerkt – selbst netzwerkförmige Strukturen aufzubauen und/oder in bestehenden organisationsübergreifenden Netzwerken (z. B. gemeinsam mit NGOs) aktiv zu werden.

bleiben den NGOs verschlossen (vgl. Walk/Brunnengräber 1997). Sie werden in ausgewählten Politikbereichen als gefragte Experten in administrative Gremien und zu Konsultationsprozessen mit internationalen Institutionen geladen, sehen sich dabei jedoch auch der Gefahr einer Vereinnahmung gegenüber, die innerhalb der eigenen Unterstützerbasis wiederum zu Konflikten führt.

3. Nachhaltigkeit – differente Rezeptions- und Strategiemuster

Seit Rio wird zwar nachhaltige Entwicklung resp. Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit als neues Leitbild oder „neue regulative Idee“ bezeichnet (vgl. Kreibich 1996; SRU 1996; UBA 1997; Enquete-Kommission 1997, 1998), jedoch verschwimmt der Begriff in der politischen Debatte häufig zu einer in Mode gekommenen Floskel oder wird zur ökologischen Ummantelung partikularer Interessen nutzbar gemacht. Überspitzt formuliert oszillieren die Interpretationen zwischen entgegengesetzten Polen: Während die einen mit Nachhaltigkeit strukturelle Veränderungen des herkömmlichen Gesellschaftsmodells auf globaler Ebene einschließlich der politischen und demokratischen Institutionen und Regularien von Wirtschaft und Gesellschaft (Distribution, Konsumtion, Produktion) intendieren, bedienen sich andere des Nachhaltigkeitsbegriffs in seiner Funktion als ökologisches Etikett zum Erhalt des Status quo, „sustainable growth“ und „sustainable profits“ sind hier die schillerndsten Wortschöpfungen.

Diese Ausdeutungsbreite zeigt an, daß die jeweilige Lesart von Nachhaltigkeit maßgeblich von den Interessenlagen der „Übersetzer“ bestimmt wird. Die politische Karriere des Konzepts wurde mit der Hochphase der UNCED (1992) nahezu beendet, gleichwohl bemühen sich seitdem wissenschaftliche Experten und Gremien, einige gesellschaftliche Gruppen sowie regierungspolitische Institutionen (SRU, WBGU, UBA, Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“¹⁶) darum, den Diskurs aufrechtzuerhalten und Operationalisierungsvorschläge für das normative Konzept der Nachhaltigkeit zu erarbeiten. Die Thematik diffundiert jedoch nur sehr langsam in die gesamtgesellschaftliche wie auch in die akteursspezifische Diskussion. Freilich muß die Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit auch als Such- und Lernprozeß gekennzeichnet werden, in dem sich gesellschaftliche Akteure zunächst mit der Bedeutung des Konzepts nachhaltiger Entwicklung auseinandersetzen, um dann die Konsequenzen der sozialen, ökologischen und ökonomischen Dimension für ihren spezifischen Bereich und ihr politisches Handeln bestimmen zu können. Dieser Lernprozeß ist mit erheblichen Mühen verbunden, etwa dem Überdenken bzw. dem Abschied von tradierten Handlungsmustern, Leit- und Weltbildern und ist keines-

16 Insbesondere die Enquete-Kommission hat sich über einen Zeitraum von vier Jahren mit dem Konzept Nachhaltigkeit und dessen Umsetzung in ausgewählten Teilbereichen beschäftigt. Es ist bedauerlich, daß sie nicht über die 13. Legislaturperiode hinaus fortgeführt wurde. In ihrem Abschlußbericht (Juli 1998) hat sie eine Reihe von Empfehlungen ausgesprochen, um das Thema politisch zu verankern. Etwa wurde dafür plädiert, einen Rat für nachhaltige zukunftsverträgliche Entwicklung beim Bundeskanzleramt einzusetzen, der über die Legislaturperioden hinweg bestehen solle. Diese politische Aufwertung der Querschnittsaufgabe Nachhaltigkeit durch einen hochrangig angesiedelten „Zukunftsrat“ wird derzeit von der rot-grünen Regierung erst in Angriff genommen.

wegs frei von Konflikten. Er kommt deshalb, aber auch angesichts drängender tagespolitischer Anforderungen nur schwer in Gang.

In der Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit steht gleichsam die Lern- und Innovationsfähigkeit gesellschaftlicher Akteure und ihrer Organisationen auf dem Prüfstand. Hinsichtlich gravierender Unterschiede in der Intensität, dem Tempo und der Richtung der Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit wurde jene, in der „Rio-Euphorie“ deutlich überschätzte, gesellschaftliche Bindungskraft des Konzepts Nachhaltigkeit rasch relativiert. Insbesondere die nach den Prämissen des „Umweltraums“ formulierten radikalen Reduktionsszenarien der Wuppertal-Studie (Reduktion des Energie-, Material- und Flächenverbrauchs bis 2050 um 80-90%) deuten auf die Notwendigkeit einer „ökologischen Revolution“ hin, bei der die politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen, mithin das kapitalistische Modell selbst, nicht unangetastet bleiben können (vgl. Altvater 1996). Die politischen und demokratischen Anforderungen einer „sustainable society“ resp. einer zukunftsfähigen Gestaltung von Gesellschaft konfrontieren alle Akteure mit der Frage nach ihrer Stellung und Funktion im nicht-nachhaltigen Industrialisierungsmodell und zwingen so zur Reflexion der eigenen Handlungslogik. Für Gewerkschaften hat diese Frage schwerwiegendere Folgen als für NGOs, sind sie doch strukturell mit diesem Industrialisierungsmodell verbunden, während NGOs in aller Regel quasi „von außen“ Forderungen an Wirtschaft und Politik formulieren. Es sei der folgenden Argumentation noch einmal explizit vorangestellt, daß eine mangelhafte bis zögerliche Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit ein gesamtgesellschaftliches und nicht etwa gewerkschaftsspezifisches Phänomen ist. Vor dem Hintergrund eines generellen „backlash“ in der Ökologiedebatte, also der Abkehr von umweltpolitischen Themen in Politik und Öffentlichkeit in den letzten Jahren, ist es für umweltpolitisch Engagierte außerordentlich schwer, Akzeptanz für Themen wie Nachhaltigkeit herzustellen. NGOs wie Gewerkschaften stehen darüber hinaus vor der Anforderung, Kompetenzen in Bereichen zu entfalten, die nicht zu ihren originären Themen gehören. Für NGOs bedeutet dies, verstärkt auch soziale wie ökonomische Aspekte zu berücksichtigen, und für Gewerkschaften, trotz geringer werdender Handlungsspielräume im Reagieren auf die sozioökonomischen Krise ökologische Anforderungen einzubeziehen und mit sozialen zu verbinden.

Für eine Antwort auf die Frage nach den Bedingungen sozial-ökologischer Bündnisse zwischen Gewerkschaften und NGOs erscheint es notwendig, zunächst klarzustellen, welche Lesart von Nachhaltigkeit den jeweiligen Positionen unterliegt. Denn für die Identifikation gemeinsamer Handlungspotentiale ist es entscheidend, welche Zielsetzungen die Akteursgruppen in der Nachhaltigkeitsdiskussion verfolgen. Anhand der Deutungsmuster, Ziele und präferierten Handlungsansätze kann jene gemeinsame Schnittmenge identifiziert werden, in der sich die spezifischen Interessenlagen in Gewerkschaften und NGOs einander nähern.¹⁷

17 Die folgenden Ausführungen stützen sich auf eine im Rahmen eines von der DFG geförderten Forschungsprojekts an der FU Berlin vorgenommene Analyse umfangreicher Dokumente und Positionspapiere ausgewählter Gewerkschaften (IG Metall, IG BAU, IG BCE) und NGOs (BUND, DNR, Germanwatch). Sie können insofern keinen Allgemeingültigkeitsanspruch erheben, sind jedoch für die beiden Akteursgruppen im wesentlichen repräsentativ.

3.1 Nachhaltigkeitsrezeption in Gewerkschaften

Die Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit dem Konzept nachhaltiger Entwicklung steht erst am Anfang (vgl. z. B. Schmidt 1994; Hildebrandt 1996; Zwischenbericht 1998). Derzeit ist keineswegs auszumachen, ob Gewerkschaften als gesellschaftliche Akteure über verbale Bekenntnisse zur Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklung hinaus in der Lage sind, Gestaltungskompetenz im Rio-Nachfolge-Prozeß zu entwickeln. Gleichwohl hat der Terminus nachhaltige Entwicklung (resp. dauerhafte Entwicklung oder Nachhaltigkeit) Eingang in die gewerkschaftliche Programmatik gefunden. So etwa wurden Facetten des neuen Leitbildes in Stellungnahmen des DGB und von Einzelgewerkschaften im Zusammenhang mit der UNCED-Konferenz (und nachfolgender UN-Konferenzen) (DGB 1992) oder aber in umweltpolitischen Grundsatzserklärungen aufgegriffen. Die Gewerkschaften haben bereits 1994 die Notwendigkeit eines „Solidarpaktes für Arbeit und Umwelt im Sinne einer dauerhaften Entwicklung“ betont.¹⁸ Auch in dem neuen Grundsatzprogramm des DGB wird Nachhaltigkeit zum Ziel gewerkschaftlichen Handelns erklärt, jedoch wird das Konzept Nachhaltigkeit hier als neue Wachstumsqualität, ökologische Standortpolitik und gerechte Weltwirtschaftsordnung deutlich engführend interpretiert (DGB 1997a: 16). Zwar enthalten die Leitziele Fragestellungen, die auch im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte als strategische Herausforderungen diskutiert werden (z. B. „Wandel der Arbeit“, „Ökologisch wachsen und umsteuern“ oder „Mehr soziale Gerechtigkeit verwirklichen“), jedoch werden gerade die Widersprüche, die sich aus den einzelnen Zielsetzungen für die gewerkschaftlichen Organisationsbereiche ergeben, kaum problematisiert.¹⁹

Dennoch ist anzuerkennen, daß Gewerkschaften einzelne Aspekte des Nachhaltigkeitskonzepts aufgreifen. Seit der UNCED 1992, aber insbesondere seit dem Erscheinen der Wuppertal-Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ 1996 setzen sich Gewerkschaften mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinander. Allerdings weist sowohl die Intensität und die Stoßrichtung der Debatten als auch die Übersetzung der Problematik in die eigenen Arbeitsbereiche deutliche Ambivalenzen wie auch erstaunliche Differenzen zwischen den Einzelgewerkschaften auf.

Während etwa die IG BCE das Thema Nachhaltigkeit als erste Gewerkschaft explizit aufgreift und lange Zeit die gewerkschaftsinterne Debatte dominierte (vgl. IFOK 1997), hat sich die IG BAU in den letzten Jahren aktiv und durchaus innovativ in die Diskussion eingemischt. Andere Gewerkschaften – beispielsweise die IG Metall – nehmen sich erst vermittelt über die Kritik an den arbeits- und sozialpolitischen

18 Diese umweltpolitische Grundsatzserklärung geht auf einen Antrag der IG Metall an den DGB-Bundeskongreß 1994 zurück (vgl. Arbeit & Ökologie 12/94: 14).

19 Generell sieht sich der DGB wegen der vagen bis freundlichen Formulierungen zur Charakterisierung des „gängigen“ Modells sozialer Marktwirtschaft zum Teil scharfer Kritik gegenüber, wobei die kritischen Stimmen keineswegs nur von außen kommen, sondern auch aus den eigenen Reihen (IG Medien, IG Metall). Obgleich Grundsatzprogramme von derart heterogen strukturierten Dachverbänden zweifellos Kompromißpapiere sind, spricht doch die Orientierung auf die klassischen Themenfelder und Strategien dafür, daß die DGB-interne Debatte um die gesellschaftskritischen Potentiale des Nachhaltigkeitskonzepts erst noch geführt werden muß.

Schwachstellen der oben genannten Wuppertal-Studie und bis heute eher zaghaft der Thematik an. Vieles deutet darauf hin, daß eine gewisse Entwicklungsstufe des organisationsinternen umweltpolitischen Diskurses eine entscheidende Voraussetzung für die Rezeption von Nachhaltigkeit in den Einzelgewerkschaften ist. Der umweltpolitische Diskurs wird in einem langsamen Lernprozeß durch den Nachhaltigkeitsdiskurs gleichsam transformiert (am deutlichsten ist dies der Fall bei der IG BAU, zum Teil auch bei der IG BCE). Jedoch kann aufgrund der Aktualität der Debatte über die Qualität dieser Veränderung noch keine umfassende Bewertung vorgenommen werden. Für die Dynamisierung des internen und externen Dialogs zu dem neuen Leitbild stellt die unterschiedliche Ausdeutung des Nachhaltigkeitsbegriffs in den Einzelgewerkschaften trotz einiger Überschneidungen eine Barriere dar. Hier setzt sich demnach die Heterogenität der umweltpolitischen Positionen von Einzelgewerkschaften fort. Zweifellos stößt die Umsetzung von Nachhaltigkeit an eine Vielzahl von Barrieren, wenn damit strukturelle Veränderungen verbunden sind, die ganz unterschiedliche Konsequenzen für gesellschaftliche Bereiche oder in diesem Kontext gewerkschaftliche Organisationsbereiche (Branchen) haben.

Sofern Gewerkschaften explizit Positionen zur Nachhaltigkeit formulieren, weisen diese die folgenden Gemeinsamkeiten auf:

Gewerkschaften akzeptieren bisher vor allem programmatisch die besondere Verantwortung der Industrieländer für die Lösung der Probleme von Umwelt und Entwicklung. Vordergründig wird nachhaltige Entwicklung als Folie für die ökologische Modernisierung der westlichen Industriegesellschaft rezipiert und die globale verteilungspolitische Dimension (globale intragenerative Gerechtigkeit) weitgehend ausgeblendet.²⁰

Obwohl im Nachhaltigkeitsdiskurs das herkömmliche Industrialisierungsmodell als nicht-nachhaltig charakterisiert wird, stellen Gewerkschaften das vorherrschende Entwicklungsmodell grundsätzlich nicht in Frage. Sie orientieren ihre strategischen Handlungsansätze auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft auf Schritte zur sozial-ökologischen Reform der Marktwirtschaft. In einigen Ansätzen (z. B. IG BAU) werden durchaus die Widersprüche zwischen fortgesetztem Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit benannt, dennoch wird eine Abkehr vom Wachstumsmodell und damit vom herkömmlichen Modus der Zuwachsverteilung innerhalb der industriellen Beziehungen von den Gewerkschaften nicht intendiert. Insofern bleibt die Perspektive im Grundsatz der traditionell-produktionistischen Orientierung verhaftet.

Modernisierung durch Innovationen, Effizienzsteigerungen, technologische Neuerungen und eine Erweiterung gewerkschaftlicher Mitsprache bei der Gestaltung von Produkten und Produktionsprozessen nach ökologischen Kriterien sind die zentralen Ansatzpunkte, die zugleich auf wirtschaftliche Stabilisierung und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit abzielen. Nachhaltigkeit wird somit vordergründig als Bezugs-

20 Der zumindest in einigen Rezeptionsvarianten (IG Metall und IG BAU) ansatzweise vorgenommenen Analyse der komplexen globalen Problemlagen steht in der Regel lediglich ein normatives Postulat von der Dringlichkeit eines zukunftsfähigen Gesellschaftsmodells gegenüber.

rahmen für ein nationales Projekt sozial-ökologischer Modernisierung und Standort-sicherung verstanden. Übergreifende Zielsetzungen wie tiefgreifende Verhaltensänderungen (Änderung des Lebensstil- und Wohlstandsmodells, Suffizienzrevolution), strukturelle Umgestaltung der Weltwirtschaft oder die Eröffnung von Entwicklungsoptionen für den Süden (internationale Verteilungsgerechtigkeit) werden lediglich postuliert und eigene Handlungsanforderungen bzw. -Spielräume bis auf wenige Ausnahmen in diesem Kontext nicht präzisiert.

Die Vorschläge zur Lösung der ökologischen und sozialen Krise richten sich vor allem auf eine „innere Reform“ durch ordnungsrechtliche Eingriffe und marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismen. Die Übersetzung der ökologischen Dimension von Nachhaltigkeit läßt sich als Fortschreibung umweltpolitischer Ansätze (modernisierter Umweltschutz) charakterisieren. Soziale Interessen werden demnach nicht, wie es die Dreidimensionalität der Nachhaltigkeit nahelegt, mit Blick auf ihre ökologischen Konsequenzen hinterfragt. Ökologische Nachhaltigkeit steht somit fortgesetzt in Widerspruch zu den traditionellen Kerninteressen der Gewerkschaften. Die radikale Ausdeutung von Nachhaltigkeit als ökologisch determinierte Restriktion für jedes wirtschaftliche und gesellschaftliche Handeln wird von Gewerkschaften nicht akzeptiert. Nur wo und solange ökologische Umbaumaßnahmen mit sozialen Sicherungs- und Schutzinteressen vereinbar sind, werden ökologische Erfordernisse berücksichtigt. Die Positionierung von Gewerkschaften zu Nachhaltigkeit wird maßgeblich von den jeweiligen durch die Organisationsbereiche der Einzelgewerkschaften vertretenen Partikularinteressen (Brancheninteressen) bestimmt.²¹

In der gewerkschaftlichen Rezeptionsdebatte wird explizit oder implizit die soziale bzw. die sozio-ökonomische Dimension von Nachhaltigkeit in den Vordergrund gestellt, weil insbesondere hier Prämissen der Nachhaltigkeit direkt mit der Wahrung gewerkschaftlicher Kerninteressen verbunden werden können.²² Daß mit Blick auf den Charakter der Probleme von Umwelt und Entwicklung die „ökologische Frage“ auch als „globale soziale Frage“ (Verfügung über Ressourcen, Erhalt und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzung für menschliche Entwicklung) an Relevanz gewonnen hat, wird lediglich in einigen Ansätzen berücksichtigt. Umverteilungsinteressen werden in der Regel innerhalb der eigenen Organisationsbereiche (Branchen) bzw. im nationalen Rahmen artikuliert, während die entwicklungs- und verteilungspolitische Dimension von Nachhaltigkeit aus dem Blickfeld rückt. Insofern bleibt das Verständnis von Nachhaltigkeit – als solidarischem Teilen zwischen

21 Beispielsweise legt die IG BAU, die mit einem ökologischen Umbau hohe beschäftigungspolitische Erwartungen verbindet, eine vergleichsweise ambitionierte Übersetzung von Nachhaltigkeit für ihre einzelnen Organisationsbereiche vor (nachhaltige Waldwirtschaft, ökologisches Bauen und Wohnen etc.).

22 Kaum ein Aspekt der gesellschaftlichen Debatte ist so wenig ausgearbeitet wie die Frage, was soziale Nachhaltigkeit eigentlich ist. Hier bemühen sich Einzelgewerkschaften (z. B. die IG BCE, die IG BAU) um eine Präzisierung und stärkere Berücksichtigung der sozialen Bedingungen einer nachhaltigen Gesellschaft.

Nord und Süd im Geiste von Rio – in Gewerkschaften bisher weitgehend unreflektiert.²³

Mit einer eher selektiven Lesart, die maßgeblich von Partikularinteressen bestimmt bleibt, werden von den Gewerkschaften jene Konsequenzen einer nachhaltigen Entwicklung ausgeblendet, die im Kern die Konfiguration der industriellen Produktionsweise und des dazugehörigen Verteilungsmodus (Zuwachsverteilung, „Fordistischer Gesellschaftsvertrag“) sowie der unterliegenden Fortschrittsvorstellungen und Weltbilder in Frage stellen (Ende der Wachstumsgesellschaft).

3.2 Nachhaltigkeitsrezeption in NGOs

NGOs haben mit zahlreichen Kampagnen und Aktivitäten in der Öffentlichkeit verschiedene Aspekte der ökologischen und entwicklungspolitischen Dimension nachhaltiger Entwicklung zur Sprache gebracht. Auf der Basis ihrer zum Teil ausgeprägten Expertise zu Sachthemen (Umwelt, Entwicklung, Handel, Verschuldung, Menschenrechte) werden NGOs als kompetente Dialogpartner anerkannt und leisten mit ihrer kritische Analyse (Monitoring) des Rio-Prozesses einen wertvollen Beitrag zur politischen Debatte. Seit der UNCED und den zahlreichen Weltkonferenzen in ihrem Gefolge stehen sie als „neue globale Akteure“ verstärkt im Rampenlicht internationaler Diplomatie. Die Qualität der Weltprobleme und die eingeschränkte Handlungskapazität der Nationalstaaten führt zu einem Bearbeitungsdilemma, denn der Widerspruch zwischen der „Nationalität der Politik“ und der „Globalität der Ökonomie“ herrscht staatlichem Handeln Grenzen auf. Vor diesem Hintergrund haben NGOs als zivilgesellschaftliches Korrektiv und notwendige Erweiterung regierungspolitischen Handelns wachsende Bedeutung erlangt. Zweifellos hatten ihre Anstrengungen bei der Verknüpfung der Problembereiche Umwelt und Entwicklung auf internationaler Ebene Erfolg, wie die – wenn auch eher visionär als realpolitisch bedeutsame – Rio-Konferenz als Anstoß für eine weltweite Debatte um nachhaltige Entwicklung vor Augen führte. Inzwischen bezeichnet sogar der Sachverständigenrat der Bundesregierung (SRU) Umweltverbände als die Vorkämpfer einer nachhaltigen Entwicklung und als „Realisationsfaktor des neuen Leitbilds“, die ihre politische Bedeutung und Legitimation vor allem aus dem Anspruch beziehen, Anwälte von Gemeinwohlinteressen zu sein (vgl. SRU 1996: 220). Gleichwohl wird mit solchen Formulierungen der politische Einfluß von NGOs deutlich überschätzt. Diese Überhöhung hat auch damit zu tun, daß politische Entscheidungsträger häufig dazu übergehen in Ermangelung eigener Handlungsansätze die Verantwortung für die Ausgestaltung des Rio-Prozesses an NGOs zu delegieren. NGOs finden sich aber nicht nur wegen ihrer mehr oder weniger ausgeprägten Abhängigkeit von staatlichen Finanzen in dieser Rolle, sondern auch aufgrund ihres gestiegenen Selbstbewußtseins als Rio-

23 Gleichwohl ist dieser Aspekt charakteristisch für die gesamte Nachhaltigkeitsdebatte westlicher Prägung und somit weniger ein gewerkschaftsspezifisches als vielmehr ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Die Kontroversen um die „Auslegung“ des Nachhaltigkeitsbegriffs zwischen Nord und Süd im Zuge der Rio-Nachfolgekongressen belegen diese Tatsache.

Akteure und ihrer Erfahrungen mit öffentlichkeitswirksamen Kampagnen. Sie sensibilisieren ihre eigenen Mitglieder und zumindest Teile der Bevölkerung für eine Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit; dies entbindet sie jedoch nicht von der Verantwortung, auch eigene Umsetzungsvorschläge für ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit zu entwickeln.

Auch in NGOs variieren die Positionen zu Nachhaltigkeit. Sie bewegen sich in einem recht weiten Spektrum zwischen Erweiterung oder Modifizierung der traditionellen Umweltschutzkonzeption und visionär-politischen Entwürfen zu gesellschaftlichen Alternativmodellen für Nord und Süd. Während der Nachhaltigkeitsdiskurs bei großen Umweltschutz- und Entwicklungsverbänden die traditionelle Organisationsidentität erst zu verändern beginnt, bestimmt er bei kleineren und jüngeren Organisationen maßgeblich das Selbstverständnis und die Identität.²⁴

Zwei große Verbände, die Umweltorganisation Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die kirchliche Organisation der Entwicklungszusammenarbeit MISEREOR, haben mit der Wuppertal-Studie dezidiert ihre Position zu Nachhaltigkeit veröffentlicht. Die Studie folgt unter der Prämisse des Umweltraumkonzepts einer sehr weitgehenden Ausdeutung von Nachhaltigkeit als neuem globalem Entwicklungsmodell. Den aus den ökologischen Erfordernissen und dem Umweltraummodell abgeleiteten Reduktionsszenarien für die kommende Entwicklung stehen jedoch mit den Leitbildern lediglich skizzierte Entwicklungspfade und wenig konkret ausgereifte Umsetzungsvorschläge gegenüber. Grundsätzlich bleibt die Studie auf eine ökologische Modernisierung der Marktwirtschaft ausgerichtet. Gleichwohl hat der Diskussionsprozeß zur Studie auch bei den Herausgebern zur Erweiterung der umwelt- resp. entwicklungspolitischen Perspektive geführt und die Notwendigkeit deutlich gemacht, soziale und wirtschaftspolitische Fragestellungen stärker als bisher wahrzunehmen und zu berücksichtigen. Zumindest in einigen Organisationen und Verbänden ist mit der Intensivierung der Nachhaltigkeitsdebatte ein interner Diskussions-, Such- und Lernprozeß angestoßen worden, in dem die Identifikation neuer Strategie- und Handlungsformen im Zeichen der Nachhaltigkeit ins Blickfeld gerückt wird.

Andere NGO-Organisationen haben bisher kaum eigene Positionen im Nachhaltigkeitsdiskurs erarbeitet, sondern ihren Beitrag im Rio-Prozeß auf die Öffentlichkeitsarbeit, die Bereitstellung von Ressourcen und die Koordination von Aktivitäten geleistet. Im Rahmen des UNCED-Prozesses wurde – wie schon erwähnt – von verschiedenen in den Bereichen Umwelt und Entwicklung tätigen deutschen NGOs das „Forum Umwelt und Entwicklung“ gegründet, in heute neun verschiedenen Arbeitsgruppen werden Themenkomplexe bearbeitet, die für die Umsetzung der Rio-

24 Im Vorfeld von Rio wurden kleinere NGOs gegründet, die explizit eine Verkopplung von umwelt- und entwicklungspolitischen Themen anstreben (z. B. die Nord-Süd-Initiative Germanwatch und der Verein Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung WEED, beide gegründet 1991). Ihre Mitglieder stammen vor allem aus der zerfallenden bzw. sich reorganisierenden Solidaritäts- und Dritte-Welt-Bewegung (BUKO – Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Gruppen). Sie eint die Überzeugung, daß die interdependenten umwelt- und entwicklungspolitischen Problemlagen mit den „alten“ Perspektiven und Aktionsformen nicht mehr angemessen bearbeitet werden können.

Beschlüsse besonders wichtig sind.²⁵ Mit der Gründung des „Forums Umwelt und Entwicklung“ (formal unter Trägerschaft des Deutschen Naturschutzrings DNR) wird die Sachkompetenz durch die Vernetzung verschiedener Organisationen in Form einzelner AGs gebündelt und werden neue Maßstäbe für die themen- und organisationenübergreifende Auseinandersetzung mit den Schwerpunktthemen der Nachhaltigkeitsdebatte gesetzt. Trotz der fruchtbaren Kooperation ist die Trennung der entweder umwelt- oder entwicklungspolitisch geprägten Perspektive von Nachhaltigkeit auch innerhalb des „Forums Umwelt und Entwicklung“ keineswegs überwunden. Zumeist prägt der jeweils originäre Arbeitsschwerpunkt der Organisationen ihre Positionen zu Nachhaltigkeit. Während sich umweltpolitische Organisationen stärker auf die ökologische Dimension von Nachhaltigkeit konzentrieren und Nachhaltigkeit vor allem als Leitbild für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft ansehen, rezipieren entwicklungspolitische Organisationen Nachhaltigkeit stärker als globales Entwicklungskonzept, das sowohl im Süden als auch im Norden realisiert werden muß. Freilich soll gerade die Heterogenität, also unterschiedliche und eigenständige Zielprofile, in der NGO-Vielfalt gewahrt bleiben, dennoch erfordern spezifische Themen gerade organisations- und perspektivübergreifende Handlungsstrategien (z. B. umwelt- und entwicklungspolitische Aspekte globalen Klimaschutzes).

NGOs an der Schnittstelle zwischen umwelt- und entwicklungspolitischen Arbeitsfeldern (wie etwa Germanwatch oder WEED) bemühen sich darum, die sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekte von Nachhaltigkeit als interdependent zu berücksichtigen und kohärente Strategien auf dem Weg zu einem global nachhaltigen Gesellschaftsmodell zu entwickeln. Doch auch hier stehen häufig einer umfassenden Rezeption von Nachhaltigkeit und weitgehenden Forderungen Handlungsstrategien gegenüber, die auf kurz- bis mittelfristig realisierbare Ziele ausgerichtet sind.

Die Vermittlung zwischen dem strategischen Fernziel eines neuen Gesellschaftsmodells der Nachhaltigkeit und den kurzfristig realisierbaren politischen Handlungsschritten erweist sich als äußerst schwierig und stellt demnach auch NGOs vor neue Herausforderungen. Dies bedeutet für die Umweltverbände und -organisationen gegenüber einer Dominanz der ökologischen Dimension von Nachhaltigkeit auch die sozialen und ökonomischen Voraussetzungen und Bedingungen einer gesellschaftlichen Alternative zu berücksichtigen. Für die entwicklungspolitisch engagierten Gruppen hingegen gilt es, die ökologischen Konsequenzen der sozialen, aber vor allem ökonomischen Entwicklung in den Ländern des Südens einzubeziehen. Die Entwicklung adäquater Politik- und Interaktionsmuster verläuft freilich in den Organisationen unterschiedlich. Relativ jungen und kleinen Organisationen, professionell und flexibel organisierten Bewegungsvertretern und Lobbygruppen oder Umweltverbänden aus dem Spektrum des „pragmatischen Umweltschutzes“ fällt die Anpassung der Handlungsstrategien an das neue Leitbild sicherlich leichter als Vertretern des „tradi-

25 In den AGs des Forums sind vor allem kleinere Organisationen aktiv, weil insbesondere sie von den Synergieeffekten der Kooperation profitieren, hingegen große Verbände häufiger über eigene AGs oder Projekte ihre Aktivitäten zu Schwerpunktthemen koordinieren und bemüht sind, gegenüber den Kollektivprodukten des Forums ihr eigenes Profil zu bewahren.

tionellen Naturschutzes“.²⁶ Während beispielsweise Germanwatch bereits 1993, ein Jahr nach der UNCED, mit der Kampagne „Rio Konkret“ das Thema aufgreift und die Umsetzung von Nachhaltigkeit in der Deutschland fordert (konkret die Einlösung der Versprechen der Bundesregierung in Rio: CO₂-Reduktion, Schuldenreduktion, 0,7% des BSP als Entwicklungshilfe; vgl. Germanwatch 1993), beginnt innerhalb des Deutschen Naturschutzrings erst 1998 mit dem Grundsatzpapier „Aufbruch 21“ ein interner Diskussionsprozeß zur Bedeutung des neuen Leitbilds für die umweltpolitische Strategie der Mitgliedsverbände (vgl. DNR 1998).

Unabhängig von den genannten Unterschieden ist es dem Engagement von NGOs auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu verdanken, daß die Nachhaltigkeitsthematik Eingang in gesellschaftspolitische Debatten gefunden hat. Ihre zentrale Bedeutung besteht in dem fortgesetzten Bemühen, durch Öffentlichkeits-, Informations- und Lobbyarbeit die Diskussion um Nachhaltigkeit trotz politischer Widerstände und anderer Themensetzungen fortzuführen und zu bereichern.

3.3 Konsens und Dissens zwischen Gewerkschaften und NGOs

Bei der Gegenüberstellung von Zielsetzungen und Leitbildern in Gewerkschaften und NGOs wird deutlich, daß Nachhaltigkeit entweder als soziale oder ökologische Modernisierungsstrategie auf nationaler Ebene oder als Grundlage eines neuen globalen Entwicklungsmodells rezipiert wird, wobei zahlreiche Zwischenformen existieren. Die Problematik Nachhaltigkeit hat in Gewerkschaften und NGOs unterschiedliches politisches Gewicht. Während die Themen von NGOs zumindest mit Facetten der Nachhaltigkeitsdebatte übereinstimmen, bleibt der Gegenstand für Gewerkschaften eine neben vielen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Die Positionen der Gewerkschaften und NGOs – und hier spiegeln sich die Schwierigkeiten der gesamtgesellschaftlichen Debatte – sind grundsätzlich von Unsicherheiten und Unklarheiten über die Konsequenzen des normativen Konzepts für die Konfiguration von Wirtschaft und Gesellschaft im allgemeinen und für die eigenen Handlungsfelder im besonderen geprägt.²⁷

Von Gewerkschaften, aber auch von NGOs werden häufig nur bestimmte Aspekte des Leitbilds der Nachhaltigkeit aufgegriffen. Zugespitzt formuliert, läßt sich in Gewerkschaften ökologische Nachhaltigkeit als vorsorgende Umweltpolitik, ökonomische Nachhaltigkeit als wirtschaftliche Stabilisierung durch Wettbewerbs- und Standortvorteile und soziale Nachhaltigkeit als gleichbedeutend mit gewerkschaftlichen Schutzinteressen übersetzen. Demgegenüber verstehen NGOs Nachhaltigkeit vielmehr als übergreifenden Ansatz für die Lösung umweltpolitischer Problemlagen

26 Zur Unterscheidung der verschiedenen Strömungen in der Ökologiebewegung vgl. Rucht (1991). NGOs wie Germanwatch oder WEED würde ich als spezifische Organisationsform der „Politischen Ökologie“ fassen.

27 Dies drückt sich u. a. in positionsimmanenten Widersprüchen und Blindstellen in den Interpretationen aus; dieses Phänomen ist bei den Gewerkschaften deutlicher ausgeprägt als bei NGOs.

und/oder der globalen sozial-ökologischen Krise sowie in den weitergehenden Varianten sogar als Folie für eine strukturelle Korrektur von Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Definitions- resp. Rezeptionstypen in Gewerkschaften und NGOs umschreiben verschiedene Interpretationen von Nachhaltigkeit, die sich vereinfachend in folgende Muster einordnen lassen:

1. Nachhaltige Entwicklung wird auf Umweltschutzmaßnahmen in den Industrieländern reduziert, die globalen ökologischen und entwicklungspolitischen Komponenten werden ausgeblendet;
2. Nachhaltigkeit wird mit ökologischer Modernisierung der Industriegesellschaft gleichgesetzt, dabei werden verteilungspolitische und soziale Aspekte lediglich im nationalen Kontext berücksichtigt, nicht eine Abkehr vom herkömmlichen Wirtschaftsmodell dominiert die Zielsetzung, sondern seine Reform;
3. nachhaltige Entwicklung wird als globale Entwicklungsalternative, als langfristige strukturelle Veränderung des industriellen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells verstanden.

Die Positionen der Gewerkschaften²⁸ können in der Tendenz unter den ersten und zweiten Fall subsumiert werden, hingegen sind die Positionen der NGOs (z. B. BUND) dem dritten Fall, jene großer Verbände (wie der DNR) durchaus auch dem zweiten Fall zuzuordnen. Während bestimmte NGOs das Konzept Nachhaltigkeit mit der Zielsetzung verbinden, das vorherrschende Gesellschaftsmodell zu korrigieren und dabei eine sozial-ökologische Reform in den Industrieländern lediglich als Übergangsphase betrachten, verstehen andere Nachhaltigkeit als Leitbild für die ökologische Modernisierung des Naturschutzes und sind damit von den Positionen in Gewerkschaften gar nicht so weit entfernt.

Bei der Gegenüberstellung der Rezeptionsmuster (resp. Lesart von Nachhaltigkeit) und der strategischen Ansätze (Umsetzung von Nachhaltigkeit) lassen sich Verschiebungen, Brüche und Inkonsistenzen sowohl in den Positionen der Gewerkschaften als auch denen von NGOs identifizieren. Generell bleiben die strategischen Ansätze auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft bisher eher skizzenhaft. Es erscheint beim jetzigen Stand der Debatte möglicherweise auch als verfrüht, bereits nach akteurspezifischen Strategien nachhaltiger Entwicklung zu fragen. Denn die handlungsorientierten Vorschläge sind bei allen Akteuren wenig ausgearbeitet, entsprechen häufig bekannten Ansätzen und erscheinen mit Blick auf die Bedeutung der Dreidimensionalität von Nachhaltigkeit (Ökologie, Soziales, Ökonomie) als unausgewogen. Die bisherigen Umsetzungsvorschläge stellen strategische Orientierungen dar und markieren die im Diskussionsprozeß präferierte Suchrichtung der Akteure. Zweifel-

28 Während beispielsweise die IG BAU zumindest im forstwirtschaftlichen Bereich die globale verteilungspolitische Dimension einbezieht, die soziale Dimension auf nationaler Ebene mit ökologischen Aspekten zu verbinden versucht und Nachhaltigkeit als konzeptionelle Basis einer grundlegenden sozial-ökologischen Reform ansieht, reduziert die IGM letztlich Nachhaltigkeit auf umweltpolitische Maßnahmen. Die IG BCE bezeichnet Nachhaltigkeit zwar als zukünftiges Strukturierungsprinzip und übergeordnetes Leitbild, greift jedoch hauptsächlich die soziale Dimension auf und interpretiert diese selektiv im Sinne branchenbezogener Schutzinteressen.

los betonen NGOs deutlich stärker, daß Perspektiverweiterungen unausweichlich sind und kohärente Lösungsansätze entwickelt werden müssen. Wenngleich eine Präzisierung dieses Ansatzes für einzelne Bereiche (z. B. Klimaschutz) vorgenommen wird, bleibt er in vielen anderen Bereichen noch sehr verschwommen. Auf Seiten der Gewerkschaften setzt sich diese Erkenntnis erst bei einzelnen Organisationen (etwa der IG BAU) durch. Die Offenheit und Aktualität dieses Prozesses und die Suche nach gemeinsamen Orientierungen im Dialog können aber durchaus als positive Voraussetzung für kooperative Interaktion zwischen Gewerkschaften und NGOs angesehen werden.

„Innovationen“, „Effizienzrevolution“, „technischer Fortschritt“, „ordnungsrechtliche Maßnahmen“, „sozial-ökologische Reform der Marktwirtschaft“ – dies sind strategische Wegmarken, die unisono von den Akteuren befürwortet werden. Variationen finden sich bezüglich der Intensität und Qualität politischen Eingriffs in die Regulation von Wirtschaft vor allem innerhalb der Gewerkschaften aber auch zwischen den Gewerkschaften und NGOs. Nachhaltige Entwicklung wird mit dieser Perspektive jedoch zu einem vorwiegend technokratischen Problem verkürzt, das sich demnach auch auf der technischen Ebene bewältigen läßt. Gewerkschaften setzen dabei vornehmlich auf die Erweiterung ihrer Handlungsspielräume, d. h. auf die Verbesserung der Entwicklungschancen ihrer Organisationsbereiche und der Verteilungsspielräume (Arbeitsplätze und Einkommen). NGOs hingegen hoffen stärker auf den „Nebeneffekt“ der Effizienzrevolution: die Reduktion des Stoff- und Energieverbrauchs und postulieren weitergehende Veränderungen. NGOs befürworten zwar strukturelle Veränderungen des Gesellschaftsmodells, sind aber allein nicht in der Lage, adäquate Handlungsansätze zu formulieren. Sie gehen mit der dezidierten Forderung nach einem neuen Wohlstands- und Konsummodell und ihrem Plädoyer für eine Verbindung von Effizienz- und Suffizienzrevolution deutlich weiter als die Gewerkschaften.

Der maßgebliche oder entscheidende Unterschied zwischen den Akteursgruppen besteht bezüglich der Frage, ob dies hinreichende Strategien auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft sind. Während bei den Gewerkschaften mit dem Reformweg bereits das Ziel formuliert wird, folgen zumindest einige NGOs der Erkenntnis, daß mittelfristig jene durch die Effizienzrevolution erzielten Erfolge (Verbrauchsreduktion) von fortgesetztem Wachstum zunichte gemacht werden und die Wachstumsdynamik langfristig selbst außer Kraft gesetzt werden muß („Grenzen des Wachstums“). Obwohl also NGOs programmatisch eher jene den dritten Fall (vgl. S. 25) charakterisierende, gesellschaftliche Korrektur im Zeichen von Nachhaltigkeit anstreben, sind ihre strategischen Vorschläge und ihr politisch-praktisches Handeln (etwa in Kooperationsprojekten mit der Wirtschaft) auf die Zielsetzungen im ersten und zweiten Fall ausgerichtet. Dies mag auch dem „Diktat des momentan Machbaren“ geschuldet sein, deutet jedoch darauf hin, daß es mehr Schnittstellen und damit gemeinsame Handlungsspielräume zwischen Gewerkschaften und NGOs gibt, als mit Blick auf die unterschiedlichen Definitionen von Nachhaltigkeit angenommen werden kann.

Selbst jene mit den Ansätzen zur sozial-ökologischen Reform der Marktwirtschaft verbundenen Anforderungen haben so weitgehende und extrem unterschiedliche

Auswirkungen auf die einzelnen Organisationsbereiche der Gewerkschaften (z. B. die Energiewende für die IG BCE oder die Verkehrswende für die IGM), daß Erfolg oder Scheitern dieser Strategie derzeit kaum absehbar ist.²⁹ Die Gewerkschaften befinden sich gegenüber den Erfordernissen von Nachhaltigkeit in einem Dilemma, weil insbesondere sie (deutlicher als NGOs) aufgefordert sind, die eigene Arbeitsweise in Frage zu stellen. Sie sind gezwungen, auf der Ebene von Interessenvertretung – also auch gegenüber evidenten Schutzinteressen (Arbeitsplätze und Einkommen) – die Ernsthaftigkeit ihrer Nachhaltigkeitspositionen, im Zweifelsfall auch gegen die Interessen der eigenen Klientel, unter Beweis zu stellen, eine Gratwanderung, die unter restriktiven Handlungsbedingungen schwer gelingt, erheblicher Anstrengungen bedarf und die Wiederbelebung des politischen Gestaltungspotentials von Gewerkschaften herauffordert.

NGOs sind einem solchen Interessenkonflikt in viel geringerem Maße ausgesetzt. Ihre Handlungslogik, ihr Selbstverständnis und ihre umwelt- und/oder entwicklungspolitische Kompetenz wird von der Trägerschaft nicht durch ihren Beitrag zum Nachhaltigkeitsdiskurs in Zweifel gezogen; selbst dann nicht, wenn sie nur vage Vorstellungen zur Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung formulieren. Sie handeln als Repräsentanten von Natur- und Umweltschutzinteressen, von Menschheits-, Überlebens- sowie Nachweltinteressen implizit auch im Interesse ihrer Mitglieder. Ihre Mitgliederbasis erwartet in der Regel sogar eine kompetente Beteiligung am aktuellen (umwelt-)politischen Diskurs und macht ihre Unterstützung (Mitgliedsbeiträge und Spenden) von den politischen Erfolgen ihrer Organisation abhängig. Die Debatte um Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt zu rücken steht hier folglich nicht zwangsläufig im Widerspruch zu Mitgliederinteressen, wie dies bei den Gewerkschaften häufig der Fall ist. Die Positionen von NGOs zeigen aber deutliche „Blindstellen“ in der Wahrnehmung anders gelagerter vor allem sozialer Interessen. Demnach steht für sie die Berücksichtigung der sozialen Bedingungen einer nachhaltigen Entwicklung auf der Agenda. Damit muß zwar die handlungspolitische Perspektive erweitert, jedoch nicht die Organisationslogik oder Zielsetzung grundlegend verändert werden.³⁰

Nachhaltigkeit stellt keineswegs ein gemeinsames Referenzkonzept dar, vielmehr erfährt das Leitbild verschiedene Ausdeutungen, bei denen in sehr unterschiedlicher Art und Weise der Dreidimensionalität (Ökonomie, Ökologie, Soziales) von Nachhaltigkeit Rechnung getragen wird. Sowohl Gewerkschaften als auch NGOs sind

29 Gleichwohl zeigen einzelne Beispiele resp. Reformvorschläge (etwa von der IG BAU), daß im Rahmen gewerkschaftlicher Handlungslogik durchaus zukunftsweisende und innovative Strategien entwickelt oder unterstützt werden können, in denen Partikularinteressen (Modernisierung durch Branchenreform) mit gesamtgesellschaftlichen Interessen (ökologischer Umbau) verbunden werden. Die Unterstützung der ökologischen Steuerreform durch zehn Einzelgewerkschaften und den DGB sei hierfür ein weiterer Beleg.

30 Gleichwohl werden die sozialen und ökonomischen Bedingungen ökologischer Erfordernisse (resp. der Nachhaltigkeit) auch in vielen NGOs keineswegs selbstverständlich von der gesamten Organisation oder der Basis berücksichtigt. Auch in NGOs ist noch sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten und sind Kompetenzen aufzubauen, um die Nachhaltigkeitsthematik (als Querschnittsthema) in der gesamten Organisation zu verankern.

aufgefordert, ihre bisherige Perspektive auszuweiten, die eigene Handlungslogik zu überdenken und spezifische Handlungsansätze zu entwickeln. Dies gelingt im gegenseitigen Austausch und im Dialog leichter.

Nach der Gegenüberstellung erweisen sich vor allem Schritte auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Reform als der gemeinsame Nenner, mit dem die Interessenlagen von Gewerkschaften und NGOs verbunden werden können. Die Schnittmenge ergibt sich demnach im Bereich der kurz- und mittelfristigen Strategien des sozial-ökologischen Umbaus, die für die Gewerkschaften das Ziel und für die NGOs lediglich einen Schritt auf dem Weg zur Nachhaltigkeit bedeuten.

4. Konstellationen, Formen und Beispiele von Kooperation

4.1 Konstellationen zwischen Kooperation und Konkurrenz

Obleich sich zumindest in Teilen der Gewerkschaften und NGOs die Erkenntnis durchzusetzen beginnt, daß eine Annäherung nur gelingen kann, wenn beide Seiten die Widersprüche und Konflikte zwischen sozialen und ökologischen Interessen klar benennen und gemeinsam nach gangbaren Wegen zum Ausgleich der divergierenden Interessenlagen suchen, wird Konflikt und Dissens in der Interaktion erst im Ansatz kreativ herausgefordert. Die Konflikt- und Dialogfähigkeit von NGOs scheint aufgrund ihrer stärkeren Ausrichtung auf Konsultation, Verhandlung und Überzeugung (Lobbyarbeit) und ihrer Kooperationserfahrungen mit ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren (wie etwa anderen Bewegungsorganisationen, Kirchen, aber auch mit Administration und Wirtschaft) ungleich stärker ausgeprägt als in Gewerkschaften. Selbstverständlich verfügen auch Gewerkschaften über derlei Erfahrungen, doch sind die Konfliktaustragungsformen zwischen Lohnarbeit und Kapital (Aushandeln von Tarifverträgen etc.) und die Verhandlungsformen im (neo-)korporatistischen Modell der Interessenvertretung hochgradig institutionalisiert, verlaufen also in relativ festgefühten Bahnen. Interaktions- und Konfliktkompetenz konzentrieren sich bei den Gewerkschaften also vor allem auf die Arbeitgeber, ihre Verbände und den Staat bzw. das politisch-administrative System und weist nicht ein so weitgefaßtes Akteurs-Setting auf wie bei den NGOs .

Trotz der erkannten Dringlichkeit gemeinsamen Handelns und dem Bemühen um Dialog statt Konfrontation ist heute keineswegs abzusehen, ob und wann sich Gewerkschaften und NGOs bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung als Koalitionspartner oder aber als Opponenten gegenüber stehen. Freilich sind weder Gewerkschaften noch NGOs als monolithische Blöcke homogener Interessenlagen zu charakterisieren. Allein die unterschiedliche Betroffenheit bestimmter Branchen von ökologischen Umbaumaßnahmen (Gewinner und Verlierer) führt innerhalb der Gewerkschaftslandschaft zu teilweise entgegengesetzten Positionen (z. B. pro und contra Öko-Steuer, IGM und IG BCE). Für die Interaktion von Gewerkschaften und NGOs ist zu sagen, daß in Abhängigkeit von spezifischen Themenfeldern Übereinstimmungen und/oder Gegensätze in den Positionen hervortreten können, die quer zu den herkömmlichen Konfliktlinien liegen. Beispielsweise lassen sich in bezug auf bestimmte Ziele durchaus konsensuale Positionen nachweisen (z. B. Klimaschutz, d. h. CO₂-Reduktion), während im Hinblick auf die Diskussion um die Realisierung der Ziele (z. B. konkrete Schritte zum Umbau des Energiesystems, Ausstieg aus der Braunkohle und der Kernenergie) quasi antagonistische Widersprüche fortbestehen können. Aufgrund der Inhomogenität der politischen Akteure und ihrer Interessenlagen sind Koalitionen denkbar, die quer zu den Bewegungs- bzw. Organisationsgrenzen liegen bzw. darüber hinaus gehen. Ebenso können Konflikte um Lösungsansätze

aufbrechen, die innerhalb der etablierten Lager verlaufen, dies gilt für Gewerkschaften ebenso wie für die Organisationen der umwelt- und entwicklungspolitischen Bewegungen. Innerhalb der Gewerkschaften bspw. zeichnen sich Konflikte zwischen Umbaugewinnern und -verlierern ab, die offen als solche benannt und reflektiert werden müssen.³¹ In diesem Sinne kann es einerseits zu branchenspezifischen Koalitionen zwischen Kapital und Arbeit kommen, die dem Status quo-Erhalt dienen und den Forderungen von NGOs entgegenstehen (mithin zu Konflikt oder auch Konkurrenz – wie bspw. in der Chemie- und Energiepolitik), andererseits sind ebenso Bündnisse zwischen ökologisch orientierten Gewerkschaften und Akteuren der umwelt- und entwicklungspolitischen Bewegungen denkbar, die Organisationsgrenzen überwinden (z. B. Unterstützung der Kampagne des DNR für eine ökologische Finanzreform). Denkbar sind auch andere Interaktionsvariationen und Zwischenformen.

Zu jenen unter Kapitel 2 aufgeführten Einflußfaktoren für das politische Handeln der Akteure zählen die politische Kultur und die Wertorientierung (2.2). Mit diesen akteurspezifischen Werthaltungen sind unterschiedliche „soziale Orientierungen“ verbunden, die maßgeblich auch das Interaktionsverhalten bestimmen. Sie werden als „indifferente“, „wettbewerbsorientiert-feindselige“ oder „kooperativ-solidarische Orientierung“ zu differenzieren versucht (Scharpf 1993: 151ff.). Die „*Indifferenz-Orientierung*“ bezeichnet eine flexible und abgestufte Verhaltensweise, in der die Eigeninteressen dominieren. Können die Eigeninteressen im gemeinsamen Handeln verfolgt werden, dann ist Kooperation möglich und gewünscht. Wenn die Situation bzw. die jeweilige Themenstellung und Konstellation nicht klar abschätzbar sind, ist die Haltung gegenüber anderen Akteuren eher vorsichtig und die Erwartung skeptisch. Bei der „*wettbewerbsorientiert-feindseligen Haltung*“ wird die andere Akteursgruppe vordergründig als Repräsentant gegensätzlicher Interessen (als Opponent) wahrgenommen, Interaktion findet hier in erster Linie als Konfrontation und mit dem Ziel statt, sich gegen die Angriffe des jeweiligen Gegenübers zu verteidigen. Die „*kooperativ-solidarische Orientierung*“ zeichnet sich hingegen durch die Kontinuität gemeinsamer Interessen und die gegenseitige Erwartung aus, daß sich das jeweilige Gegenüber niemals schädigend für die eigenen Interessen verhält.³²

Die Unterscheidung der „sozialen Orientierung“ dient im Kontext der Fragestellung der Erläuterung von kooperationsstützendem oder -blockierendem Akteurshandeln. Scharpf folgend, ließen sich die drei Formen folgendermaßen für die Fragestellung übersetzen: Während die „wettbewerbsorientiert-feindselige Orientierung“ mit hoher Wahrscheinlichkeit das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und NGOs in den 70er Jahren bestimmte, stellt dies heute zwar immer noch eine mögliche, aber keineswegs

31 Die nach Beck sogenannten „Risikokonflikte“ führen in Gewerkschaften zu erheblichen Spannungen: „Die Polarisierungen schlagen in die Erwerbsstruktur durch. Die Konfliktlinien wären dann – soweit man die Folgen industrieller Gefahren ins Zentrum stellt – nicht mehr an den Kriterien wie Nichtbesitz von Produktionsmitteln festzumachen, sondern an Arbeitsplätzen in risikogewinnenden und risikogefährdenden Teilen des ökonomischen Systems“ (Beck 1988, zit. nach Jahn 1992: 25f.).

32 Diese Variante wird allerdings von Scharpf (1993) als Determinante von Akteurshandeln, daß zuallererst von Eigeninteressen dominiert und im politischen Prozeß zudem dynamisch veränderlich ist, als unrealistisch verworfen.

mehr die dominante Haltung dar. Obwohl sich die Akteursgruppen gerade in der Auseinandersetzung um Nachhaltigkeit als Vertreter gegensätzlicher Interessen (soziale versus ökologische Nachhaltigkeit) gegenüberstehen, ist es gelungen, die alte anti-kooperative Haltung zu überwinden (siehe hierzu das folgende Kapitel 4.2). Es ist anzunehmen, daß die „Indifferenz-Orientierung“ die Interaktion zwischen Gewerkschaften und NGOs am treffendsten erfaßt. Vertreter beider Akteursgruppen kooperieren in der Regel zwar mit der Intention, die eigenen Interessen zu verfolgen, rücken jedoch insbesondere in der Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit übergeordnete gesellschaftliche Interessen (Erhalt der Lebensgrundlagen) in den Blick.

Abhängig von bestimmten Themenfeldern wird von den Akteuren bei der Bildung „strategischer Allianzen“ jeweils abzuschätzen versucht, ob Verständigung und Kooperationen möglich und zielführend sind. Grundsätzlich präferieren Gewerkschaften und NGOs bei der Bildung von Koalitionen nicht in erster Linie oder ausschließlich den jeweils anderen. Vielmehr ist für die jeweilige Auswahl entscheidend, ob die Akteure in bestimmten Politikfeldern von Relevanz sind. „Strategische Allianzen“ werden also in erster Linie unter der Maßgabe geknüpft, welches Thema mit einer Kampagne oder Aktivität in der öffentlichen Diskussion und bei der (Lobby-)Arbeit bewegt werden soll. Die Akteurskonstellationen variieren in Abhängigkeit vom Thema. Vor diesem Hintergrund werden andere gesellschaftliche Akteure (also Gewerkschaften oder NGOs) als Kooperationspartner angesprochen. Für den Ausgleich sozialer und ökologischer Interessen im Nachhaltigkeitsdiskurs und für übergreifende Problemdefinitionen und Lösungsstrategien kommen sowohl Gewerkschaften als auch NGOs gar nicht umhin, gemeinsame Koalitionen einzugehen. In der Realität treten sich in einer Vielzahl von Politikfeldern – wie Energie- oder Verkehrspolitik, ökologische Landwirtschaft, Klimaschutz – in wechselnden Konstellationen Vertreter von Gewerkschaften und NGOs gegenüber. Es kann in diesem Kontext auch in größeren Netzwerken zu bilateraler Kooperation kommen, sie kann aber auch ausbleiben.

Eine „kooperativ-solidarische Orientierung“ könnte – gleichsam visionär – die optimale Werthaltung für kontinuierliche Zusammenarbeit darstellen, jedoch ist eine „Kontinuität gemeinsamer Interessen“ zwischen Gewerkschaften und NGOs immer nur im Hinblick auf Teilinteressen und bestimmte Sachthemen zu erwarten. Denn selbst innerhalb der Akteursgruppen ist keineswegs die „kooperativ-solidarische Orientierung“ vorherrschend, vielmehr konkurrieren auch hier unterschiedlichste Interessen bzw. Organisationen miteinander (Konkurrenz um knappe Ressourcen, Öffentlichkeitswirkung, politischer Einfluß etc.). Freilich kann es Ziel eines gemeinsamen Diskussions- und Lernprozesses von Gewerkschaften und NGOs sein, Sensibilität und Akzeptanz für die spezifischen Interessen des anderen herzustellen. In diesem Sinne würde es vielleicht möglich werden, daß beide Akteure in der Zukunft Forderungen vermeiden, die „bewußt“ den Interessen des Gegenübers zuwiderlaufen.³³

33 Es sei an dieser Stelle betont, daß NGOs wesentlich häufiger politische Forderungen erheben, die zumindest für bestimmte Branchen bzw. Teile der Arbeiterschaft „schädigende“ Konsequenzen

In der Debatte um Nachhaltigkeit vermischen sich in besonderem Maße Konfliktebenen, weil Bestands- und Umverteilungsinteressen, Schutz- und Nutzungsinteressen, Verursacher- und Betroffeneninteressen gleichzeitig, d. h. in ihrer Komplexität berücksichtigt werden müssen. Die Konflikte werden von den verschiedenen Handlungsrationaltäten der Akteure bestimmt und überlagert bzw. überformt von kulturellen Unterschieden (vgl. Brand 1997: 18; Kapitel 2). Die Qualität der Konflikte erfordert neue Formen der Problembearbeitung, die als „dialogische Dissensklärung“, Formen horizontaler Vernetzung und Koordination auf verschiedenen Handlungsebenen charakterisiert werden (vgl. Brand 1997: 15; Weidner 1996). Es ist davon auszugehen, daß einerseits bestimmte NGOs, aber auch die „gesellschaftspolitisch aktiven“ und traditionell „systemkritischen“ Gewerkschaften (z. B. die Initiatoren der Reformdebatte) gegenüber „systemkonformen“ und „pragmatischen“ Gewerkschaften eher in der Lage sind, sich jenen neuen Formen der Problembearbeitung im Nachhaltigkeitsdiskurs zu öffnen und Koalitionen einzugehen.³⁴ Für jene in der Nachhaltigkeitsdebatte aktiven Gewerkschaften ist zu sagen, daß sich ihre politisch-kulturelle Praxis vor allem auch im Zuge der diskursiven Institutionalisierung der Umweltbewegung dialogischen Formen und gesellschaftskritischen Themen geöffnet hat.

4.2 Etappen der Annäherung zwischen Gewerkschaften und NGOs

Es existieren kaum empirische Studien zum Verhältnis von Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen bzw. ihren Organisationen, ebenso wenig systematische Chronologien zur Interaktion oder Kooperationen zwischen beiden Akteursgruppen.³⁵ Dennoch finden sich einige Arbeiten, die das Verhältnis von Gewerkschaften und NSB im allgemeinen (etwa komparative Studien wie Siegmann 1985 und normative Arbeiten wie Sander 1992) oder im Hinblick auf spezifische Aspekte (z. B. die Debatte um Kernenergie, vgl. etwa Jahn 1992, 1993, 1996) behandeln. Nach Sichtung dieser Arbeiten, vereinzelter Berichte in Zeitschriften und Dokumentationen der Akteursgruppen sowie eigenen empirischen Untersuchungen zeichnet sich die Tendenz

haben (z. B. Ende des Stein- und Braunkohlebergbaus). Umgekehrt werden NGOs von Forderungen oder Aktivitäten der Gewerkschaften kaum je in Mitleidenschaft gezogen.

34 Zur Unterscheidung der Gewerkschaften vgl. Weischer (1988) und Jahn (1993, 1996.) In bezug auf die Nachhaltigkeitsdebatte sind einige der Gewerkschaften, die von den Autoren als „gesellschaftspolitisch aktiv“ charakterisiert werden (z. B. die IGM), bisher eher zurückhaltend, während sich andere, deren Vorläufer zu den „pragmatischen Gewerkschaften“ gerechnet wurden (z. B. die IG CPK und die IG BSE), heute durchaus dem gesellschaftlichen Dialog und der Kooperation mit anderen Akteuren stellen (vgl. das Diskursprojekt „Bausteine für ein Zukunftsfähiges Deutschland“ von IG BCE und VCI: IFOK 1997; IG BAU 1995).

35 Im Rahmen des bereits erwähnten von der DFG geförderten Forschungsprojektes zur Kooperation von Gewerkschaften und NGOs im Nachhaltigkeitsdiskurs wurden in einer kleinen Chronologie eigene Daten zu kooperativen Aktivitäten gesammelt, sie beziehen sich jedoch lediglich auf den Zeitraum der letzten zehn Jahre.

ab, daß sich Gewerkschaften und NGOs innerhalb der letzten zehn Jahre gegenüber früheren massiven Berührungsängsten deutlich näher gekommen sind.

In der Vergangenheit war die Entwicklung des Verhältnisses von Gewerkschaften und NGOs von gegenseitigem Mißtrauen, Ignoranz, Konflikten und Unvereinbarkeiten bis hin zu Feindseligkeiten geprägt. Die Historie der Interaktion zwischen der „alten“ und den „neuen sozialen Bewegungen“ ist zugleich eine Geschichte des Konflikts zwischen „postfordistischen“ (umwelt-, gesellschafts- und friedenspolitischen) Anliegen und „fordistischen“ Errungenschaften (Hirsch/Roth 1986), zwischen der Fortschritts- und Wachstumsgläubigkeit der Gestalter und Träger der Industriegesellschaft und ihren Kritikern, vornehmlich den Kindern der Wohlstandsgesellschaft. In gewissem Sinne ist demnach die Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und NGOs auch Ausdruck eines Generationenkonflikts zwischen jenen, die die Errungenschaften der Nachkriegswachstumsphase erstritten und denen, die von ihnen profitieren, zugleich aber mit den Risiken der Industrialisierung sozialisiert und konfrontiert worden sind.

In der Entstehungsphase der Bewegungen (70er bis Mitte der 80er Jahre) waren die Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und den Organisationen der neuen sozialen Bewegungen vor allem von Konflikten um die Gefahren der Industriegesellschaft für Mensch und Umwelt, besonders um die Nutzung der Kernkraft und um abrüstungs- und friedenspolitische Themen (z. B. NATO-Doppelbeschluß, Raketenstationierung) bestimmt und das Verhältnis von einem Klima der Ignoranz und Konfrontation geprägt.

Mit der Sensibilisierung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften für Fragen des Umweltschutzes und der teilweisen Übernahme und beginnenden gesellschaftlichen Akzeptanz der Themen der NSB durch bestehende Organisationen begann sich auch das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und NSB zu entspannen. Während mit der These der „different culture“ (Touraine et al. 1987) unüberbrückbare Unterschiede zwischen Gewerkschaften als strukturell mit dem fordistischen Produktionsmodell verbundenen Interessenorganisationen und den Kritikern eben dieses Modells (Umweltbewegung) erklärt worden sind, scheinen diese Widersprüche seit Ende der 80er Jahre zumindest in Teilen überwindbar.³⁶ Vor dem Hintergrund der Institutionalisierung der Umweltbewegung (z. B. der Etablierung der Grünen als politischer Partei) sowie des Aufstiegs der Ökologiedebatte zum politischen Mainstream-Diskurs haben Gewerkschaften mehr und mehr umfassende gesellschaftspolitische und somit auch ökologische Fragestellungen aufgegriffen und beispielsweise im Rahmen ökologischer Betriebspolitik in die traditionellen Handlungsfelder zu integrieren versucht (vgl. Hildebrandt/Schmidt 1993, 1994; Biere/Zimpelmann 1997). Die Öffnung von Gewerkschaften gegenüber den Anliegen der sozialen Bewegungen ist auch ein Ergebnis der gewerkschaftlichen Reform- und Zukunftsdebatte (Ende der 80er Jahre). Hier wurden erstmals, wenn auch noch vorsichtig, Dialogangebote gemacht und Suchbe-

36 Beispielsweise zeigen Veränderungen in den Positionen zur Kernenergie, daß sich seit Mitte der 80er Jahre einige Gewerkschaften (z. B. die IGM) den alternativ-ökologischen Positionen der Umweltbewegung anzunähern beginnen (vgl. Jahn 1996: 245).

wegungen seitens der Gewerkschaften deutlich. Gegenüber dem Konfrontationskurs der 70er Jahre wurde nun zur erklärten Zielsetzung, die Berührungspunkte zwischen den ASB und NSB abzubauen, eine „neue Streitkultur“ und gegenseitiges Lernen der sozialen Bewegungen zu befördern.³⁷

Die Vorbereitung und Begleitung der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro bildete für die Annäherung zwischen Gewerkschaften und NGOs einen Kulminationspunkt, der von einer signifikanten Zunahme der Kooperationsaktivitäten gekennzeichnet ist. In gemeinsamen Foren diskutierten Vertreter aus Gewerkschaften und NGOs die Folgen der Wirtschaftsweise für die natürlichen Lebensgrundlagen, die Interdependenz von Umwelt- und Entwicklungsproblemen und die besondere Verantwortung der Industrieländer. Dennoch markiert die Kooperationsphase anlässlich der UNCED zugleich den vorläufigen Höhepunkt der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und NGOs. Den Abschluß dieser Hochphase bildete zweifellos der „Deutsche Umweltag 1992“ (DUT), in dessen Trägerkreis neben anderen Organisationen der DNR, der BUND und der DGB vertreten waren. Tragendes Element und konzeptionelle Grundlage des DUT war eine gemeinsam verabredete Strategie des interessenübergreifenden Dialogs. Mit dieser Perspektive verliehen die Vertreter von NGOs und dem DGB der Einsicht Ausdruck, daß trotz unterschiedlicher Interessen eine Zusammenarbeit verschiedener gesellschaftlicher Akteure zur Lösung der Probleme von Umwelt und Entwicklung unabdingbar sei (vgl. Sander 1992). Der anderthalbjährige Diskussions- und Kommunikationsprozeß verschiedener Akteure aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Umweltverbänden und anderen Verbänden in Vorbereitung des DUT kann als ein Erfolg gewertet, hingegen muß das tatsächliche Ereignis im September 1992 als ein Desaster bezeichnet werden.³⁸

Zwar rissen die Kooperationsbeziehungen zwischen Gewerkschaften und NGOs auch in den Jahren nach der UNCED keineswegs völlig ab, jedoch erreichten sie nicht mehr jene Vielfalt und Qualität. Der relative Einbruch in der Intensität der Zusammenarbeit war verbunden mit einem generellen Zurückdrängen gesellschaftspolitischer Fragestellungen in den Gewerkschaften (Gestaltungsfunktion), dem Nachlassen der Dialogbemühungen in den Gewerkschaftsspitzen und einer zunehmenden Informalisierung der Kooperation auf der Arbeitsebene. Dies hatte freilich auch mit den veränderten politischen Handlungsbedingungen für die Gewerkschaften zu tun. Angesichts der Vereinigungsfolgen, der sozio-ökonomischen Krise und der von global

37 Exemplarisch postulierte immerhin bereits 1987 Wulf-Matthies, daß „ein neuer sozialer und ökologischer Reformpakt mit allen denen (notwendig ist), für die der Mensch und nicht der Markt das Maß aller Dinge ist“ (zit. n. Hoffmann et al. 1990: 315).

38 Die avisierte breite Öffentlichkeitswirkung und Mobilisierung blieb weit hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück, die Dialogbemühungen gegenüber der Wirtschaft wurden durch die Nicht-Unterzeichnung der in den Arbeitsgruppen gemeinsam erarbeiteten Konsenspapiere konterkariert, interne Streitigkeiten und Konflikte führten zu schweren Zerwürfnissen zwischen den Veranstaltern. Reinhard Sander, damaliger Vorsitzender des DNR und zugleich Vorstandsvorsitzender des „DUT e.V.“, bezeichnete den DUT als *die* Zäsur im Verhältnis zwischen NGOs und Gewerkschaften, der Mißerfolg habe seiner Ansicht nach nicht nur wegen des eingefahrenen Millionendefizits das Verhältnis nachhaltig gestört.

operierenden Unternehmen und dem BDI (seit 1993) massiv propagierten Ideologie der Standortbedrohung gerieten die Gewerkschaften „mit dem Rücken zur Wand“. Die Probleme infolge der ökonomischen und sozialen Krise dominierten folglich die gewerkschaftliche Agenda. Sie provozierten reaktive Anpassungsprozesse gewerkschaftlicher Politik, in der die Kerninteressen eindeutig dominierten.³⁹ In der Standort- und Wettbewerbsdiskussion wurde das Prinzip der globalen Verantwortung, dem das Leitbild der Nachhaltigkeit verpflichtet ist, gegenüber dem Prinzip internationaler Konkurrenz durch nationale Standortvorteile hintangesetzt – zu Lasten sozialer Sicherung und der Umwelt. In dieser Phase wurde das Bemühen von Teilen der Gewerkschaften um den Ausbau der Zusammenarbeit mit NGOs entscheidend behindert. Zwar engagierten sich Einzelpersonen aus NGOs und Gewerkschaften in gemeinsamen Projekten für die Aufrechterhaltung des Dialogs, jedoch stellten sie eine Minderheit dar. Im Zeitraum 1993 bis 1996 sind lediglich vereinzelt gemeinsame Aktivitäten von Gewerkschaften und NGOs verzeichnet, sie blieben sporadisch, thematisch punktuell und waren nicht auf eine kontinuierliche Kooperation ausgerichtet.⁴⁰

Erst mit dem Erscheinen der Studie des Wuppertal-Institutes: „Zukunftsfähiges Deutschland“ (herausgegeben von BUND und Misereor 1996) wurde die Verständigung zwischen Gewerkschaften und NGOs wiederbelebt und dynamisiert. Keiner der zahlreichen Ansätze aus der Operationalisierungsdebatte (Publikationen des UBA, des SRU oder der Enquete-Kommission) erzielte eine vergleichbar große Signal- und Impulswirkung in der Öffentlichkeit. Mit der Präsentation und der öffentlichen Debatte um die Studie begann auch innerhalb der Gewerkschaften eine intensivere Diskussion zum Konzept der Nachhaltigkeit.⁴¹ Jedoch brachen gerade anhand der Konkretisierung des Leitbilds der Nachhaltigkeit in der Wuppertal-Studie die alten Konfliktlinien zwischen Gewerkschaften und NGOs wieder auf und neue traten hinzu, wie die kritischen Kommentare von Vertretern beider Seiten offenlegten. Einerseits ist von Gewerkschaftsvertretern zu Recht auf die arbeits- und sozialpolitischen Blindstellen in der Wuppertal-Studie hingewiesen worden.⁴² Andererseits haben es Vertreter von NGOs mit eben solcher Berechtigung als die originäre Aufgabe der Gewerkschaften bezeichnet, in der Nachhaltigkeitsdiskussion diese Blindstellen auszufüllen.⁴³ In diesem Sinne wird von Seiten der NGOs (z. B. BUND), insbesondere

39 Gewerkschaften sehen sich angesichts der Globalisierungs- und Integrationsprozesse sowie im „Ost-West-Spagat“ (Mahnkopf 1992) gezwungen, den Prinzipien zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit zu folgen (vgl. Altvater/Mahnkopf 1993).

40 Zum Beispiel das „Aktionsbündnis Umweltbetriebsprüfung (Öko-Audit)“ 1994, in dem verschiedene Verbände (etwa BUND und DNR) gemeinsam mit dem DGB eine von der Industrie unabhängige Begutachtung der freiwilligen Umweltbetriebsprüfung forderten (Arbeit & Ökologie Nr. 2/1994), oder das anlässlich der Messe „Öko '94“ gemeinsam vom Landesverband Baden-Württemberg des BUND und des DGB in Freiburg veranstaltete „Forum Arbeit und Umwelt“ (Quelle: eigene Datenerhebungen).

41 Dies gilt zwar für die Gewerkschaften insgesamt, jedoch nicht für alle. Ausnahmen bilden hier die IG CPK (BCE) und die IG BAU (zur Differenzierung siehe die Ausführungen in Kapitel 3).

42 Siehe die Kommentare der Umweltreferenten von IG Metall, IG CPK, IG BAU und des DGB zur Wuppertal-Studie in „Arbeit & Ökologie“ (Hefte 23/95, 1/96, 3/96, 4/96, 5/96).

43 Dieser Aufgabe widmet sich vor allem seit 1998 das Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“, das von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wird.

im Rahmen der Debatte um das neue Grundsatzprogramm des DGB, angemahnt, daß Gewerkschaften immer noch an der traditionellen Logik von Produktionsausweitung, Konsum und klassischer Erwerbsarbeit festhalten und bisher wenig in der Lage sind, den Nachhaltigkeitsprozeß und die Diskussion um neue Leit- und Weltbilder mitzugestalten (vgl. Zahndt 1996). In den Kontroversen um die Reduktionsszenarien und skizzierten Leitbilder für eine zukunftsfähige Entwicklung in der Wuppertal-Studie verschärfen sich die Widersprüche zwischen den Vertretern sozialer und ökologischer Interessen. Gegenüber den komplexen Anforderungen der Nachhaltigkeit, sozialen, ökologischen und ökonomischen Interessen gleichermaßen Rechnung tragen zu müssen, besteht die Gefahr, jeweils einzelnen Bereichen (entweder dem sozialen oder dem ökologischen) Priorität einzuräumen, also in durchaus traditioneller Manier ökologische gegen soziale oder sozio-ökonomische gegen ökologische Belange auszuspielen.

Die Erkenntnis, daß soziale und ökologische Erfordernisse widersprüchlich sind und nur der gemeinsame Diskurs zwischen Vertretern der Gewerkschaften und NGOs die Chance bietet, diese Widersprüche aufzudecken und Alternativen zu entwickeln, führte spätestens ab 1996 zur Intensivierung der Dialogbemühungen und organisationsübergreifenden Kontakte. In verschiedenen Positionsbestimmungen wird die Bereitschaft zu einem breiten gesellschaftlichen Diskurs von Vertretern der Gewerkschaften bekräftigt (vgl. Schulte 1996; Heuter 1996).⁴⁴ Vom Vorsitzenden einer Einzelgewerkschaft, Klaus Wiesehügel (IG BAU), wurde bereits 1996 angekündigt, daß sich Gewerkschaften einer kontinuierlichen Zusammenarbeit mit NGOs etwa in Form eines „Bündnisses für Arbeit und Umwelt“ öffnen wollen (vgl. Wiesehügel 1996). Auf einer gemeinsam vom DGB, DNR, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung im Oktober 1999 veranstalteten Tagung wird erneut die notwendige Verbindung von Arbeit und Umwelt bekräftigt. Die Dachorganisationen der Gewerkschaften und der Umweltverbände wollen mit dem „Bündnis für Arbeit und Umwelt“ „einen Beitrag zur ökologischen Modernisierung und zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze“ leisten (vgl. Einladung des DGB-Bundesvorstands zur Tagung im Reichstag Berlin am 21.10.1999).⁴⁵

Die Voraussetzungen für eine offene und kritische Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und NGOs im Zeichen der Nachhaltigkeit scheinen damit geschaffen. Ob der Verständigungsprozeß in den kommenden Jahren eine neue Qualität sozial-ökologischer Kooperation erreicht, ist derzeit noch eine offene Frage.

44 Die Tatsache, daß zunächst der BUND gemeinsam mit dem DGB bemüht war, eine Wuppertal-Nachfolgestudie zu den arbeitspolitischen Konsequenzen von Nachhaltigkeit zu erarbeiten, mag als Indiz für die Ernsthaftigkeit der Bemühungen gelten, unabhängig davon, daß diese ursprünglich geplante Trägerschaft nicht zustande kam.

45 H. Putzhammer (DGB-Bundesvorstand) und W. Engelhardt (DNR-Präsident) haben bereits im Frühjahr 1999 gemeinsame Forderungen für die 2. und 3. Stufe der ökologischen Steuerreform formuliert (DGB/DNR 1999). Sie wollen im Fachdialog Umwelt zum „Bündnis für Arbeit“, den Umweltminister J. Trittin eingerichtet hat, ökologische mit sozialen Themen verknüpfen; ob ihnen dies im „harten Geschäft“ der „Bündnis für Arbeit“-Gespräche gelingt, ist derzeit ungewiß.

4.3 Realität von Kooperation – Beispiele

Anhand der folgenden konkreten Beispiele aus der Kooperationspraxis von NGOs und Gewerkschaften im Rahmen der Debatte um Nachhaltigkeit bzw. ökologischer Themen sollen Aussagen zu typischen Kooperationsfeldern sowie Aktionsformen und Handlungsebenen zur Häufigkeit und Qualität von Kooperation gewonnen werden. Wie die Datierungen im folgenden illustrieren, lassen sich gerade in den letzten Jahren zunehmend Beispiele für gemeinsame Initiativen zu verschiedenen Aspekten sozial-ökologischer Reformen finden, die Anlaß zu Optimismus geben. Darüber hinaus deuten sich vor allem auf der Ebene europäischer und transnationaler Regulation ebenfalls in den letzten Jahren vermehrt Möglichkeiten an, die einen Ausbau der Kooperation nahelegen.

In gemeinsamem Handeln werden sowohl übergreifende Themen wie die Realisierung politischer Maßnahmen zum sozial-ökologischen Umbau näher bestimmt, als auch konkrete Alternativen in einzelnen Politikbereichen aufgezeigt. Im folgenden werden die zentralen Themenfelder des Dialogs und gemeinsame Projekte von Gewerkschaften und NGOs schlaglichtartig aufgeführt:

- Schritte zur ökologischen Verkehrspolitik (DNR und IGM 1990; BUND-Jugend und IGM-Jugend 1992, 1994, 1995; BUND, DGB und IGM 1995);
- Maßnahmen zur Ressourcenschonung (IG Medien, Greenpeace 1992) – (hier Grundwasserverschmutzung IG BAU und BUND 1996);
- Kriterien einer nachhaltigen Waldwirtschaft, Kooperation im Forest Stewardship Council FSC (BUND, GHK, GGLF, Greenpeace 1995; IG BAU, WWF, Greenpeace, BUND, Robin Wood u. a. 1998, 1999);
- Erfordernisse ökologischer Produktpolitik sowie Fortentwicklung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes als Umweltschutz (IG Medien und Greenpeace 1992; BUND und DGB 1994);
- Diskussion chemiepolitischer Alternativen (Kongreß „Chemiepolitische Verständigungsaufgaben in der ökologischen Marktwirtschaft“ Umweltforum Frankfurt, Enquete-Kommission, IG CPK und BUND, Öko-Institut 1992);
- Wege zur Energiewende resp. energiepolitische Alternativen, Atomausstieg (Eurosolar und ÖTV 1993; Energieallianz 1994, IG BAU, BBU, AG Schacht Konrad, BI Lüchow-Dannenberg, BI Greifswald, Gegenzug e.V. u. a. 1998; heute „Forum NRO und Gewerkschaften“ 1998);
- Umsetzung der Öko-Audit-Verfahren und Kritik (1994 „Aktionsbündnis Umweltbetriebsprüfung (Öko-Audit)“, in dem BUND, DNR, BBU, NABU, WWF, Unternehmensgrün gemeinsam mit dem DGB eine industrie-unabhängige Begutachtung der freiwilligen Umweltbetriebsprüfung forderten; Germanwatch und DGB-Bildungswerk 1997);
- europäisches Projekt zum Thema „ökologische Arbeitsplätze“ (BUND, ÖTV, IG BAU 1997; BUND und ÖTV 1998; BUND und IG BAU 1998);
- ökologische Landwirtschaft (IG BAU und Bio-Land-Verband 1998);
- zukunftsfähiges Bauen und Wohnen, Schadstoffsanierung (IG BAU und Eurosolar 1998; IG BAU und B.I.S.S.);

- Leitbilder ökologisch veränderter Lebensführung – Lebensstildebatte (IG Medien und NaturFreunde 1998);
- Initiativen zur Unterstützung der ökologischen Steuerreform (IG BAU und NABU 1998; BUND und IG BAU 1998; IGM-Jugend, BUND-Jugend und katholische Landjugendbewegung (KLJB) 1998, Kooperation des DGB und verschiedener Einzelgewerkschaften im Rahmen der DNR-Kampagne ökologische Steuerreform 1998);
- Klimaschutz (CO₂-Reduktion) und Arbeitsplätze, Gütesiegel für Altbausanierung (IG BAU und Greenpeace 1999);
- soziale Zukunftsfähigkeit in Nord und Süd (Nord-Süd-Netz des DGB und Germanwatch 1997);
- Kampagne für saubere Kleidung „Clean Clothes Campaign“ (z. B. Südwind, terre de femmes, KLJB, CIR, KDF und DAG, HBV, IGM, Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks u. vor allem seit 1995);
- soziale und ökologische Standards für den Welthandel (Nord-Süd-Netz des DGB, IG BCE, IGM, IG BAU, HBV und FIAN, Miserior, Werkstatt Ökonomie, Südwind, TransFair 1999);
- fairer Handel mit Blumen (IG BAU, FIAN, terre des hommes, Brot für die Welt u. a. 1999).⁴⁶

Im Rahmen des nationalen Rio-Nachfolge-Prozesses existieren verschiedene Arbeitszusammenhänge und Gremien, in denen Gewerkschaftsvertreter und NGO-Vertreter und auch andere gesellschaftliche Akteure aktiv sind. Bereits angeführt wurde das NGO-Netzwerk „Forum Umwelt und Entwicklung“, dessen offene Struktur die Mit- und Zusammenarbeit mit interessierten Vertretern der Gewerkschaften ermöglicht. In verschiedenen Arbeitsgruppen des Forums sind auch Gewerkschaftsvertreter (IG BAU, IG BCE, DGB, ÖTV) beteiligt, die einerseits Informationen zu einzelnen Sachthemen in ihre Organisationen tragen und andererseits an der Ausarbeitung gemeinsamer Positionen beteiligt sind.

Auch im sogenannten „Schritte-Prozess“ (Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung), initiiert von der früheren Umweltministerin A. Merkel, waren neben Vertretern verschiedener Interessengruppen, der Wissenschaft und Administration Mitarbeiter aus NGOs und Gewerkschaften involviert.⁴⁷ In einem zweijährigen Diskussionsprozess in den sechs Arbeitskreisen wurden Eckpunkte einer Strategie nachhaltiger Entwicklung erarbeitet, die Berichte der Arbeitskreise sind in den „Entwurf eines umweltpolitischen Schwerpunktprogramms zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland“ eingeflossen (BMU 1998).

46 Quelle: eigene Datenerhebungen

47 In den Arbeitskreisen „Schutz des Klimas“, „Schutz des Naturhaushalts“, „Ressourcenschonung“, „Schutz der menschlichen Gesundheit“, „Umweltschonende Mobilität“ und „Umweltethik“ waren sowohl Vertreter der Gewerkschaften wie der IG CPK (heute BCE), der IG BAU, der ÖTV, der GEW, der IGM und des DGB sowie verschiedener NGOs wie des DNR, des WWF, des BUND, der Grünen Liga, von Germanwatch, des NABU, von Greenpeace sowie des BBU beteiligt. Hier wurden einzelne Berichte erarbeitet, die in den Entwurf eines Umweltprogramms eingeflossen sind.

Ohne die Diskussions- und Meinungsfindungsprozesse in den Arbeitskreisen genauer beurteilen zu können, ist doch davon auszugehen, daß derartige organisationsübergreifende Konsultationsprozesse zum Austausch unterschiedlicher Positionen und der Verständigung zwischen Gewerkschaften und NGOs beitragen.⁴⁸ Vertreter aus Gewerkschaften und NGOs sind überdies neben anderen Organisationen und vielen Einzelpersonen in verschiedenen kommunalen „Agenda 21-Prozessen“ engagiert. Im Rahmen dieser Arbeitszusammenhänge eröffnen sich Möglichkeiten der gemeinsamen Diskussion zu den spezifischen Perspektiven und Interessenlagen mithin zur Annäherung sowie zur Entwicklung gemeinsamer Positionen zur Nachhaltigkeit.

Insbesondere die jüngere Entwicklung zeigt, daß Vertreter von Gewerkschaften und NGOs den regelmäßigen Austausch und die Kooperation verstärken. Im vergangenen Jahr etablierte sich beispielsweise das „Forum NRO und Gewerkschaften“ als kontinuierliche Arbeitsplattform, wo Vertreter verschiedener Gewerkschaften (IG BAU, GdED, GdP, IGM) und NGOs (vor allem aus der Anti-AKW-Bewegung, IPPNW) Eckpunkte einer ökologischen Reformpolitik etwa im Energie-, Verkehrs- oder Landwirtschaftsbereich diskutieren und gemeinsame politische Handlungsmöglichkeiten auszuloten versuchen. Verschiedene Kooperationsprojekte zwischen Gewerkschaften und NGOs beschäftigen sich seit längerem mit Fragen des Welthandels (Standards, Produktionsbedingungen, Folgen für Mensch und Umwelt). In diesem Kontext wurde eine projektübergreifende Debatte um die sogenannten „Codes of Conduct“ (freiwillige soziale und/oder ökologische Verhaltensregeln für transnational operierende Unternehmen, Welthandel) gemeinsam vom Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks und der Träger-NGO der „Clean-Clothes-Campaign“ Südwind angestoßen. Seit Anfang des Jahres 1999 findet ein intensiver und regelmäßiger Austausch von NGO- und Gewerkschaftsvertretern zur Diskussion, Kritik und Bewertung von „Codes of Conduct“ statt.

Darüber hinaus zeichnen sich auf der Ebene internationaler und europäischer Initiativen neue Kooperationsbeziehungen ab. Auf dieser Handlungsebene gelingt es Vertretern von NGOs sowie Gewerkschaften, gemeinsame Positionen zu entwerfen und geschlossen zu vertreten (z. B. Unterstützung der Forderungen internationaler NGO-Netzwerke nach verbindlichen Reduktionszielen in der Klimarahmenkonvention, in der Debatte um die Einführung von Umwelt- und Sozialstandards für den Welthandel, im Rahmen europäischer Projekte wie „Awareness Campaign for Green Job Creation in EU“ oder im Zusammenhang der (Verhinderungs-)Kampagnen zum MAI⁴⁹).

48 Derzeit steht die Konstituierung eines sogenannten „Rates für Zukunftsfähigkeit“ auf der politischen Agenda der rot-grünen Regierung bzw. des Bundesumweltministeriums. Ein derartiges Gremium, das dem Thema Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe zugleich stärkeres politisches Gewicht verleihen soll, wird seit längerem von NGOs, aber auch im Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (1998) gefordert. Es steht momentan noch nicht fest, ob und in welcher Form NGOs und Gewerkschaften involviert werden. Eine breite Partizipation gesellschaftlicher Akteure ist jedoch für einen gruppenübergreifenden Konsens unabdingbar.

49 Bei der Debatte um den Entwurf des Multinationalen Investitionsabkommen (MAI) führten Diskussionen um die Kritik internationaler NGOs (vor allem aus Kanada und Frankreich) am MAI dazu, daß sich Vertreter von Gewerkschaften dieses Themas überhaupt annahmen; sie haben sich

Insbesondere von einigen Gewerkschaften (z. B. der IGM und der IG BAU) werden zahlreiche Maßnahmen auf der europäischen und internationalen Ebene gefordert, die im Grundsatz den Forderungen umwelt- und entwicklungspolitisch engagierter NGOs entsprechen (z. B. Finanz- und Know-how-Transfer von Nord nach Süd, Schaffung eines UNO-Umweltsicherheitsrates, verbindliche Umwelt-Verträglichkeits-Prüfungen für von der Regierung, der WB oder dem IWF geförderte Projekte, Umwelt- und Sozialstandards für den Welthandel, Schuldenstreichung bzw. Schuldenerlaß, Aufstockung der Entwicklungshilfe, Abbau von Protektionismus und Handelshemmnissen zugunsten der sogenannten Entwicklungsländer, Stabilisierung der Rohstoffpreise etc.). Gemeinsames Handeln scheint in übergreifenden Verhandlungsprozessen weniger konflikthaft möglich als bei der direkten Konfrontation sozialer und ökologischer Problemlagen. Während auf der nationalen und regionalen Handlungsebene, also in konkreten Problem- und Konfliktfällen, häufiger die Unvereinbarkeit sozialer und ökologischer Interessen hervortritt (z. B. Garzweiler II, Wiederaufbereitung von Kernbrennstäben, Atomausstieg, Öko-Steuer), zeichnet sich auf der Ebene europäischer und internationaler Diskussionsprozesse eher Verständigung auf gemeinsame Positionen ab. Freilich hat dies auch damit zu tun, daß eine unmittelbare Betroffenheit von gemeinsam geforderten Politikentscheidungen hier nicht gegeben oder zumindest zunächst nicht offensichtlich ist. Hier ergeben sich also Anknüpfungspunkte für gemeinsame Initiativen von NGOs und Gewerkschaften, die eine Annäherung zwischen beiden Akteursgruppen auch in anderen Themenfeldern und ein Klima der Kooperation mit Sicherheit befördern. Möglicherweise ist jene in diesen Politikarenen stärker konsensorientierte Interaktion sowohl innerhalb als auch zwischen den Akteursgruppen bereits als Ausdruck einer neuen Qualität der Kooperation zu werten.

Anhand der skizzierten Beispiele zeigt sich, daß sowohl Teile der NGOs als auch der Gewerkschaften⁵⁰ bereit und in der Lage sind, sich dem Dialog im Nachhaltigkeits-

im Verlauf der Kampagne den Positionen der NGOs weitgehend anschlossen. Daß im Dezember 1998 die OECD offiziell die Beendigung der Gespräche über das MAI bekannt gab, ist vor allem den NGOs zu verdanken, die den Vertragstext öffentlich machten und die Debatte um das MAI angestoßen haben. Auch die aktuellen Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle (November 1999) werden von internationalen NGOs und Gewerkschaften kritisch begleitet, hier besteht zukünftig ein enormes Kooperationspotential, weil soziale und ökologische Aspekte im Zuge der weltweiten Liberalisierung vernachlässigt werden.

- 50 Gewerkschaftsvertreter konnten – von der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend unbemerkt – auf der Ebene europäischer Regulation in Teilbereichen beachtliche Handlungskompetenz entfalten (z. B. Unterstützung des Initiativantrags „Nachhaltige Entwicklung. Bauen und Wohnen in Europa“ beim Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaften 1997 durch die IG BAU). Vertretern der IG BAU und der IG BCE ist es im Rahmen der Arbeitssitzungen der „Commission on Sustainable Development (CSD) gelungen, innerhalb des „Wirtschafts- & Industrie-Segments“ die Rolle der internationalen Gewerkschaften für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung aufzuwerten und einen eigenen Partizipationsstatus zu konstituieren. Sie haben darüber hinaus ein internationales Netzwerk „Gewerkschaften und nachhaltige Entwicklung“ initiiert, mit dem sie die Aktivitäten nationaler und internationaler Gewerkschaftsorganisationen im Rio-Prozeß unterstützen wollen (vgl. IG BAU und Netzwerk Gewerkschaften und nachhaltige Entwicklung 1998) – ein Indiz dafür, daß zumindest einige Vertreter von Gewerkschaften be-

diskurs zu öffnen und Koalitionen einzugehen. Damit wird die Tendenz bestätigt, daß sich mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs verstärkt integrative und diskursive Lösungskonzepte und kooperative Verfahren in der politischen Kultur durchsetzen und dabei die Konstituierung einer zivilgesellschaftlichen „Gegenbewegung“ befördern, die dem Primat der Ökonomie politische Regularien zur Sicherung sozialer und ökologischer Ziele entgegenzusetzen sucht.

fähig sind, neue politische Organisations- und Kommunikationsformen zu nutzen (Netzwerke) und im Rio-Prozeß Gestaltungsmacht zu entfalten.

5. Chancen, Risiken und Potentiale von Kooperation

5.1 Einschätzung der Kooperationspraxis

Das thematische Spektrum der Kooperationsbeispiele ist relativ weit gefaßt, berührt verschiedene Fragestellungen und Problemfelder, die im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte relevant sind, und zeichnet die Vielfältigkeit der Kooperationspraxis nach, obgleich hier nicht der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann. Die Fülle der hier angeführten Themen und Beispiele sollte aber nicht darüber hinweg täuschen, daß die Kooperationsaktivitäten insgesamt noch ausbaufähig sind und – wie bereits angeführt – mit dem Einbruch nach der Hochphase zur UNCED erst seit 1995/1996 in kleinen Schritten und nur von bestimmten Akteuren ausgeweitet werden – daher auch in der kurzen Auflistung die zeitliche Häufung der Kooperationsbeispiele in den letzten zwei Jahren. Gegenüber den gut organisierten Interessen- und Lobbyverbänden der Wirtschaft, den ausgeprägten Einflußstrukturen in das politische System und der ökonomischen Macht der Marktakteure (einschließlich transnational operierender Unternehmen) resp. der dominanten ökonomischen Rationalität, die sich im Zuge neoliberaler Wirtschaftspolitik dem politischen Eingriff mehr und mehr entzogen hat, sind die Bündnisansätze Ausdruck einer noch schwachen Gegenmacht. Bei der Analyse der konkreten Kooperationsbeispiele fällt auf, daß es sich vordergründig um Prozesse handelt, die der Verständigung und dem Austausch dienen: also Diskussionsrunden, Workshops, Konferenzen, Gespräche oder gemeinsame Presseerklärungen, jedoch das Potential, mit konkreten politischen Aktionen gemeinsam politischen Druck zu erzeugen (von einigen Ausnahmen⁵¹ abgesehen), in der Vergangenheit eher gering blieb. Viele der gemeinsamen Aktivitäten sind eher als Ad-hoc-Allianzen zu charakterisieren, sie wurden anlässlich politischer Ereignisse (UN-Konferenzen) und entsprechendem medialen Interesse initiiert und waren demnach kurzlebig, andere Projekte weisen hingegen eine gewissen Kontinuität auf. Trotzdem sind stabile Netzwerkbeziehungen und kontinuierliche Arbeitszusammenhänge noch vergleichsweise rar, diese Tendenz scheint sich jedoch mit Blick auf die aktuelle Entwicklung, das Aufleben und die Intensivierung der Beziehungen umzukehren.

Seit 1998 sind eine Vielzahl von Initiativen entstanden, die sich auf langfristige Zusammenarbeit und explizit auf die Ausarbeitung gemeinsamer Vorstellungen eines gesellschaftlichen Modells der Nachhaltigkeit ausrichten.⁵²

51 Zumindest in Teilen politisch erfolgreich waren die gemeinsamen Forderungen zum Nationalen UNCED-Komitee 1991 (der Einbindung gesellschaftlicher Akteure), zum Öko-Audit-Verfahren (Begutachtung) oder zur Zertifizierung von Tropenholzprodukten.

52 Bereits Anfang der 90er Jahre wurden Spitzengespräche zwischen DGB und DNR mit einer ähnlichen Intention geführt (vgl. gemeinsame Grundsatzerklärung von DGB und DNR vom

Die Beispiele verdeutlichen, daß bestimmte Gewerkschaften und NGOs in der Zusammenarbeit besonders aktiv und demnach kooperationsfähig und -bereit sind; für die Gewerkschaften ist hier die IG BAU, die ÖTV, die IG Medien, Teile der IGM (die IGM-Jugend) und des DGB (vor allem das Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks) zu nennen, auf Seiten der NGOs vor allem der BUND, der DNR in Teilen, der NABU und Greenpeace. Bemerkenswert ist, daß insbesondere die Zusammenarbeit der Jugendverbände des BUND und der IGM eine vergleichsweise hohe Kontinuität aufweist.⁵³

Im Rahmen von Interviews mit Vertretern von Gewerkschaften und NGOs zu ihren Kooperationserfahrungen wurde immer wieder hervorgehoben, daß die Ausprägung von Kooperationen in hohem Maße von der Kreativität, dem Engagement und den persönlichen Kontakten einzelner Mitarbeiter der Akteursgruppen abhängig ist, die Kontakte und Arbeitsbeziehungen zum jeweiligen Gegenüber in der Regel mit eben diesen Mitarbeitern stehen und fallen und demnach nicht in den Organisationen als eigenständige Arbeitsschwerpunkte verankert sind.

5.2 Probleme von Kooperation und Chancen ihrer Überwindung

Die bisher vorgebrachten Erkenntnisse zu den Problemen bei der Interaktion zusammenfassend und ergänzend, werden im folgenden Thesen zu den Risiken und Chancen von Kooperation formuliert, die sich als interessen geleitete Divergenzen, Kapazitätsengpässe und organisationsinterne Probleme sowie übergreifende strukturelle Probleme charakterisieren lassen, die Problemstellungen hängen teilweise eng miteinander zusammen.

Mit Bezug auf das Projekt „Arbeit und Ökologie“ werden für die einzelnen Problem-bereiche – gemäß jener für die Strategiebündel und Szenarienentwicklung erforderlichen Gegenüberstellung und Kontrastierung – jeweils die Chancen und Risiken aufgeführt. Sie sind argumentativ freilich auf die Interaktionsthematik sowie die spezifischen Handlungsbedingungen und -spielräume in Gewerkschaften und NGOs bezogen. Im folgenden werden die Bedingungen von Kooperation diskutiert und dabei die

24.1.1991, in Sander 1992: 222ff.). Jahrelang lag dieser Prozeß brach, aber seit 1998 werden von Seiten des DGB und des DNR sowie von NGOs (z. B. BUND, NABU etc.) verstärkt Bündnis- und Dialogangebote unterbreitet.

53 Bereits seit 1992 existieren gemeinsame Aktivitäten der BUND-Jugend und der IGM-Jugend, in diesem Jahr geben sie das Aktionshandbuch „Jugend und Umwelt“ heraus, 1994 findet die 1. Gemeinsame Arbeitstagung der IGM- und BUND-Jugend zur alternativen ökologischen Verkehrspolitik statt (Debatte um und Kritik an den Positionen der IGM zu Auto, Umwelt, Verkehr, Bezug auf die Konferenz von IGM und DNR 1990), 1995 erscheint die Dokumentation „Verkehr zwischen Umwelt und Beschäftigungspolitik – Perspektiven für die Jugend“, 1997 wird gemeinsam mit der Katholischen Landjugendbewegung auf dem 2. gemeinsamen Kongreß „Zukunftsfähige Entwicklung zwischen Utopie und Realität“ die Wuppertal-Studie diskutiert, 1998 mündet eine gemeinsame Kampagne zur ökologischen Steuerreform der Jugendorganisationen in das Aktionsbündnis der Jugend für eine zukunftsfähige Politik unter dem Motto „Wer wenn nicht wir?“, 1999 sind die Organisationen dabei, eine Neuauflage des Jugendaktionshandbuches von 1992 vorzubereiten.

Kernprobleme (Risiken) und zugleich Möglichkeiten (Chancen) ihrer Überwindung skizziert:

- Wahrnehmung anders gelagerter Interessen,
- Transparenz der Motive, Partikularinteressen und gemeinsame Zielformulierung,
- Kapazitäten und Strukturen,
- Akzeptanz nach innen und außen,
- Kontinuität und Vernetzungsfähigkeit,
- Koordinierung und Selbstorganisation.

Wahrnehmung anders gelagerter Interessen

Risiken: NGOs nehmen soziale Interessen zum Teil nur programmatisch ernst, eine stärkere Berücksichtigung sozialer Fragen im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte hat erst begonnen. In den Gewerkschaften hingegen ist die ökologische Kompetenz unzureichend ausgeprägt, sie stellen ökologische Erfordernisse in der Regel unter den Vorbehalt ihrer Kern- resp. Schutzinteressen. Ökologische Themen werden in Gewerkschaften zumeist „in guten Zeiten“ bearbeitet, angesichts der in den letzten Jahren stetig geringer werdenden Handlungsspielräume werden aber die Handlungskapazitäten stark von den Kerninteressen gebunden. Akteure beider Seiten folgen häufig eher der Binnenrationalität und wägen Kosten und Nutzen von Kooperation zweckrational ab. In Abhängigkeit von aktuellen Problemlagen und tagespolitischen Anforderungen wird in Gewerkschaften die Bearbeitung gesellschaftspolitischer ökologischer Themen und in NGOs sozialer Aspekte sowie die jeweiligen Kooperationsbemühungen mit dem Gegenüber verstärkt oder zurückgestellt.

Chancen: Wenn soziale und ökologische Interessen im Sinne einer multidimensionalen Perspektive (Nachhaltigkeit) verbunden werden, besteht die Möglichkeit zu kontinuierlicher Kooperation, in der Partikularinteressen transzendiert werden. Auf beiden Seiten ist deshalb Sensibilität gegenüber den Vertretungsansprüchen der potentiellen Kooperationspartner gefragt; erst wenn die unterschiedlichen Interessen und Handlungszwänge beiderseitig ernstgenommen werden, sind Gewerkschaften und NGOs strategisch koalitionsfähig. Aktiv kooperieren werden freilich eher jene Gewerkschaften, die zu den „Gewinnern“ eines ökologischen Umbaus gehören (für deren Organisationsbereiche mit positiven Arbeitplatzeffekten gerechnet werden kann). NGOs bemühen sich darum, gerade diese Gewerkschaften für gemeinsame politische Initiativen auf dem Weg zum sozial-ökologischen Umbau zu gewinnen. Für einen gesellschaftlichen Konsens zur Nachhaltigkeit ist es jedoch erforderlich, daß auch in „Gewinnerkoalitionen“ die Konsequenzen der Umbaumaßnahmen für die sogenannten „Verlierer“ nicht außer acht gelassen werden dürfen, also auch Alternativkonzepte für umfassende Umstrukturierungsmaßnahmen bspw. innerhalb gewerkschaftlicher Organisationsbereiche (Energiebereich: Beschäftigte in der Braunkohle oder der Kernenergie) entwickelt werden müssen. Die Berücksichtigung der Interessen dieser Beschäftigten würde nicht nur

die Glaubwürdigkeit der Anliegen von NGOs stärken, sondern zur Wiederbelebung der traditionellen gewerkschaftlichen Ressource – der Solidarität – beitragen und die Akzeptanz der Bevölkerung für eine nachhaltige Umgestaltung der Gesellschaft sichern helfen (These 25 und 26).

Transparenz der Motive, Partikularinteressen und gemeinsame Zielformulierung

Risiken: Versteckte Profilierungsinteressen erweisen sich als problematisch und kontraproduktiv für die zielorientierte Interaktion von Gewerkschaften und NGOs. Zuweilen überlagern sich die Motivationen für Kooperation. Es kommt vor, daß Akteure die eigene Person, den Verband oder die Organisation profilieren wollen, indem sie übergeordnete Interessen (z. B. Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen) verfolgen. Wenn Akteure sich innerhalb der eigenen Gruppe (und/oder gegenüber anderen) zu profilieren versuchen, bspw. indem sie Initiativen mit der Intention an sich ziehen, die thematische Richtung einer Diskussion zu bestimmen, dann wird dies der Kooperation nicht förderlich sein. Gemeinsame Aktivitäten werden mitunter von dem Interesse motiviert, in der Konkurrenz um knappe Ressourcen und um Medien- und Öffentlichkeitsaufmerksamkeit bestehen zu können. „Hinter, aber auch vor den Kulissen ringen Verbandsvertreter mühsam um Einfluß, Pfründe, Kompromisse und Konsens, dabei sind persönliche Profilierungsbemühungen, parteipolitische Affinitäten, Organisationspatriotismus und umweltpolitisches Engagement nur schwerlich auseinanderzuhalten“.⁵⁴ Auch zeigt sich, daß – freilich nicht offen artikuliert, jedoch verdeckt – durchaus immer noch Alleinvertretungsansprüche für spezifische Problemlagen erhoben werden, etwa von den NGOs für die „ökologische Frage“ oder von den Gewerkschaften für die „soziale Frage“, und dem jeweiligen Gegenüber schlicht die Kompetenz zur Mit- und Zusammenarbeit abgesprochen wird (Vorurteile halten sich hartnäckiger als an der Oberfläche erkennbar).

Chancen: Mit dem Offenlegen der jeweils eigenen Interessen und Zielsetzungen in der Kooperation und der gemeinsamen Abstimmung zu Fragen der Problemdefinition, der Zielsetzung und der Strategie (einschließlich der Diskussions- und Entscheidungs- und Konfliktlösungsverfahren in gemeinsamen Projekten) sind partizipative und synergetische Kooperationen möglich. Gegenseitiges Vertrauen und die Akzeptanz der jeweiligen Kompetenz des Gegenübers bildet die Voraussetzung für gleichberechtigten Austausch, gemeinsames Lernen und zielorientierte Kooperation. Dabei können die jeweiligen Kompetenzen der Kooperationspartner auf verschiedensten Ebenen (etwa jene der Gewerkschaften bei der Aus- und Mitgestaltung ökologischer Betriebspolitik und jene regional arbeitender Organisationen der NGOs zu ökologischen Sachfragen) gebündelt werden.

54 Vgl. Rucht (1991: 256).

Kapazitäten und Strukturen

Risiken: Grundsätzlich verfügen die Akteursgruppen nur über begrenzte organisationsinterne Ressourcen für die Bearbeitung der komplexen Zusammenhänge der Nachhaltigkeit. In den Gewerkschaften sind die personellen und finanziellen Ressourcen für den Umweltbereich (der ökologischen Dimension von Nachhaltigkeit) mit Ausnahme der IG BCE strukturell unzureichend (nur in wenigen Gewerkschaften wird dieser Bereich langsam ausgebaut, z. B. der IG BAU). Überdies sind die ressortgemäß verantwortlichen Umweltreferenten zumeist noch mit anderen Aufgaben (z. B. Jugend, Frauen, Bildung, Recht) betraut und einer hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt. Auch in NGOs steht einer großen Zahl ehrenamtlich tätiger Mitglieder (und Spender) eine relativ kleine Gruppe angestellter Mitarbeiter gegenüber, trotz hohem persönlichen und zu weiten Teilen auch ehrenamtlichen Engagements sind die Arbeitskapazitäten von Organisations- und Koordinationsaufgaben in den Bundes- und Regionalverbänden gebunden und für die Entfaltung von Kooperationsaktivitäten nach außen eng begrenzt (mit Ausnahme „strategischer Allianzen“ im Rahmen von Kampagnen). Erst seit kurzem zeichnet sich zumindest in einigen NGOs das Bemühen ab, zusätzliche Personalstellen für die Bearbeitung übergreifender Fragestellungen (Nachhaltigkeit) zu schaffen. Aufgrund gravierender Kapazitätsengpässe ist eine Verankerung des Nachhaltigkeitsleitbilds (als Querschnittsthema) in die verschiedenen Arbeitsbereiche der Organisationen nur schwer sicherzustellen. Zudem sind die Kompetenzen zu einzelnen Sachgebieten (Umwelt, Entwicklung, Nord-Süd) häufig innerhalb der Organisationen zersplittert. So arbeiten bspw. Vertreter der Organisationen zum Themenfeld Internationales und sind in diesem Kontext mit Fragen der internationalen Regulation von Politikfeldern (etwa dem Verhandlungsprozeß zu den UNCED-Konventionen) vertraut, haben jedoch mitunter keinen Einblick in die Arbeit der Verantwortlichen aus dem Umweltbereich (und umgekehrt).

Chancen: Für den Auf- und Ausbau von Kooperationszusammenhängen ist es notwendig, soziale und fachliche Kompetenz nach innen zu bündeln und zu entfalten (Vermittlung von Problemzusammenhängen, Verknüpfung von Diskussionssträngen und Strategieelementen) und nach außen zu vermitteln (Organisation von Dialog und Entwicklung gemeinsamer Initiativen). Insbesondere die Verankerung von Nachhaltigkeit als Querschnittsthema und die Ausbildung von Vernetzungskompetenzen in Gewerkschaften und NGOs setzen die kontinuierliche Bereitstellung ausreichender personeller und infrastruktureller Ressourcen voraus. Dabei sind organisationspolitische Weichenstellungen resp. ein Kapazitätsausbau, in den Gewerkschaften zugunsten sozial-ökologischer Themenbereiche und in NGOs zugunsten sozial-ökonomischer Fragestellungen, unausweichlich (These 25).

Akzeptanz nach innen und außen

Risiken: Selbst wenn Dialog und Kooperation prinzipiell als Zielsetzung postuliert werden, muß Akzeptanz für spezifische Kooperationsvorhaben immer aufs neue hergestellt und gesichert werden. In Abhängigkeit von aktuellen Problemlagen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen kann die politische Strategie variieren und sich damit auch die Akzeptanz gegenüber bestimmten Akteursgruppen verändern (möglicherweise treten andere stärker in den Vordergrund von Kooperationsinteressen). Für beide Akteursgruppen gilt, daß der jeweils andere zwar für bestimmte Themen als Kooperations- und Dialogpartner angesehen wird, jedoch nicht grundsätzlich als Allianzpartner im Vordergrund steht. Angesichts verschiedener denkbarer und realer Kooperationskonstellationen (z. B. NGOs mit Unternehmensvertretern: BUND und BJU; Gewerkschaften mit Unternehmensvertretern: IG BCE und VCI; NGOs mit Vertretern der Administration: DNR und BMU etc.) besteht auch die Gefahr, daß Gewerkschaften und NGOs bei Auseinandersetzungen zu spezifischen Sachfragen im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte in Konflikt- oder Konkurrenzsituationen geraten können. Überdies wird Kooperation mit dem Gegenüber innerhalb der Trägerschaft von Gewerkschaften und NGOs nicht ohne weiteres akzeptiert, sondern eine Erweiterung der Themenschwerpunkte und der Perspektive (Gewerkschaften: Ökologie/Nachhaltigkeit und NGOs: Soziales) mitunter sogar als Schwächung der originären Zielsetzungen und Aufgaben verstanden. Dies mag ein Grund dafür sein, daß sich Experten (vor allem in Gewerkschaften) häufig gezwungen sehen, Kooperationsaktivitäten mit NGOs eher auf der informellen bzw. halbformellen Ebene zu entfalten (These 25 und 29).

Chancen: Wollen Gewerkschaften und NGOs ihre Handlungskompetenz im Nachhaltigkeitsdiskurs ausbauen und stärken, dann müssen sie neben den (und trotz der) tagespolitischen Anforderungen und ihren originären Aufgaben bemüht sein, über Ad-hoc-Koalitionen hinaus langfristige „sozial-ökologische Bündnisse“ zu knüpfen. Hierfür ist es notwendig, in überschaubaren Teilschritten den Dialog zu gemeinsamen Schwerpunktthemen zu suchen, mögliche Aktivitäten zu verabreden und einen regelmäßigen Austausch (Konsultations- und Dialogprozeß) sicherzustellen. Innerhalb der Organisationen ist es erforderlich (vor allem über regelmäßige Publikationen, also Mitgliederzeitschriften und in Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen), die Interdependenz der Problemlagen und die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von akteursgruppenübergreifenden Bündnissen zu vermitteln. Auf dieser Basis kann auch wechselseitige Mobilisierung und Unterstützung für akteursspezifische Anliegen und Aktivitäten kurzfristig realisiert werden (z. B. könnten Vertreter von Gewerkschaften im Bereich der ökologischen Betriebspolitik ihre ökologischen Kompetenzen ausbauen, wenn sie Vertreter von NGOs in Sachfragen konsultieren, umgekehrt können Vertreter von NGOs ihre soziale Kompetenz erweitern, wenn sie stärker Einblick in den gewerkschaftlichen Be-

triebsalltag gewinnen). Insbesondere im Rahmen regionaler Umbau- oder Entwicklungsprojekte (Regionalentwicklung durch ökologische Umbaukonzepte) können NGOs und Gewerkschaften gemeinsame Positionen und Konzepte entwickeln, hierfür die eigene Basis zur Beteiligung mobilisieren und somit konkret gemeinsame Gestaltungskompetenz entwickeln (These 28).

Kontinuität und Vernetzungsfähigkeit

Risiken: Den engagierten Experten aus Gewerkschaften und NGOs erwachsen mitunter Handlungsgrenzen aus dem, was in der eigenen Organisation politisch opportun erscheint. Bei der Formulierung sozialer und/oder ökologischer Positionen sind sie gezwungen, die Ansichten und Interessen der übergeordneten Hierarchieebene (Vorstand, Abteilung), anderer Arbeitsbereiche sowie der Basis der eigenen Organisation zu berücksichtigen (dies gilt vor allem für die Gewerkschaften und große NGOs). Gerade in übergeordneten Arbeitszusammenhängen (Netzwerken, Politikarenen) sind sie einerseits darum bemüht, die Zielsetzungen, aber auch Handlungsgrenzen der eigenen Organisation zu vermitteln, und andererseits aufgefordert, gleichzeitig Wege zur Erweiterung der eigenen Handlungskompetenz auszuloten. Dieser individuelle Spagat verlangt ein Höchstmaß an persönlicher Integrität und Engagement.

Chancen: Umwelt- und entwicklungspolitische Experten in Gewerkschaften und NGOs sind in der Regel in verschiedenen Zusammenhängen (Gremien, Netzwerken etc.) gleichzeitig aktiv. Dabei agieren sie entweder als Privatpersonen oder als Vertreter ihrer Organisation oder auch als Vertreter einer anderen Organisation (möglicherweise einer NGO), in der sie Mitglied sind. Diese multifunktionale Identität von Experten eröffnet die Möglichkeit, für Positionen einstehen zu können, die nicht der Organisationslogik entsprechen, ohne unmittelbar in Loyalitätskonflikte zu geraten. Auf diesem Wege werden über bestimmte Personen („Sinnschmuggler“) Sichtweisen und Positionen in die Organisationen getragen, die neuartig und innovativ sind und damit Lernprozesse befördern, welche langfristig die Organisationsidentität und -politik selbst verändern können. Eine kontinuierliche Einbindung in übergreifende Arbeitszusammenhänge (Netzwerke) erfordert einen nicht unbeträchtlichen Arbeitsaufwand und funktioniert in der Regel nur personengebunden. Dies bedeutet aber auch, daß mit dem Engagement bestimmter Personen die umwelt- und entwicklungspolitische Arbeit und die Präsenz der Organisation in Netzwerken steht und fällt. Starke personelle Fluktuationen führen somit immer wieder zu „Beziehungsbrüchen“ oder netzwerkpolitischen Leerlaufphasen („Kontinuitätsproblem“) und müssen deshalb vermieden bzw. möglichst gering gehalten werden. Eine spezifische Ausprägung von Expertenkompetenz sowie eine gewisse Arbeitskontinuität erweist sich als wesentliche Voraussetzung für Kooperation zwischen Gewerkschaften und NGOs.

Koordinierung und Selbstorganisation

Risiken: Empirische Befunde zur Kooperationspraxis zeigen, daß Kooperationsaktivitäten zumeist ad hoc über (aus Netzwerkzusammenhängen) bestehende persönliche Kontakte von einzelnen Vertretern der Akteursgruppen initiiert werden. Auf der regionalen oder lokalen (und betrieblichen) Ebene kommen sie nur als Ergebnis der Bemühungen engagierter Mitglieder aus den Organisationen zustande. Trotz programmatischer Bekenntnisse werden Bündnisaktivitäten bisher nur in Einzelfällen von den Vorständen koordiniert, unterstützt oder befördert. Es existieren bisher kaum organisationsübergreifende Gremien oder Arbeitszusammenhänge, die den Rahmen für eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und NGOs abgeben können. Möglicherweise ist hierfür auch die mangelhafte Steuerungs- und Koordinationskompetenz der jeweiligen Dachverbände (z. B. DGB und DNR) verantwortlich, gehört es doch zu deren Aufgaben, neben der Koordinierungsfunktion nach innen auch als Vermittlungs- und Kontaktstelle (nach außen) zu fungieren, also für den übergreifenden Dialog zwischen gesellschaftlichen Gruppen zu sorgen. Sie erfüllen diese Anforderung jedoch nicht in ausreichendem Maße, sondern sind auch aufgrund der hohen Heterogenität ihrer Mitgliedsverbände und der jeweiligen Interessenlagen in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt.

Chancen: Die Steuerungs- und Koordinierungskompetenzen der Dachverbände sollten hinsichtlich einer klar definierten Schnittstellenfunktion (ASB-NSB) deutlich ausgeweitet werden. Darüber hinaus bieten übergreifende Plattformen (wie etwa das „Forum Umwelt und Entwicklung“) potentiell Koordinations- und Schaltstellen für zukünftige Kooperation zwischen Gewerkschaften und NGOs. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, Kontakt- und Kooperationsstellen (vielleicht nach dem Vorbild der Kooperationsstellen: Universität und Gewerkschaften) sowohl in den Vorstands- und Geschäftsstellen von Gewerkschaften und NGOs als auch in den regionalen und lokalen Vertretungen dieser Organisationen zu etablieren. Mit der Schaffung konkreter Anlaufpunkte, durch die Kontakte (Adressen, Ansprechpartner etc.) vermittelt und regelmäßiger Austausch von Informationen zu bestimmten Themenfeldern und Projekten sichergestellt werden könnte, würde eine Basis für kontinuierlichere Zusammenarbeit von Gewerkschaften und NGOs zu sozial-ökologischen Fragestellungen geschaffen werden können. Gewerkschaften und NGOs können sich gemeinsam dafür einsetzen, daß eine effiziente Struktur konsultativer Gremien in der nationalen Nachhaltigkeitsdebatte etabliert wird. Seit längerem wird von Seiten der NGOs (z. B. BUND, NABU) gefordert, die Kapazitäten in den nebeneinander existierenden Konsultationsgremien (Arbeitskreise des Schritte-Prozesses, Nationales Komitee für Nachhaltige Entwicklung, die AGU, der Naturschutzbeirat beim BMU, WBGU, SRU etc.) in einem „Rat für Umwelt und Entwicklung“ zu bündeln. In einem solchen Gremium könnte eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie (oder auch ein nationaler Umweltplan) ausgearbeitet werden. Mit der gemein-

samen Forderung nach Konstituierung und paritätischer Besetzung dieses Rats wäre eine ausgewogene Repräsentanz verschiedener gesellschaftlicher Interessen sichergestellt und wären Anknüpfungspunkte für den weiterführenden Dialog zwischen NGOs und Gewerkschaften geschaffen. Über bestehende und zukünftige offizielle Gremien hinaus besteht für Gewerkschaften und NGOs in einer Vielzahl europäischer und internationaler Netzwerke zu unterschiedlichsten Themen die Möglichkeit, gemeinsam Handlungsstrategien zu entwickeln: Sie müssen stärker als bisher genutzt werden (These 28).

5.3 Motive, Potentiale und Perspektiven von Kooperation

Die Gewerkschaften geraten aufgrund ihrer strukturellen Verknüpfung mit dem System der industriellen Beziehungen in Konflikt mit den Anforderungen der Nachhaltigkeit. Unter den gegebenen Bedingungen (Status quo-Szenario des Projekts „Arbeit und Ökologie“) bestehen zwischen den Anforderungen der Nachhaltigkeit und der gewerkschaftlichen Handlungslogik quasi antagonistische Widersprüche. Denn die Handlungslogik, der die Regulationsmuster in den industriellen Beziehungen folgen, ist auf die Verteilung von Wachstumswüchsen ausgerichtet. Der Kompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital basiert ja gerade auf dem „Produktions- und Produktivitätspakt“ (Sinzheimer), d. h. auf der Verteilung von Wüchsen zwischen den Tarifvertragsparteien.⁵⁵ Solange allein wirtschaftliches Wachstum den Verteilungsspielraum bestimmt, halten auch Gewerkschaften an den tradierten Distributionsmustern der Industriegesellschaft fest. Als Akteure der industriellen Beziehungen sind sie gefangen im Gegensatz von kapitalistischer Rationalität, die Externalisierungsprozesse (Schäden an Natur und Mensch) erzeugt, und gesamtgesellschaftlicher Rationalität, die genau diese Prozesse (bspw. mit dem Konzept der Nachhaltigkeit) einzudämmen sucht (vgl. Hoffmann 1993: 73). Auch aus diesen Gründen ist die Handlungslogik der Gewerkschaften nicht ohne weiteres mit der Reduktion von Umweltverbrauch (d. h. Reduktion von Produktion und Konsum) in Übereinstimmung zu bringen. Das Dilemma, in dem sich die Gewerkschaften angesichts der Nachhaltigkeitsdebatte befinden, läßt sich an folgenden Fragen verdeutlichen: Was folgt für die Organisations- und Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften, wenn der Verteilungsmodus als nicht-nachhaltig charakterisiert werden muß? Was soll zukünftig die Basis für den Kompromiß und damit die Verteilung darstellen, wenn die alte Logik des Tarifvertragssystems nicht mehr aufrechterhalten werden kann, weil nicht Wüchse, sondern Re-

55 Obgleich der Verteilungsmechanismus insbesondere seit der Krise Anfang der 90er Jahre in verschiedener Hinsicht in Frage gestellt wird. *Erstens* wird die Verteilungsfrage zunehmend zugunsten der Unternehmen entschieden. *Zweitens* wird die institutionelle Funktion des korporatistischen Ver- und Aushandlungsmodells selbst ausgehöhlt (durch die Aufkündigung der Kooperation zwischen Staat, Unternehmen und Gewerkschaften, Scheitern des Bündnisses für Arbeit 1994). „Last but not least“ setzen *drittens* die Belastungsgrenzen der Ökosysteme der Logik immerwährenden Wachstums absolute Grenzen, die für die Zukunftssicherung nicht länger ignoriert werden können.

duktionen verteilt werden müssen? Wie muß ein neuer Gesellschaftsvertrag auf der Grundlage des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung gestaltet werden (vgl. Weidner 1996: 200)? Im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte steht also mit der Entwicklung arbeits- und sozialpolitischer Alternativen unter Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse zugleich der Entwurf eines neuen (mit den Anforderungen der Nachhaltigkeit kompatiblen) Verteilungsmechanismus an. Diesen Herausforderungen müssen sich Gewerkschaften als Vertreter sozialer Schutzinteressen im Sinne der Zukunftssicherung stellen. Sie können diese komplexen Aufgaben jedoch nicht allein bewältigen, denn es sind weitgehende politische Weichenstellungen für eine strukturelle Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft notwendig, die präzisiert und politisch eingefordert werden müssen.

Gewerkschaften können Gestaltungskompetenz auf dem Weg zur Nachhaltigkeit entwickeln, wenn sie gemeinsam mit NGOs in einem demokratischen Diskussions- und Abstimmungsprozeß Eckpunkte eines alternativen Verteilungsmodells (resp. eines „neuen Gesellschaftsvertrags“) entwerfen. Für die Beteiligung von Gewerkschaften bieten Themen der Reform- und Zukunftsdebatte Ende der 80er Jahre konkrete Anknüpfungspunkte. Denn hier wurden lange vor Rio Erkenntnisse zu den ökologischen Folgen der Industriegesellschaft und den Anpassungserfordernissen für eine zukünftige (im heutigen Sinne nachhaltige) sozio-ökonomische Entwicklung formuliert (vgl. exemplarisch Hoffmann et al. 1990). Die in Teilbereichen sehr weitgehende Debatte und Infragestellung tradierter gewerkschaftlicher Positionen (z. B. Wachstumskritik) wurde unter veränderten Handlungs- und politischen Rahmenbedingungen Anfang der 90er Jahre abgeschwächt bzw. abgebrochen. Auch im Rahmen der Debatte um das neue Grundsatzprogramm des DGB: „Die Zukunft gestalten“ wurden verschiedene Aspekte gewerkschaftlicher Gestaltungspolitik diskutiert, jedoch die Zukunftsaufgaben zunächst skizziert. Die Verbindung der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs besteht bis auf wenige Ausnahmen erst programmatisch.⁵⁶ Für eine aktive Einmischung der Gewerkschaften in die Auseinandersetzung um Nachhaltigkeit muß die Debatte fortgeführt und mit dem aktuellen Erkenntnisstand zur Umsetzung des Nachhaltigkeitsleitbilds konfrontiert werden. Für die Handlungsfelder der Gewerkschaften ist eine strukturierte Verknüpfung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimension von Nachhaltigkeit erst noch zu leisten, dabei müssen die Bedingungen von Arbeit in einer nachhaltig gestalteten Gesellschaft neu definiert werden. Eine Voraussetzung hierfür ist – und dies ist zugleich eine der zentralen Zielsetzungen des Verbundprojekts – der stärkere Einbezug gewerkschaftsspezifischer Perspektiven sowie ihrer Handlungsrestriktionen und Interessenlagen im Rahmen der Operationalisierungsdebatte.

Angesichts des Bedeutungsverlusts der Umweltthematik gegenüber wirtschaftlichen und sozialen Problemen haben sich die Einflußchancen von NGOs deutlich ver-

56 Der DGB hat nach der Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms 1996 erhebliche Anstrengungen unternommen, um seine Position zu präzisieren, niedergelegt im Bericht des DGB im Nationalen Komitee für Nachhaltige Entwicklung (DGB 1997b), in seiner Stellungnahme zum Umweltgutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen SRU (DGB 1998) sowie dem Positionspapier des DGB zum Fachdialog „Umwelt“ im Bündnis für Arbeit (DGB 1999).

schlechtert.⁵⁷ Zwar läßt sich anhand des Rio-Prozesses nachzeichnen, daß einerseits das kritische Potential der Umweltverbände und NGOs zunehmend Eingang in regierungspolitische Problembearbeitung findet, andererseits aber nimmt mit der gestiegenen Akzeptanz dieser Akteure auch die Gefahr der Kooptation (unfreiwillige Instrumentalisierung) durch den Staat, internationale Institutionen oder andere Akteure (Wirtschaft) zu. Überdies zeichnet sich die Tendenz ab, daß die regierungsamtliche Verantwortung im Rio-Prozeß zunehmend auf zivilgesellschaftliche Akteure abgewälzt wird (Stellvertreterfunktion) und der Staat sich der Verantwortung, deutliche Signale für den sozial-ökologischen Umbau zu setzen, zu entziehen versucht.

Mit der Überbewertung der Rolle von NGOs als „die neuen Helden einer globalen Zivilgesellschaft“⁵⁸ kommt eine grandiose Überforderung zum Ausdruck, weil mitunter nicht weniger als die Rettung der Erde und die Lösung all jener Probleme, gegenüber denen nationalstaatliche und internationale Politik derzeit versagen, von ihnen erhofft wird. Diese Erlöserrolle wird vor allem auch von den Medien vermittelt, indem sie NGOs „zu (den) Hoffnungsträgern für eine sozial gerechte Welt aufbereite(n)“ (Brunnengräber 1997: 24). Trotz der unbestrittenen Bedeutung von NGOs bei der kritischen Analyse der Problemzusammenhänge setzt die „machtpolitisch prekäre Situation“ ihrem Einfluß Grenzen, im Rio-Prozeß können sie deshalb nur ein Akteur unter vielen sein (vgl. Wahl 1997: 312).

Der Widerspruch zwischen dem Imperativ der Ökologisierung und der Struktur der globalen Ökonomie ist freilich nicht von den NGOs aufzulösen. NGOs agieren auch keineswegs unabhängig von den traditionellen Akteuren und Organisationen. Gerade ihre Fähigkeit zur Kooperation mit verschiedenen gesellschaftlichen Kräften (Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaft) zeichnet sie vor anderen Akteuren aus. Für einige NGOs ist es inzwischen selbstverständlich, mit Unternehmen zusammenzuarbeiten, also die Interessen der Unternehmenseite an einem sozial-ökologischen Umbau zu berücksichtigen (z. B. die Initiativen vom BUND und Hertie, OTTO, BUND und BJU, Germanwatch und Business Council for Sustainable Energy Future „e⁵“). Dennoch stößt angesichts der harten Blockadehaltung großer Teile der Industrie (z. B. zur Ökosteuer oder dem Atomausstieg) gegenüber ökologisch motivierten gesetzlichen Eingriffen der Erfolg der Spaltungstaktik (Kooperation mit sozial und ökologisch aufgeschlossenen Unternehmen und Konfrontation mit Hardlinern) vieler NGOs an Grenzen. Ähnlich dem Verhalten gegenüber den Gewerkschaften kennzeichnet auch die Verweigerungshaltung jene härtere Gangart der Industrie, deren Ausdruck eine zunehmende Ignoranz ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung ist.

Möglicherweise motivieren diese Tendenzen sowie die machtpolitischen Einflußgrenzen NGOs noch stärker als bisher, Bündnisse mit den Gewerkschaften einzuge-

57 Eine Tendenz, die nicht nur von deutlich geringer werdenden finanziellen Ressourcen (staatlicher Förderung), sondern auch von einem tendenziellen Mitglieder- und somit Spenden- oder Beitragsrückgang begleitet ist.

58 Die Überschrift eines Zeit-Dossiers kontrastierend, in dem die NGO-Community als „die neue Internationale“ bezeichnet wird, spricht Wahl von der NGO als dem „am meisten überschätzten politischen Akteur der 90er Jahre“ (Wahl 1997: 293).

hen bzw. auszubauen. Die Fähigkeit von NGOs zum Dialog und zur Bildung von Netzwerken, in denen neue Allianzen, Protestformen und Handlungsstrategien entwickelt werden, kann für die Bildung von Bündnissen mit Gewerkschaften von großem Nutzen sein. NGOs sind ohne kooperative Bündnisse auch mit den Arbeitnehmern bzw. ihren Organisationen nicht in der Lage, den Rio-Nachfolgeprozeß auszugestalten, nicht zuletzt deshalb, weil die Akteure der industriellen Beziehungen für einen Umbau der Wirtschaft im Sinne der Nachhaltigkeit als Partner entscheidend sind.

Insbesondere in der Nachhaltigkeitsdebatte treten komplexe Problemlagen und Divergenzen zwischen Wachstums-, Verteilungs- und Umweltinteressen zutage, die in der Öffentlichkeit immer schwerer vermittelt werden können. NGOs sind daher gezwungen, über ihre umwelt- und/oder entwicklungspolitische Perspektive hinaus soziale Interessen beim Entwurf einer kohärenten Strategie nachhaltiger Entwicklung stärker zu berücksichtigen. Sie können dies nur, wenn sie in der Konfrontation und dem kritischen Dialog mit den Akteuren der wirtschaftlichen Entwicklung – den Gewerkschaften – eine Konkretisierung der sozialen Voraussetzungen einer nachhaltig gestalteten Gesellschaft vornehmen. NGOs können nur in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Kompetenzen zur Berücksichtigung der „sozialen Frage“ in den ökologischen Umbaukonzepten erwerben bzw. ausbauen. Sie müssen auch in pragmatischen Bündnissen mit Industrievertretern oder Regierungsvertretern ihr Konflikt- und Kritikpotential bewahren und die Bemühungen um die Einbindung von Gewerkschaften in politische Allianzen verstärken.

Offenheit für die Interessenlagen des jeweils anderen und gegenseitiges Lernen in der Kooperation können Synergieeffekte erzeugen, welche die Handlungsspielräume von NGOs und Gewerkschaften auch in den akteursspezifischen Arbeitsbereichen erweitern und ihr politisches Gewicht stärken. Für eine weitergehende Annäherung und kontinuierliche Kooperation zwischen Gewerkschaften und NGOs und die Ausarbeitung übergreifender Handlungsansätze ist es erforderlich, erste notwendige Schritte und gemeinsame Ziele zu vereinbaren. Bei der Ausarbeitung eines gesellschaftspolitischen Alternativmodells dürfen gegenüber dem Nahziel (dem kurzfristig Machbaren: sozial-ökonomisches Szenario) oder den Zwischenschritten nicht die Konturen des Fernziels (sozial-ökologisches Szenario) aus den Augen verloren werden. Denn mit der Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung ist ein grundlegender Wandel des Wohlstands- und Lebensstilmodells (Suffizienzrevolution) verbunden. Mit der Annäherung von Gewerkschaften und NGOs im Dialog werden Werthaltungen transformiert – ein Prozeß, der auch in Gewerkschaften langfristige Lernprozesse auslösen kann, die zur Veränderung ihrer Positionen und zur Neubestimmung ihrer Vorstellungen von Wohlstand und Fortschritt beitragen können.

In der Debatte um Nachhaltigkeit treten zahlreiche Widersprüche zwischen sozialen und ökologischen Interessen hervor, die weder mit herkömmlichen politischen Handlungskonzepten noch mit dem tradierten Politikstil der Dominanz partikularer Interessen gegenüber gesamtgesellschaftlichen Interessen überwunden werden können. Deshalb sind Gewerkschaften und NGOs gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteuren aufgerufen, sich an der Ausarbeitung eines alternativen Modells von

Wirtschaft und Gesellschaft im Zeichen von Nachhaltigkeit zu beteiligen. Engagierte Vertreter von Gewerkschaften und NGOs haben die gemeinsamen Handlungspotentiale und die Notwendigkeit einer Bestimmung von Konsens und Dissens im Diskurs erkannt. In den vergangenen drei Jahren ist ein deutlicher Aufschwung in den Kooperationsbeziehungen zwischen Gewerkschaften und NGOs zu verzeichnen. Die Intensivierung und der Ausbau der Zusammenarbeit dieser ungleichen Partner kann als Ergebnis des Nachhaltigkeitsdiskurses und als eine soziale Innovation gewertet werden. Der Nachhaltigkeitsdiskurs bildet *die* Grundlage für einen solchen Verständigungsprozeß und möglicherweise auch langfristig die Basis für eine Konsolidierung sozial-ökologischer Kooperationsnetzwerke.

Literatur

- Altwater, E. (1996): Der Traum vom Umweltraum. Zur Studie des Wuppertal Institutes über ein „zukunftsfähiges Deutschland“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/96, S. 82-91.
- Altwater, E.; Walk, H.; Brunnengräber, A.; Haake, M. (Hg.) (1997): Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster.
- Altwater, E.; Mahnkopf, B. (1993): Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung, Münster.
- Arbeit & Ökologie Briefe (diverse Ausgaben): 2/94; 12/94; 23/95; 1/96; 3/96; 4/96, 5/96
- Biere, R.; Zimpelmann, B. (Hg.) (1997) Umwelt – Arbeit – Betrieb. Handbuch für den betrieblichen Umweltschutz, Handbücher für die Unternehmenspraxis, Bd.2, Köln.
- BMU-Dokumente (1994): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – Agenda 21, Bonn.
- BMU (1998): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Entwurf eines umweltpolitischen Schwerpunktprogramms, Bonn.
- Brand, K.-W. (Hg.) (1997): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie; Reihe „Soziologie und Ökologie“, Bd. 1, Opladen.
- Brand, U. (1999): Nichtregierungsorganisation als neue Akteure „postfordistische Regulation“? Einige Notizen zur kritischen NRO-Forschung, unveröffentlichtes Manuskript, Frankfurt a. M.
- Brundtland-Bericht (1987): World Commission on Environment and Development (WCED)/Hauff, V. (Hg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven.
- Brunnengräber, A. (1997): Advokaten, Helden und Experten – NGOs in den Medien, in: Forschungsjournal NSB; 10. Jg.; Heft 4/1997, S. 13-26.
- Dalton, R. (1994): The Green Rainbow, New Haven/London.
- Dalton, R.; Kuechler, M. (Ed.) (1990): Challenging the political Order: New Social and Political Movements in Western Democracies, Cambridge.
- Daly, H. (1990): Toward Some Operational Principles of Sustainable Development. Ecological Economics, Bd. 2, S.1-6.
- Deller, K.; Spangenberg, J. (1997): Schlüsselindikatoren für Zukunftsfähigkeit, in: epd-Entwicklungspolitik, 14/97, S. 23-27.
- Der Gewerkschafter 12/90: „Umsteuern bevor es zu spät ist“, Nr. 12/90, S. 14-16.
- DGB (1992): Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Abt. Umwelt und Gesundheit: UNCED muß zum Motor globaler Umweltpartnerschaft werden, in: DGB-ID 19/92 .
- DGB (1997a): Die Zukunft gestalten. Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, beschlossen auf dem 5. Außerordentlichen Bundeskongreß im November 1996 in Dresden, 1. Auflage, Düsseldorf.
- DGB (1997b): Nachhaltigkeit durch sozial-ökologische Reformstrategie. Aktivitäten des DGB für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Bericht im Nationalen Komitee für Nachhaltige Entwicklung am 30.1.1997, DGB-Bundesvorstand, Abteilung Struktur- und Umweltpolitik.
- DGB (1998): Umweltpolitische Positionen des DGB unter Bezugnahme auf das Umweltgutachten 1998 „Umweltschutz: Erreichtes sichern – Neue Wege gehen“ des SRU, DGB-Bundesvorstand, Abteilung Struktur- und Umweltpolitik.
- DGB (1999): DGB- Positionspapier zum Fachdialog „Umwelt“ im Bündnis für Arbeit: Arbeit und Umwelt. Ein Beitrag zur ökologischen Modernisierung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, DGB-Bundesvorstand, Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik 3/1999.

- DGB/DNR (1999): DGB und DNR: Bündnis für Arbeit und Umwelt, in: Arbeit & Ökologie-Briefe, Nr. 13/14, 14. Juli 1999, S. 6.
- DNR (1998): Aufbruch 21. Ökologie und Demokratie – Maifest für mehr Gerechtigkeit, Bonn.
- Enquete-Kommission (Hg.) (1997): Konzept Nachhaltigkeit – Fundamente für die Gesellschaft von morgen, (Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestags), Bonn.
- Enquete-Kommission (Hg.) (1998): Konzept Nachhaltigkeit – Vom Leitbild zur Umsetzung, (Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestags), Bonn.
- Germanwatch (1993): Rio Konkret: Eine Kampagne stellt sich vor. Einladung zum Mitmachen, Materialmappe, Heft I-V.
- Goodland, R.; Daly, H. (1990): The Missing Tools (for Sustainability), in: Mungall, C.; McLaren, D. J. (Eds.): Planet under Stress: The Challenge of Global Change, Toronto/Oxford, S. 269-282.
- Häckl, G. (1993): Gewerkschaften und ökologische Modernisierung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/93, S. 313-327.
- Heine, H.; Mautz, R. (1989): Industriearbeiter kontra Umweltschutz?, Frankfurt a. M./New York.
- Heuter, H., DGB Bundesvorstand (1996): Zukunftsfähigkeit Deutschlands sichern, in: Arbeit & Ökologie Briefe, Nr. 1/1996, S. 18.
- Hildebrandt, E. (1996): Die Wuppertal-Studie als Herausforderung: Welche Zukunft hat die Arbeit?, in: Institut und Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) (Hg.): Ökologisches Wirtschaften, 1/96, S. 21-23.
- Hildebrandt, E.; Schmidt, E. (1993): Ökologie und Ökonomie: Ein neues Spannungsfeld der industriellen Beziehungen, in: Müller-Jentsch, W. (Hg.): Konfliktpartnerschaft. Akteure und Institutionen der industriellen Beziehungen, Schriftenreihe Industrielle Beziehungen, Bd. 1, München und Mering, S. 307-329.
- Hildebrandt, E.; Schmidt, E. (1994): Umweltschutz und Arbeitsbeziehungen in Europa. Eine vergleichende Zehn-Länder-Studie, hg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Abteilung Regulierung von Arbeit, Berlin.
- Hirsch, J.; Roth, R. (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus, Hamburg.
- Hoffmann, J. (1993): Ökologisch produzieren – ökonomisch verteilen ? Gewerkschaften im Modernisierungsdilemma, in: Das Argument 197/1993, S. 63-74.
- Hoffmann, J. (1996): Sozial-ökologischer Umbau und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/96, S. 111-119.
- Hoffmann, R.; Hoffmann, J.; Mückenberger, U.; Lange, D. (Hg.)(1990): Jenseits der Beschlußlage. Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt, Köln.
- IFOK (Hg.)(1997): Bausteine für ein zukunftsfähiges Deutschland. Diskursprojekt im Auftrag von VCI und IG Chemie-Papier-Keramik, Wiesbaden.
- IG BAU (1995): Sind sozial-ökologische Reformen mit den Gewerkschaften möglich?
- IG BAU; Netzwerk Gewerkschaften und nachhaltige Entwicklung, AG soziale Nachhaltigkeit (1998): Gewerkschaften und nachhaltige Entwicklung. Bericht & Dokumentation über die Kommission für Nachhaltige Entwicklung 1998, Frankfurt a. M.
- Inglehart, R. (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton.
- Inglehart, R. (1990): Values, Ideology and Cognitive Mobilisation in New Social Movements, in: Dalton, R.; Kuechler, M. (Ed.): Challenging the political Order: New Social and Political Movements in Western Democracies, Cambridge.

- Jahn, D. (1992): Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen in Schweden und der BRD; in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen: „Gewerkschaften zwischen Morgen und Grauen“, 5. Jg., Heft 3/1992, S. 24-32.
- Jahn, D. (1993): Gewerkschaften und die „neue Politik“, in: Zeitschrift für Soziologie; Jg. 22, Heft 3, Juni 1993, S. 192-208.
- Jahn, D. (1996): Zur Institutionalisierung ökologischer Standpunkte in modernen Gesellschaften (Habilitationsschrift), Universität-Gesamthochschule Paderborn, FB 1, Juni 1996.
- Kreibich, R. (Hg.)(1996): Nachhaltige Entwicklung. Leitbild für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft; Zukunftsstudien Bd. 17, Weinheim/Basel.
- Lahusen, C. (1996): Interest group Politics? Eine ländervergleichende Studie zur verbandlichen Arbeit sozialer Bewegungsorganisationen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 9. Jg., Heft 4/96, S. 28-38.
- Leipert, C. (1995): Institutionelle Innovationen als Voraussetzung für eine ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft, in: Dürr, H.-P.; Gottwald, F.-T. (Hg.): Umweltverträgliches Wirtschaften, Düsseldorf, S. 165-176.
- Mahnkopf, B. (1992): Die Gewerkschaften im Ost-West-Spatat, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 5. Jg., Heft 3/92, S. 42-51.
- Meadows, D. u. D.; Randers, J. (1992): Die neuen Grenzen des Wachstums. Die Lage der Menschheit: Bedrohung und Zukunftschancen, Stuttgart.
- Melucci, A. (1996): Challenging Codes. Collective action in the information age, London.
- Offe, C. (1985): New Social Movements: Challenging the Boundaries of Institutional Politics, in: Social Research, 52/4, S. 817-868.
- Offe, C. (1990): Reflections on the Institutional Self-transformation of Movement Politics: A Tentative Stage Model, in: Dalton, R.; Kuechler, M. (Ed.) (1990): Challenging the Political Order: New Social and Political Movements in Western Democracies, Cambridge.
- Prittwitz, V. v. (1994): Politikanalyse, Opladen.
- Raschke, J. (1988): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt a. M.
- Rucht, D. (1991): Von der Bewegung zur Institution? Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung, in: Roth, R.; Rucht, D. (1991): Neue Soziale Bewegungen in der BRD, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 238-260.
- Rucht, D. (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt a. M./New York.
- Sander, R. (1992): Die neue Kooperation. Umweltverbände und Gewerkschaften, in: Roth, K.; Sander, R. (Hg.) (1992): Ökologische Reform der Wirtschaft. Programmatik und Konzepte, Köln, S. 211-227.
- Scharpf, F. (1993): Coordination in Hierarchies and Networks, in: ders. (Hg.): Games in Hierarchies and Networks, Frankfurt a. M./New York, S. 125-165.
- Schmidt, E. (1994): Die Erhaltung des Naturvermögens – auch eine gewerkschaftliche Verteilungsaufgabe?, in: Die Mitbestimmung 2/94, S. 11-14.
- Schulte, D. (1996): Alternativen für mehr Beschäftigung, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/96, S. 625-629.
- Siegmann, H. (1985): Gewerkschaften contra Umweltschützer? Geschichtlicher Abriss und Erklärung ihres Verhältnisses in der BRD und den USA, WZB-paper, Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft, IIUG reports 85-4, Berlin.
- SRU (1996): Umweltgutachten 1996. Zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung, Bericht des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen an die Bundesregierung, Stuttgart.
- Touraine, A.; Wieviorka, M.; Dubet, F. (1987): The Workers' Movement, Cambridge.
- UBA (1997): Nachhaltiges Deutschland. Wege zu einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung, Berlin.

- Wahl, P. (1997): Mythos und Realität internationaler Zivilgesellschaft, in: Altvater, E. et al. (Hg.): Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster, S. 293-314.
- Walk, H.; Brunnengräber, A. (1997): Die Erweiterung der Netzwerktheorien: Nichtregierungsorganisationen verquickt mit Markt und Staat, in: Altvater, E. et al. (Hg.): Vernetzt und verstrickt. Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster, S. 65-84.
- Weidner, H. (1996): Freiwillige Kooperation und alternative Konfliktregelungsverfahren in der Umweltpolitik. Auf dem Weg zu einem ökologisch erweiterten Neokorporatismus, in: van den Daele, W.; Neidhardt, F. (Hg.): Kommunikation und Entscheidung, WZB-Jahrbuch 1996, Berlin, S. 195-231.
- Weischer, C. (1988): Kritische Gewerkschaftstheorie. Ansätze einer Neuorientierung, Münster.
- Wuppertal Institut für Klima, Energie (WI) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, hg. von BUND und Misereor, Basel/Boston/Berlin.
- Wiesehügel, K. (1996): Sozialökologische Wende als Teil gewerkschaftlicher Reformstrategie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/96, S. 150-158.
- WSA (1997): Stellungnahme: „Nachhaltige Entwicklung – Bauen und Wohnen in Europa“, Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaften, Dokument CES 938/97, Brüssel.
- Zahrndt, A. (1996): Ökologisch-soziale Zukunftsfähigkeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/96, S. 642-652.
- Zwischenbericht Projektverbund Arbeit und Ökologie (1998) (hg. von Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie sowie Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), <http://www.a-und-oe.de/start.htm>

Papers der Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

- P98-501 Jürgen Blazejczak, Eckart Hildebrandt, Joachim H. Spangenberg, Helmut Weidner: Arbeit und Ökologie – Ein neues Forschungsprogramm, 85 S.
- P99-501 IG Metall/WZB: Gewerkschaften und Ökologie. Forschungs- und Betriebsprojekte zu nachhaltiger Entwicklung (Dokumentation). Redaktion: Joachim Beerhorst/Anneli Rüling, 58 S.
- P99-502 Eckart Hildebrandt: Arbeit und Nachhaltigkeit, 39 S.
- P99-503 Felix Beutler, Jörg Brackmann: Neue Mobilitätskonzepte in Deutschland – Ökologische, soziale und wirtschaftliche Perspektiven, 80 S.
- P99-504 Volker Hielscher: Gewerkschaftsarbeit im Wohngebiet: Eine Antwort auf neue Herausforderungen der Gewerkschaften?, 29 S.
- P99-505 Sebastian Brandl, Ulli Lawatsch: Vernetzung von betrieblichen Interessenvertretungen entlang der Stoffströme – Alternativen zu dezentralisierten, den einzelnen Betrieb betreffenden Formen der Interessenvertretung, 46 S.
- P99-506 Carroll Haak, Günther Schmid: Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten – Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt?, 44 S.
- P99-507 Eckart Hildebrandt: Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung, 38 S.
- P99-508 Weert Canzler, Andreas Knie: Neue Mobilitätskonzepte: Rahmenbedingungen, Chancen und Grenzen, 33 S.
- P99-509 Elisabeth Redler: Eigenarbeits- und Reparaturzentren – ökologische Qualität der Eigenarbeit, 36 S.
- P99-510 Ulrike Schumacher: Zwischen Ausgrenzung und neuen Potentialen – Die Modernisierung ehrenamtlicher Arbeit und der individuelle Mix von Tätigkeiten am Beispiel des Engagements in Berliner Umweltschutzorganisationen, 59 S.
- P99-511 Thomas Ritt: Die Beschäftigungsfelder im Umweltschutz und deren Veränderung, 41 S.
- P99-512 Frank Kleemann, Ingo Matuschek, G. Günter Voß: Zur Subjektivierung von Arbeit, 50 S.
- P00-501 Frank H. Witt, Christoph Zydorek: Informations- und Kommunikationstechnologien – Beschäftigung, Arbeitsformen und Umweltschutz, 59 S.
- P00-502 Jürgen P. Rinderspacher: Zeitwohlstand in der Moderne, 76 S.
- P00-503 Klaus Fichter: Beteiligung im betrieblichen Umweltmanagement, 38 S.
- P00-504 Adelheid Biesecker: Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit“ – Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff, 23 S.

- P00-505 Heinz-Herbert Noll: Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte, 29 S.
- P00-506 Carsten Schneider: Veränderungen von Arbeits- und Umwelteinstellungen im internationalen Vergleich, 40 S.
- P00-507 Wolfgang Hien: Betrieblicher Gesundheitsschutz und betrieblicher Umweltschutz unter Mitarbeiterbeteiligung: Konflikt- und Synergiepotentiale, 39 S.
- P00-508 Hermann Schäfer: Ökologische Betriebsinitiativen und Beteiligung von Arbeitnehmern an Umweltmanagementsystemen, 31 S.
- P00-509 Josef Hilbert: Vom Kostenfaktor zur Beschäftigungslokomotive – Zur Zukunft der Arbeit in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft, 43 S.
- P00-510 Max Geray: Verbindung der Ökologisierung von Produktionsstrukturen und Produktionsverfahren mit aktiver Gesundheitspolitik im Betrieb, 39 S.
- P00-511 Karin Schulze Buschhoff: Über den Wandel der Normalität im Erwerbs- und Familienleben: Vom Normalarbeitsverhältnis und der Normalfamilie zur Flexibilisierung und zu neuen Lebensformen?, 31 S.

Bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers schicken Sie bitte unbedingt einen an Sie adressierten **Aufkleber** mit, sowie **je Paper** eine **Briefmarke im Wert von DM 1,00** oder einen **"Coupon Réponse International"** (für Besteller aus dem Ausland).

Please send a **self-addressed label** and **postage stamps in the amount of 1 DM** or a **"Coupon-Réponse International"** (if you are ordering from outside Germany) for **each WZB-Paper** requested.

Bestellschein

Order Form

Absender • Return Address:

An das
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
PRESSE- UND INFORMATIONSREFERAT
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

*Hiermit bestelle ich folgende(s)
Discussion Paper(s):*

*Please send me the following
Discussion Paper(s):*

Autor(en) / Kurztitel • Author(s) / Title(s) in brief	Bestellnummer • Order no.